

Karl-Heinz Ohlig

Der kirchliche Schwund

Es fehlen gute Nachrichten

Die Kirche durchläuft zur Zeit eine schlimme Krise. Sie wird von vielen ihrer Mitglieder verlassen, sie verliert massiv an Glaubwürdigkeit und ethischer Reputation. Ursächlich scheint die unbelehrbare Arroganz der vatikanischen Behörden und die Unfähigkeit des von ihm eingesetzten Führungspersonals in den Ländern weltweit, also den Bischöfen, zu sein. Die hohen Anforderungen, die sie an die Gläubigen richten – in einer Sprache, die unerträglich ist -, werden als hohl und lügnerisch empfunden.

Die Diastase von Kirchenleitung und katholischer Bevölkerung hat Anfänge, die weit in die Geschichte zurück verweisen. Eine erste große Zäsur, die zu einer breiten Ablehnung kirchlicher Vorgaben führte, brachte die Pillenenzyklika *Humanae Vitae*, und seitdem eine Reihe weiterer Ärgernisse. Der Gipfel dieser Ärgernisse ist in der Missbrauchsfrage zu sehen. Es ist unglaublich, was da mittlerweile bekannt geworden ist. Ebenso ärgerlich ist die amtskirchliche Reaktion, die bestenfalls als halbherzig bezeichnet werden kann. Und das Schlimme: trotz einer breiten gesellschaftlichen Diskussion geht der Missbrauch weiter, vielleicht nicht mehr so flächendeckend, aber dennoch abstoßend.

So ist es nicht verwunderlich, dass sich in vielen Ländern der Priesternachwuchs stark reduziert hat. Seelsorge in der traditionellen Form scheint oft nicht mehr möglich zu sein. Untergangsszenarien verbreiten sich, bis in die Reihen des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken hinein, vor allem auch deshalb, weil keine angemessene Reaktion erkennbar ist, die nach Lage der Dinge vom Vatikan und den Bischöfen ausgehen müsste. Zwar hört man viele schöne Worte, dass man „verstanden“ habe, dass der Klerikalismus überwunden, Frauen zu allen Ämtern zugelassen und

der Pflichtzölibat abgeschafft werden müsse.

Aber leider bleiben das schöne Worte. Bisher ist nicht erkennbar, dass Handlungen folgen werden. Die meisten Bischöfe, die wir haben – ausgewählt nach antikischen kurialen Kriterien –, sind unfähig zu entscheidenden Korrekturen, aus dem Vatikan kommen widersprüchliche Aussagen und Aktivitäten. So kann man kaum hoffen, dass notwendige Reformschritte eingeleitet werden.

Die Kirche hat schon viele Krisen durchlebt, und es gibt sie immer noch. Auch jetzt ist zu erwarten, dass sie trotz allem überdauern wird. Sie wird aber wohl nicht mehr den Status einer Volkskirche beibehalten oder noch einmal erreichen können, zumal die Verantwortlichen Reformen nur innerhalb des tradierten Systems versuchen und so – wegen der angeblichen Unverzichtbarkeit des klerikalen Systems – selbst den Rückzug „aus der Fläche“ und damit den Verzicht auf ihre Bedeutsamkeit bei den „vielen“ eingeleitet haben.

Horst Hohmann

Alle Jahre wieder

Alle Jahre wieder, pünktlich zum Weihnachtsfest, erinnern uns die Herrscher dieser Welt daran, was der liebe Gott doch für ein guter Mann ist, wie er sich klein gemacht hat in Bethlehem und dort in einem kalten Stall auf Stroh lag, und wie sie selbst – wenn auch mit anderen Mitteln – eigentlich immer das Gleiche gewollt hätten wie das „Kind in der Krippe“: Frieden zu stiften unter den Menschen, Wohlstand und Sicherheit auf Erden zu mehren und allüberall für eine gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Güter zu sorgen.

Alle Jahre wieder, pünktlich zum Weihnachtsfest, versichern uns die Mächtigen

unseres Planeten, dass sie schon immer viel besser waren als ihr Ruf. Dass es einfach nicht stimmt, wenn man sie dauernd als Waffenschieber und Kriegstreiber hinstellt. Dass es eine verdammte Lüge ist, wenn man sie der Kumpanei mit dem organisierten Verbrechen beschuldigt. Und dass es eine niederträchtige Verleumdung ist, wenn man sie der systematischen Plünderung der Staatskassen bezichtigt.

Alle Jahre wieder, pünktlich zum Weihnachtsfest, erhalten wir aus den Chefetagen rund um den Globus dann „Beweise“ für die in den Entscheidungszentren aufkeimende neue „Zivilisation der Liebe“ – Beweise, die man uns, hübsch verpackt, auf den Gabentisch legt.

Drei Fest-Geschenke, die uns in zurückliegenden Jahren erreichten, lassen erahnen, wie großzügig vermutlich auch in diesem Jahr die weihnachtliche „Bescherung“ wieder sein wird.

Stolz schrieb uns zum Beispiel 2011 der amerikanische Energieminister Steven Chu (renommierter Physiker und Nobelpreisträger), dass auf seine Veranlassung hin bereits einige Wochen vor dem Fest auf dem Gelände der PANTEX-Fabrik im texanischen Amarillo die letzte von 340 B-53-Wasserstoffbomben entschärft worden sei und damit ab sofort für niemanden mehr eine Gefahr darstelle. Denn immerhin sei die B-53 ein Gigant unter Amerikas Atomwaffen gewesen. Sie habe 750mal mehr Zerstörungskraft besessen als die am 6. August 1945 über Hieroshima abgeworfenen A-Bombe „Little Boy“, die damals in der süd-japanischen Stadt auf einen Schlag knapp über 160.000 Menschenleben ausgelöscht und mindestens nochmal so viele Bewohner von Hieroshima und Umgebung langfristig zu Krüppeln gemacht hatte. Dass die US-Luftwaffe auch nach dem Friedensfest 2011 neben rund 600 B-83-Wasserstoffbomben weiterhin über viele Tausende von anderen Nuklearwaffen verfügt (weil man ja für den Notfall gewappnet sein muss!), wird in dem Weihnachtsbrief Chus aus Texas nur am Rande erwähnt.

Für die größte „Überraschung zum Fest“ sorgte jedoch Präsident Barack Obama selbst, als er verkündete, dass alle US-Sol-

daten vor Weihnachten 2011 den Irak verlassen werden und sich auf ein Wiedersehen mit ihren Lieben freuen dürften.

Ich muss gestehen, dass auch ich damals zu jenen gehörte, die in einer ersten Reaktion aufatmend feststellten, dass da jetzt wenigstens einige aus der Schusslinie genommen würden. Die bittere Wahrheit aber war, dass die Iraker selbst in Obamas Botschaft nicht vorkamen.

Diese Iraker, denen mehrheitlich das Geld fehlte, um wie der Großteil der Mittelschicht ihres Landes ins Ausland zu flüchten, mussten weiter mit der Gewalt und dem entsetzlichen Chaos leben, das ihre amerikanischen „Freunde“ hinterlassen hatten.

In einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Stampa“ sagte der chaldaeische Bischof von Bagdad, Shlemon Warduni in jenen Tagen: „Der Irak ist heute schlimmer als vor dem Einmarsch der Amerikaner in 2003!“ Dass in dem 8 Jahre dauernden Krieg (den Obamas Vorgänger George W. Bush befohlen, später aber bald einen „ganz bösen Fehler“ genannt hatte!) mindestens 600.000 Iraker und rund 5000 amerikanische Soldaten und ausländische Söldner starben und dass das ganze Gemetzel dann auch noch 800 Milliarden Dollar verschlang – auch das erwähnt der US-Präsident nicht. Unerwähnt blieben am Weihnachtsfest 2011 und am Fest der „Unschuldigen Kinder“ jenes Jahres der Blitzkrieg von Bush Senior 1991 sowie die dann folgende 10-jährige, von Bill Clinton angeordnete Wirtschaftsblockade gegen den Irak, in deren Verlauf über 400.000 irakische Kinder wegen Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten den Tod fanden.

In der dritten „Friedensbotschaft“, die man uns unter den Weihnachtsbaum gelegt hatte, kündigten Vertreter der Vereinten Nationen eine dringend notwendige „humanitäre Aktion“ im Herzen Afrikas an, mit der unsere Schwestern und Brüder im Kongo sowie im benachbarten Uganda und Ruanda die „Hoffnung auf bessere Tage“ verbinden dürften, zumal bis 2011 bereits fünf Millionen Menschen bei schweren Kämpfen dort ums Leben gekommen und mindestens

ebensoviele Bewohner der Krisenregion mit Kind und Kegel geflüchtet waren.

Bis die Europäer und die Amerikaner zusammen mit ihren einheimischen afrikanischen Freunden in den Gremien der Vereinten Nationen ein echtes Geschenkpaket für den Kongo schnüren, das diesen Namen wirklich verdient, und entsprechend der sogenannten „Conflict Minerals Provision“ freiwillig auf die Plünderung so wertvoller Edelmetalle wie Pyrochlor (begehrt für den Flugzeug- und Raketenbau) aus den Minen der Provinz Nord-Kivu sowie auf den illegalen Abbau von Kupfer, Zinn, Gold und Kobalt in anderen Landesteilen verzichten, wird vermutlich noch viel Wasser den Kongofluss hinunter Richtung Kinshasa fließen und an manchem Weihnachtstag das Blaue vom Himmel herunter versprochen werden!

Irmgard Rech

„... eine Stadt, die für Israel wie eine Mutter ist“ (2 Sam 20, 13b-22)

Eine Friedensstifterin und ihre Vorfahrin in der Bibel. Eine weihnachtliche Friedensgeschichte aus dem alten Israel

Wie gefährdet das über viele Jahre mühsam errungene Atomabkommen mit dem Iran durch den Ausstieg von Präsident Trump geworden ist, wird in den Medien allseits beklagt. In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 5. November hat nun der Journalist Paul-Anton Krüger herausgestellt, dass eine Frau als die eigentliche Architektin dieses Abkommens gelten muss. Über die gesamte Breite des Artikels spannt sich ein großformatiges Foto mit lauter Dip-

lomatenköpfen. Nur einer davon ist der Kopf einer Frau. Mit fester Miene und klarem Blick behält sie mich bei der Lektüre des Artikels unentwegt im Auge. Ich erfahre, dass es die EU-Verhandlungsführerin **Helga Schmidt** ist. „Den Europäern gilt der Vertrag als Triumph der Diplomatie“ lese ich im Text, ja „als Beweis, dass sich mit Hartnäckigkeit die schwierigsten Probleme der Weltpolitik friedlich lösen lassen.“

Friedensverhandlerin in Teheran

Aus der Angst heraus, Amerika könnte nach dem Einfall im Irak ein zweites Mal wegen des Atomstreits mit dem Iran auf einen Krieg drängen, reisten die Europäer 2003 nach Teheran und begannen mit den Verhandlungen, für die dann auch Amerika und Russland gewonnen werden konnten. Vom ersten Verhandlungstag an war Helga Schmidt dabei. Als das Abkommen im Juli 2017 in Wien endlich zum Abschluss kam, hatte Helga Schmidt dunkle Ringe unter den Augen. „Aber auf die Schultern klopfen sich die Außenminister, als wäre es ihr alleiniges Verdienst“, heißt es im Artikel. Jetzt da Amerikas Präsident Trump aus dem Abkommen ausgeschieden ist, heißt das für Helga Schmidt, sich erneut den Kopf zu zerbrechen, den Vertrag mit Teheran dennoch zu retten.

Als Friedensfrau und als Meisterin im Verhandeln hat Helga Schmidt eine ganz frühe Vorfahrin in der Bibel. Im zweiten Buch Samuel, Kapitel 20, 13b – 22 können wir eine Friedensverhandlung miterleben, die mitten in einer Schlacht stattfindet. Nach den Einleitungserklärungen der Stuttgarter Bibel enthalten die beiden Samuelbücher alte Traditionsliteratur, die über Jahrhunderte aus verschiedenen Erzählgemeinschaften heraus gewachsen ist und erst in frühnach-exilischer Zeit (Ende 6. Jh.) aus dem Geist des deuteronomistischen Geschichtswerks heraus montiert und redaktionell verarbeitet wurde. Unsere Textstelle, in der eine „kluge Frau“ in der Rolle einer antikriegsrischen Friedensvermittlerin auftritt, bildet den Abschluss der Geschichte Davids, dessen kriegerischen Auseinandersetzungen um die Königsherrschaft über die Nord- und Südstämme, auch gegen seinen eigenen Sohn Absalom, ohne kritische Hinter-

fragung der Gewalt erzählt werden. Darstellungen militärischer Siege auch bei der Landnahme sollten, von uns heute nicht nachvollziehbar, die eigene Identität nach der Rückkehr aus dem Exil stärken. Mitten in diese Kampfes- und Tötungsgeschichten wird unsere kleine Erzählung von der gelungenen Friedensdiplomatie einer Frau eingefügt und, was erstaunlich ist, als der friedliche Abschluss der letzten Aufstandsgeschichte und damit aller Aufstandsgeschichten gegen David dokumentiert.

Eine „kluge Frau“ verhandelt, rettet die Stadt und beendet den Krieg

„Ein niederträchtiger Mensch namens Scheba“ aus dem Norden hat noch einmal alle Nordstämme zum Widerstandskampf gegen David aufgerufen. Jetzt zieht Joab, der Heerführer Davids, mit den vereinten Männern Judas und den „Kretern und Pletern“ (2 Sam 20, 7) gegen die Aufständischen in den Kampf. Es gelingt ihm, Scheba und seine Anhänger in die nordisraelische Stadt Abel-Bet-Maacha einzuschließen. „Sie schütteten einen Damm gegen die Stadt auf, der bis an die Mauer heranreichte, und alle Leute, die bei Joab geblieben waren, bemühten sich, die Mauer zu zerstören und zum Einsturz zu bringen.“ (20, 15) Genau in diesem höchsten Gefahrenmoment, da die Männer der Stadt mit ihren Waffen die Zerstörung der Stadt nicht mehr aufhalten können, verschafft sich mitten im Schlachtgetümmel eine Frau Gehör. „Da rief eine kluge Frau aus der Stadt: Hörst her! Hörst her!“ (20, 16) Mit fester Entschlossenheit verlangt sie, mit dem Heerführer selber zu verhandeln: „Sagt Joab: Komm hierher, ich will mit dir reden.“ Erstaunlicherweise tritt der oberste Militär tatsächlich vor die Frau hin. Und wie mit einem Brennspiegel festgehalten folgt nun ein kleines Wunderwerk städtischer Diplomatie: *Die Frau fragte: Bist du Joab? Er antwortete: Ja, ich bin es. Da sagte sie zu ihm: Hör auf die Worte deiner Magd! Er antwortete: Ich höre. Sie sagte: Früher pflegte man zu sagen: man frage doch in Abel an, dann kann man die Sache zu einem (guten) Ende führen. Wir sind die friedlichsten, treuesten Menschen in Israel. Du aber bist darauf aus, eine Stadt, die für*

Israel (wie) eine Mutter ist, zu vernichten. Warum zerstörst du das Erbe des Herrn? Joab antwortete: das liegt mir ganz und gar fern: Ich will die Stadt nicht vernichten und zerstören. So ist es nicht. Vielmehr hat ein Mann aus dem Gebirge Efraim namens Scheba, ein Sohn Bichris, seine Hand gegen den König, gegen David erhoben. Ihn allein gebt heraus! Dann werde ich von der Stadt abziehen.

Kaum fassbar: Dieser skrupellose Kriegsmensch, der gegen Davids Bitte, Absalom nicht zu töten, mit eigener Hand ihm die Spieße ins Herz sticht (2 Sam 18, 14), der seinen Rivalen Amasa kurz zuvor bei der Begrüßung sein Schwert in den Bauch stößt, „sodass seine Eingeweide zu Boden quollen“ (2 Sam 20, 10), er geht auf die Argumente der weisen Frau ein und macht ihr ein Friedensangebot. Dazu musste er aus der Logik der Kriegsführung ausbrechen, nach der er die Stadt „vernichten und zerstören“ muss, um andere Städte abzuschrecken, sich dem Aufstand gegen David anzuschließen. Mit welchen Argumenten konnte dies der Frau gelingen?

Die Alttestamentlerin Irmtraud Fischer zählt diese Frau von Abel-Bet-Maacha zu den Gotteslehrerinnen der hebräischen Bibel (Gotteslehrerinnen. Weise Frauen und Frau Weisheit im Alten Testament. Kohlhammer, Stuttgart 2006). Sie nennt die Wortwahl der Frau aus zwei Gründen „hochinteressant“. (S. 59) Sie sieht zunächst in ihr als Sprecherin nicht nur eine „Repräsentantin der Stadt“, sie sieht in ihr geradezu die „Personifikation derselben“. Das legt ihr der hebräische Text nahe, der sie in der Ich-Form sprechen lässt, wenn sie sagt: *Ich: Friedvolle und Treue Israels*. Die Einheitsübersetzung lässt die Frau an der Stelle in der Wir-Form reden. Sodann hebt sie hervor, dass Joab nicht nur dabei ist, eine wehrlose Frau als Repräsentantin der Bürger einer Stadt zu vernichten, „sondern ebenso gegen die Gottheit Israels zu handeln.“ Dabei bezieht sie die Benennung der Stadt als „Erbe des Herrn“ durch die Verhandlerin auf die „theologische Grundvorstellung des Landbesitzes als Erbe JHWHs.“

Eine Stadt stiftet Frieden, ist wie eine Mutter und „das Erbe des Herrn“

Lässt man sich aber genau auf die Argumentation der Frau ein, dann bekommt die Stadt von daher ihren Wert, dass sie wie eine Mutter ist, die in ihrem Umfeld für Frieden gesorgt hat. Wenn sie im Urtext die *Friedvolle und Treue* genannt wird, dann könnte man in der Stadt die Tochter eines Jahwe-Gott sehen, der in der Stadt Abel-Bet-Maacha verehrt wird und nicht mehr mit blutigem Kampf, mit Krieg und der Vernichtung von Städten durch den heiligen Bann in Verbindung gebracht werden will. Im Namen und mit der Autorität dieses „städtischen“ Friedensgottes, so scheint es mir, wirbt die Frau um Schonung für die Stadt. Und ergriffen von der Argumentation im Namen dieses Gottes will auch Joab kein unschuldiges Blut mehr vergießen. Nur der Schuldige soll sterben. Die kluge Frau traut sich zu, die Bürger der Stadt, zu denen gewiss auch Anhänger Schebas gehören, für diese Friedenslösung zu gewinnen. So endet die Erzählung: *Die Frau sagte zu Joab: Gib Acht, sein Kopf wird dir über die Stadtmauer zugeworfen werden. Dann redete die kluge Frau mit allen Leuten (in der Stadt), und sie schlugen Scheba, dem Sohn Bichris, den Kopf ab und warfen ihn Joab zu. Da ließ Joab das Widerhorn blasen und alle zogen von der Stadt ab und gingen wieder zu ihren Zelten; Joab aber kehrte nach Jerusalem zum König David zurück. (2 Sam 20, 21f)* Mit diesem von einer Frau ausgehandeltem Friedensschluss lässt das zweite Buch Samuels den letzten Krieg in der Geschichte Davids zu Ende gehen.

Ob es in der damaligen Zeit um 800 vor Christus sozialgeschichtlich möglich war, dass eine Frau Friedensverhandlungen führt, lässt sich kaum klären. Das kleine literarische Meisterwerk fraulicher Verhandlungskunst verrät uns jedoch, aus welchem Geist heraus der Widerstand gegen Krieg und Zerstörung einer Stadt entstehen konnte. Die Frau spricht in der Logik der Stadtkultur. Durch die Art ihres Sprechens beweist sie die Wahrheit dessen, was sie sagt. In der Stadt gedeiht die öffentliche Rede, auch für die Frauen. Hier lernt man das Sprechen in Argumenten. Es ist ein

Sprechen, das Interessenausgleich ermöglicht, das sich aus der Verantwortung für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft herausbildet.

Humanisierung der Gesellschaft geschieht in der Stadtgemeinschaft

Durch das respektvolle Sprechen und Zuhören, wie es im Text zwischen der Stadtfrau und dem Kriegsherrn stattfindet, zeigt sich, was Zivilisation ist. So versucht dieser traditionsalte Text an die Wurzel kriegsverhindernden Denkens zu gelangen. Humanisierung der Gesellschaft geschieht in der Stadtgemeinschaft. Hier wird Recht gesprochen, hier entsteht der berechnete „Anspruch“ eines jeden auf Freundlichkeit und ein friedliches Leben. Der Krieg entsteht durch den Machtanspruch einzelner, er setzt sich über die Ansprüche auf ein humanes Leben hinweg, alle werden zu Opfern, die leiden müssen oder getötet werden. Jeder Krieg dehumanisiert, der Sinn für Frieden gedeiht in der sozialen Gemeinschaft einer Stadt. Leider erleben wir gerade, dass Städte in Europa zu Hauptstädten des Rechtspopulismus geworden sind, der zu hasserfülltem Sprechen und zu Gewalt verführt. Die Stadt Wien, in der Helga Schmidt, in langen Tagen und Nächten am Friedensvertrag mit dem Iran gearbeitet hat, ist eine dieser Städte geworden. Wir erleben aber auch, dass sich in den Städten der Protest formiert, so in Wien, Berlin, Dresden und Chemnitz. Sie wollen Orte des friedlichen Zusammenlebens sein.

Bemerkenswert an der Rede der klugen Frau ist die Bezeichnung der Stadt als „Mutter in Israel“. Eine Mutter berücksichtigt die Interessen all ihrer Kinder. Bis heute ist die Stadt in vielen Sprachen weiblich und wird von Göttinnen beschützt. Auch der biblische Gott bekommt humanisierende weibliche Züge im Sprechen der weisen Frau, die Irmtraud Fischer zu den Gotteslehrerinnen zählt. Frank-Walter Steinmeier hat noch als Außenminister Helga Schmidt für ihre Leistungen als Verhandlungsführerin das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Herbert Jochum

„Hier ist nicht mehr Bundeslade,
nicht mehr Schattenbild, Figur.
Hier ist Wahrheit, Quell der Gnade,
hier der Herrscher der Natur.“
(Kath. Kirchenlied)

Papst Benedikt XVI.: Christlich-jüdischer Dialog als Gefahr

Anfangs schien der christlich-jüdische Dialog durch den deutschen Papst befördert zu werden. Was unter Papst Johannes Paul II. 2002 begann, ein Austausch zwischen dem Oberrabbinat Israels und der Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum, der sich weniger auf theologische, sondern mehr auf aktuelle soziale, ethische oder wissenschaftliche Themen konzentriert, wurde auch unter dem Pontifikat des 2005 gewählten Papstes Benedikt XVI. kontinuierlich fortgeführt. Rabbi David Rosen, der Vorsitzende des International Jewish Committee for interreligious Consultations (IJCIC) äußerte sich 2012, die Beziehungen zwischen Juden und Katholiken seien nie besser gewesen.

Noch im Jahr seiner Wahl führte es den Papst im August zum Weltjugendtag nach Köln, wo er als erster Papst überhaupt die dortige Synagoge besuchte. In seiner Ansprache verurteilte er jede Form von Rassismus und Antisemitismus, er nahm teil am Kaddisch als Totengebete für die im Holocaust ermordeten Kölner. Er erinnerte an „die komplexen und oft schmerzlichen Beziehungen“ zwischen Christen und Juden. Er versprach, den von seinem Vorgänger eingeleiteten vertrauensvollen Dialog zwischen Juden und Christen „mit voller Kraft“ fortzusetzen. Auf seiner Reise 2008 in die USA besuchte er in New York eine Synagoge, und 2010 stattete er der Hauptsynagoge in Rom einen Besuch ab.

Erste Risse zeigte das Bild auf seiner Apostolischen Reise nach Polen 2006, wo er auch Auschwitz-Birkenau besuchte. In der Presse wurde der Vorwurf laut, er habe in

seiner Ansprache „reuelos und ohne Empathie“ weniger der dort ermordeten Juden als der Deutschen gedacht, die Opfer des Nationalsozialismus geworden seien.

Auch seine Nahost-Reise von 2010, die ihn nach einigen arabischen Ländern auch nach Israel führte, wo er die Westmauer des einstigen Tempels, die „Klagemauer“, und auch Yad vaShem besuchte, löste „zwiespältige Gefühle“ aus, vielfach war von einer „großen Enttäuschung“ die Rede. Bei einem Treffen mit dem damaligen israelischen Oberrabbiner Meir Lau bekräftigte Papst Benedikt XVI. seinen Willen zur Vertiefung der Verständigung und Zusammenarbeit des Vatikans mit dem israelischen Oberrabbinat und Juden in aller Welt. „Ich habe heute die Gelegenheit zu wiederholen, dass die katholische Kirche unwiderruflich dem Weg verpflichtet ist, der während des Zweiten Vatikanischen Konzils gewählt wurde, nämlich eine ehrliche und dauerhafte Versöhnung zwischen Christen und Juden“. Trotz dieses erneuten Bekenntnisses meinte der Oberrabbiner später, beim Besuch insgesamt sei „eine historische Stunde versäumt worden“. Avner Shalev, der Leiter der Holocaust-Gedenkstätte, äußerte, der Papst sei in seinen Äußerungen der „Größe der Verbrechen nicht gerecht geworden“.

Schon früher wurden größere Irritationen ausgelöst. Im Frühjahr 2007 kündigte der Vatikan an, dass Papst Benedikt XVI. den außerordentlichen Ritus auch ohne bischöfliche Ausnahmegenehmigung zulassen wolle. Ein Jahr später gab der Heilige Stuhl die dafür vom Papst selbst formulierte Fassung der Karfreitagsbitte Pro Judaeis bekannt, die auf jüdischer und christlicher Seite als Rückschritt im christlich-jüdischen Dialog bezeichnet wurde und heftige Proteste hervorrief. Die Vatikanische Ritenkongregation hatte nach mehreren Änderungen eine Neuformulierung vorgelegt, deren deutsche Fassung von der Bischofskonferenz 1974 approbiert wurde:

„Lasst uns auch beten für die Juden, zu denen Gott, unser Herr, zuerst gesprochen hat: Er bewahre sie in der Treue zu seinem Bund und in der Liebe zu seinem Namen, damit sie das Ziel erreichen, zu dem sein Ratschluss sie führen will. (Beugtet die Knie, - Stille - Erhebet Euch.)“

Allmächtiger, ewiger Gott, du hast Abraham und seinen Kindern deine Verheißung gegeben. Erhöre das Gebet deiner Kirche für das Volk, das du als erstes zu deinem Eigentum erwählt hast: Gib, dass es zur Fülle der Erlösung gelangt. Darum bitten wir durch Christus, unseren Herrn. Amen.“

Die päpstliche Revision für den „außerordentlichen Ritus“ nimmt die Konversionsbitte früherer Fassungen wieder auf, was als Aufruf zur Judenmission verstanden wurde:

„Lasst uns auch beten für die Juden, auf dass Gott, unser Herr, ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen, den Retter aller Menschen.“ (Lasset uns beten. Beugt die Knie. Erhebet Euch.) Allmächtiger ewiger Gott, Du willst, dass alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen. Gewähre gnädig, dass beim Eintritt der Fülle aller Völker in Deine Kirche ganz Israel gerettet wird. Durch Christus, unseren Herrn. Amen.“

Benedikts sichtliches Bemühen um kirchliche Einheit, aber auch seine Rücksichtnahme auf die Traditionalisten in der katholischen Kirche ließen ihn 2009 die Exkommunikation der vier Bischöfe der erzkonservativen Piusbruderschaft, darunter der Judenhasser und notorische Holocaust-Leugner Richard Williamson, aufheben und sie wieder in den Schoß der Kirche aufnehmen, was in Christen- und Judentum heftige Reaktionen hervorrief.

„Gnade und Berufung ohne Reue“

Mittlerweile 91-jährig, hat sich der 2013 zurückgetretene Papst nun aus seinem Alterssitz im Vatikan wieder zu Wort gemeldet. Seine „Anmerkungen zum Traktat „De Judaeis““ seien eigentlich nicht mehr „für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen“, wie Kurt Kardinal Koch im Geleitwort versichert. Sie waren dem Präsidenten der Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum zur „persönlichen Verwendung überreicht“ worden. Koch ist aber überzeugt, „dass der vorliegende Beitrag das jüdisch-katholische Gespräch bereichern wird.“ Daher habe er den Autor „gebeten, seinen Text in „Communio“. Internationale Theologische Zeitschrift“ (Heft 4/2018, S.316-335) veröffentlichen zu dürfen“.

In „Gnade und Berufung ohne Reue“ so die Überschrift der „Anmerkungen“ setzt sich Joseph Ratzinger / Papst Benedikt XVI. mit den „Reflexionen zu theologischen Fragestellungen in den katholisch-jüdischen Beziehungen“ auseinander. Diese „Reflexionen“ hatte die Vatikanische Kommission 2015 zum 50jährigen Jubiläum von „Nostra aetate“ unter dem Titel „Denn unwiderfürlich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“ (Römerbrief 11,9) veröffentlicht. Dieses Dokument nun sieht der Papst als autoritative Zusammenfassung der Entwicklung des christlich-jüdischen Dialogs seit dem 2. Vatikanischen Konzil. Zwei Aussagen darin findet er grundlegend: die Ablehnung der „Substitutionstheorie“ und die „Rede vom nie gekündigten Bund“.

„Beide Thesen...sind im Grunde richtig, sind aber doch in vielem ungenau und müssen kritisch weiter bedacht werden“ (321), sie „weisen „zwar in die richtige Richtung“, müssen „aber im einzelnen neu bedacht werden“ (332). Beide hält er „im Kern“ für richtig, sie sind „aber im einzelnen doch noch vieler Präzisierungen und Vertiefungen bedürftig“ (332). Da jeder Kern auch eine Umhüllung hat, so will er die beiden Aussagen auf Tragfähigkeit und Wahrheitsgehalt prüfen. Der aber, so schreibt er, sei noch nicht gefunden (vgl. 332).

Substitutionstheorie

Das Dokument der Kommission vertrete die These, seit dem Konzil sei „einer Substitutionstheologie der Boden entzogen“. Sie habe gelehrt, „die Verheißungen und Zusagen Gottes würden nicht mehr dem Volk Israel gelten, da es Jesus nicht als Messias und Sohn Gottes erkannt hatte, sondern seien auf die Kirche Jesu Christi übergegangen, die nun das wahre, „neue Israel“ sei, das neue auserwählte Volk Gottes“ (321). Zunächst fragt der Papst, ob es diese Substitutionstheologie denn je gegeben habe. Denn alle von ihm befragten Theologischen Lexika, seien sie evangelisch oder katholisch, führten diesen Begriff nicht auf. Also habe es „eine Substitutionstheorie als solche vor dem Konzil nicht gegeben“ (321).

Nun mag ja sein, dass sie nie offiziell verkündete, zum Dogma erhobene Lehre war. Aber wäre dies je erforderlich gewesen?

Nein. Denn „Substitution“ war in Lehre und Predigt, Katechese und Kult, Kunst und Frömmigkeit durch alle Jahrhunderte als selbstverständlich präsent. Auch der Antijudaismus, stete den Juden schmerzlich fühlbare Wirklichkeit, ist nie als Dogma proklamiert worden. Mag der Begriff „Substitution“ auch neueren Datums sein, so ist doch die Sache so alt wie die Kirche selbst. Man müsste schon blind sein, nähme man als Theologe die schiere Menge an Adversus-Judaeos-Traktaten und die überall auftretenden Invektiven und Herabsetzungen nicht wahr; ganz zu schweigen von der daraus abgeleiteten religiösen, politischen und sozialen Praxis. Die Kirche hat dem Judentum jede theologische Würde abgesprochen: Alles, was den Juden vor Christus heilsgeschichtlich noch zugestanden wurde, Erwählung, Bund, Volk Gottes zu sein, sei auf die Kirche übergegangen. Sie sei an die Stelle Israels getreten habe es ersetzt, substituiert.

Wohl sieht der Papst selbst, dass das Gleichnis von den Weinbergspächtern (Mk 12,1-11) oder vom Festmahl (Mt 22, 1-14; Lk 14, 15-24), zu dem die Eingeladenen nicht kommen und durch neu berufene Gäste ersetzt werden, eine Theologie der Enterbung oder Verwerfung nahelegen (321). Im „Kern“ halte er die Ablehnung der Substitutionstheologie für richtig, aber jenes „undifferenzierte Nein zur „Substitutionstheorie“ verdanke sich einer zu statischen Sicht von Gesetz und Verheißung, die in Wirklichkeit durchbrochen werde. So (er)findet er eine Neukonstruktion der alttestamentlichen Geschichte: Man müsse den dynamischen Charakter der alttestamentlichen Geschichte Israels sehen, ihren „Aufstieg“ in „Stufen“, ein „Wachsen und Sichentfalten“ (330). Dem nun stiftet er theologisch eine Zielrichtung ein, „als Bewegung nach vorn zu – auf Christus hin“ (320), so dass das Christentum ihm zur gültigen, zur endgültigen Form des biblischen Glaubens wird. Was in der biblisch-jüdischen Geschichte angelegt ist, wird ihm christlich zur erfüllenden Vollendung; also steht die Kirche in der Tradition der alttestamentlichen Geschichte, wird wirklich das „Neue Israel“, und das jetzt „alte“ Israel wird häretisch. „So gibt es in der Tat keine „Substitution“, sondern ein Unterwegssein, das schließlich eine einzige Realität wird

und dennoch das notwendige Verschwinden der Tieropfer, an deren Stelle („Substitution“) die Eucharistie tritt“ (323).

Damit tritt die traditionelle Substitutionstheologie wieder auf den Plan. Wenn auch nach Benedikt die „Kirche nicht als Ganzes“ an die Stelle „Israels als solches“ (322) getreten sei, so seien doch „wesentliche Elemente endgültig“ ersetzt worden: der Tempelkult durch die Eucharistie, die Messiaserwartung durch Christus, die Landverheißung durch die „künftige Welt“ (329). Die „Aufhebung der Verbindlichkeit“ der Kultgesetze und die „eigentliche moralische Weisung“ der Tora gelten weiter, ja, „moralische Weisung im Alten und Neuen Bund (sei) letztlich identisch“ (325), die christliche „neue Lesung ist nicht Aufhebung und nicht Substitution, sondern Vertiefung in unveränderter Gültigkeit“ (324). Man soll „im Dialog mit den Juden immer wieder zu zeigen versuchen, dass dies alles „schriftgemäß“ ist“ (328).

So kombiniert der Papst das Substitutionsmodell mit dem ebenfalls traditionellen Integrationsmodell: Was nicht ersetzt wird und dem Judentum bleibt, wird ins Christentum integriert.

Die Argumentation macht die Abgrenzungsmuster der typologischen Schriftexegese sichtbar: die Dichotomie von Verheißung und Erfüllung; sie zeigt die den jüdischen Glauben außer Kraft setzende Überbietungslehre auf der *via eminentiae*. So wie die Kirchenväter den „Aufstieg der Geschichte im Dreierschema von *umbra* – *imago* – *veritas* geschildert“ haben (327). Die Zerstörung Jerusalems und des Tempels und die anschließende Zerstreung in alle Welt hätten deutlich gemacht, dass nur das Christentum die gültige Antwort auf all diesen Verlust gefunden hat.

Sind die Ereignisse des Jahres 70 n.Chr. theologisch bedeutsam?

Der Papst weiß um die Exiltheologien der Juden, die in der Galut, der Diaspora Strafe, aber auch Sendung sehen. Die endgültige Sicherung des Monotheismus sei die theologische Antwort der Juden auf die Zerstörung Jerusalems und des Tempels im Jahre 586 vor Chr. gewesen. Auch das überlebende Judentum nach der Zerstörung Jerusalems und des 2. Tempels hat

sich als rabbinisches Judentum ohne Land und ohne Tempel und zerstreut in alle Welt mit der Synagoge als Kultort neu formiert und sieht sich weiterhin – wenn auch verändert – in der biblischen Tradition. Diese jüdische Antwort auf die Zerstörung des 2. Tempels 70 n. Chr. sieht er nur noch als historisches Überleben der Juden. Dieses „neue, radikale Exil Israels“ (317) kann er nicht mehr theologisch qualifizieren. Die Annahme des „auf Dauer angelegten Exils“, und der auf Dauer nicht mehr zu erwartenden Wiedererrichtung des Tempels hätte man „als einen vom Glauben Israels selbst her zu erwartenden Vorgang“ (317) sehen müssen.

Welche große Bedeutung diese Ereignisse aber als Zäsur und Zeitenwende für das Christentum haben, wird schon dadurch deutlich, dass Benedikt sie gleich dreimal bemüht und die er - theologisch gedeutet - zu Gründungsdaten des Christentums adelt. Man wundert sich, dass diese theologische Deutung der Ereignisse des Jahres 70 als Strafgericht Gottes über sein sündiges Israel bis heute die historischen Fakten nicht zur Kenntnis genommen hat, nicht nehmen will. Eine postulierte Zäsur lag natürlich im Interesse des Christentums. Eine Geschichtsklitterung, die zu gerne übersieht, dass jüdische Diaspora bereits mehrere Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung entstand; dass zur Zeit Jesu viermal mehr Juden in der Diaspora lebten als im Land Israel; dass das Leben in Israel weiterging, wo immerhin 132-135 unter Bar Kochba ein zweiter Aufstand gegen Rom stattfand; wo die Auslegungswerke Mischna und Jerusalemer Talmud und die palästinischen Midraschim wie auch die reiche liturgische Dichtung entstanden, wo galiläische Synagogenruinen blühendes Leben sichtbar bezeugen. Und das noch über Jahrzehnte nach der islamischen Eroberung im 7. Jahrhundert hinaus.

Wie die Schrift auslegen?

Die gültige Antwort auf das Jahr 70 und die für ihn auf Dauer angelegte Diasporasituation besteht nach Benedikt XVI. auch darin, dass das Judentum nicht zu sehen vermochte, dass in der Dynamik biblischer Geschichte das wörtliche, buchstäbliche Verständnis der Schrift nicht mehr möglich war, dass „die Schrift, das „Alte Testa-

ment“, neu ausgelegt werden musste und in der bisherigen Form nicht mehr gelebt und verstanden werden konnte“ (319). Solche Sätze zeigen eine gehörige christliche Arroganz – oder ist es nur Ignoranz? Man möchte sich gar nicht vorstellen, wie es heutigen praktizierenden Juden gehen mag, wenn sie so etwas lesen. „Die ursprüngliche historische Bedeutung der Texte soll damit nicht aufgehoben, aber sie muss überschritten werden“ (320). Die „authentische Auslegung“ des AT sei erst durch die Ereignisse um Jesus Christus offenbar geworden. Die Allegorie bestimme den Wortsinn. Dem Christentum, das sich in alle Welt zu verbreiten begann, konnten Land und Volk keine theologisch bedeutsamen Kategorien mehr sein.

In den zahlreichen christlich-jüdischen Disputationen der Kirchengeschichte wurde den Juden, die aus der hebräischen Schrift argumentierten, von ihren christlichen Disputanten, die sich der griechischen Übersetzung der Septuaginta bedienten, vorgeworfen, sie hielten sich nur an den wörtlichen Schriftsinn. Nach Verlust des Landes, des Tempels, der Einheit des Volkes sei aber doch ein tieferer Sinn der biblischen Botschaft zu suchen; wörtliche, „fleischliche“, „materielle“ Schriftauslegung - hier Benedikt feiner: „konkrete“ - werde den heiligen Texten nicht mehr gerecht. Nicht der Buchstabe, der Geist der Botschaft sei bedeutsam. Wenn biblischer Schalom sich in konkreter Sozialpolitik ausdrückt, in der auch und besonders der Armen, Witwen und Waisen gedacht wird, Schalom sich in Rechts-, Sozial- und Emanzipationsprozessen verwirklicht, entwickelt sich im Christentum Schalom nun im übertragenen Sinn spiritualisiert als Seelenfriede oder transzendiert als himmlischer Friede.

Diese Schriftexegese ist letztlich die Ursache, dass der Papst alle nachbiblische Geschichte des Judentums nicht mehr theologisch zu qualifizieren vermag. Das ist der tiefere Grund, warum er auch der Staatsgründung Israels keine theologische Bedeutung zusprechen kann. Sie ist „unannehmbar“, „nicht denkbar“ und steht „im Widerspruch zum christlichen Verständnis der Verheißungen“ (330). „Der nicht-theologische Charakter des jüdischen Staates bedeutet allerdings, dass in ihm nicht die

Verheißungen der Heiligen Schrift als solche als erfüllt angesehen werden können“ (330). Er würde ja als erneut realisierte Landverheißung angesehen werden müssen. In der Staatsgründung Israels sieht Benedikt lediglich das natur- und völkerrechtlich politische Ereignis. Papst Paul VI. war es gelungen, auf seiner Heilig-Land-Reise 1964 den Namen Israel nicht in den Mund zunehmen. Erst 1993 hat der Vatikan den 1948 gegründeten Staat anerkannt. Man erinnert sich auch, wie widerständig Benedikt als Präfekt der Glaubenskongregation gegenüber der lateinamerikanischen Befreiungstheologie war, die für den christlichen Glauben die konkrete biblische Kontur in ihrer auf das Land bezogenen Theopraxis wiederbeleben wollte. In einer seltsam widersprüchlichen Sentenz räumt der Papst nun ein, dass der neue Staat Israel – obwohl grundsätzlich „nicht-theologischen Charakters“ - „in einem weiteren Sinn die Treue Gottes zum Volk Israel ausdrücken darf“ (330).

So gewinnt er die Deutungshoheit über die gesamte nachbiblische Geschichte der Juden. Auch damit steht er in unverrückbarer Tradition; denn Christen haben sich je und je von ihrem jeweiligen Selbstverständnis ausgehend Judentum als Kontrast zu-recht konstruiert. Allein schon dessen Bezogenheit auf ein Volk aus Völkern und auf ein bestimmtes Land, hat christlicherseits zur Beurteilung des Judentums als einer Art antiquierter Stammesreligion geführt. Gegenüber einer sich universalistisch verstehenden katholischen Kirche ist das Judentum als „partikularistisch“ anzusehen, d.h. unterlegen. Seine über drei Jahrtausende durchgetragene Dialektik von „partikular“ und „universal“ wird kaum je wahrgenommen.

„Der Bund ist nicht gekündigt“.

Diesen revolutionären Satz hat Papst Johannes Paul II. 1980 in Mainz bei seiner Ansprache vor Repräsentanten des deutschen Judentums ausgesprochen und damit die Substitutionstheologie revidiert. Auch sein deutscher Nachfolger schreibt: „Der Kern des Gesagten“, die Rede vom „nie gekündigten Bund“, (sei) „als richtig anzusehen, aber im einzelnen doch noch vieler Präzisierungen und Vertiefungen bedürftig“ (332) und noch nicht richtig und

in Gänze verstanden. „Die Formel vom „nie gekündigten Bund“ mag in einer ersten Phase des neuen Dialogs zwischen Juden und Christen eine Hilfe gewesen sein, taugt aber nicht auf Dauer, um die Größe der Wirklichkeit einigermaßen angemessen auszudrücken“ (336).

Zunächst sei „Kündigung“ keine biblische Vokabel. Auch „kann das Wort „Bund“ bei der unendlichen Verschiedenheit der Bundespartner nicht im Sinn gleichmäßiger Partner aufgefasst werden“ (334). Als ob die Juden den Gott des Bundes etwa „nach dem orientalischen Modell in der Weise von Gewährungen eines Großkönigs“ (334) auffassten. Exegeten finden eigentlich immer dieselben Bundespartner: Gott und der jeweilige Repräsentant Israels oder wie am Sinai das ganze Volk. Im Gegensatz zur traditionellen christlichen Auffassung von den zwei Bündnissen, dem Alten (Sinai-)Bund und dem Neuen (Golgota-)Bund bekennt er sich nach Römerbrief 9,4 zur Lesart von den vielen Bündnissen, was seiner Interpretation entgegenkommt. „Für das Alte Testament ist „Bund“ eine dynamische Realität, die sich in einer entfaltenden Reihe von Bündnissen konkretisiert“ (332).

Richtet die nachkonziliare Theologie ihr Augenmerk auf die Treue Gottes, so fokussiert Benedikt auf die Bundesbrüchigkeit des Volkes, die immer wieder einen neuen Bundesschluss notwendig mache. Auf den Gedanken, dass es sich bei den vielen Bündnissen um erneuerte Bünde handeln könnte, kommt er nicht. Ein Bund lässt sich auch ohne Bruch erneuern, wenn ein Partner verstirbt oder ein Erbe nachfolgt oder sich Bedingungen verändern. Doch gelte es auch hier, den dynamischen Charakter biblischer Bundesgeschichte wahrzunehmen, die „in Stufen“ (335) verlaufe.

Alle Bünde sind „nun durch den endgültigen, „neuen“ Bund abgelöst“ (334). Was in der Sinai-Tradition „geschehen ist, vollzieht sich endgültig hier, und so wird die Verheißung des neuen Bundes von Jeremia 31 Gegenwart: „Der Sinai-Bund war seinem Wesen nach immer schon Verheißung, Zugehen auf das Endgültige...Die Umstiftung des Sinai-Bundes in den neuen Bund im Blute Jesu, das heißt in seiner den Tod überwindenden Liebe, gibt dem Bund eine neue und für immer gültige Gestalt“ (335). Die beiden von Jesus vorhergesehenen

„zwei geschichtlichen Ereignisse, (haben) die konkrete Form des Sinai-Bundes grundlegend geändert: die Zerstörung des Tempels ... und die Zerstreung Israels in einer weltweiten Diaspora.“ (336) „Die so entstandene Situation (war) als einen vom Glauben Israels selbst her zu erwartenden Vorgang“ anzusehen. Sie fand allein in der „Reaktion der Christen“ die richtige Antwort (317).

Wenn Ratzinger „im Kern“ die Aussage vom unaufgekündigten Bund bejaht, ist „Umstiftung“ nur so zu verstehen, dass der alte Sinai-Bund - „auf alle Glaubenden ausgedehnt“ (319) - im neuen Christus-Bund erhalten bleibt, die Juden weiterhin im Bund bleiben und in die katholische Kirche quasi als anonyme Christen aufgenommen sind (Nur dass die Juden es noch nicht wissen und sich wohl dagegen verwahren werden). Dieses Modell ist somit nichts anderes als die sublimierte Substitution, ist Umkehrung eines anderen Modells, das auf der Suche nach einer biblisch und theologisch legitimierbaren Verhältnisbestimmung von Christen und Juden vorgeschlagen wurde: dass die Christen sich durch Jesus Christus berufen wissen, in die Geschichte Gottes mit seinem Volk einzutreten.

Statt der „Rede vom ungekündigten Bund“ schlägt Benedikt das Paulus-Wort vor: „Reuelos (unwiderruflich) sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“ (Röm 11,29). Was ist durch diesen Austausch gewonnen? Wenn Gottes Gnade und Berufung unwiderruflich sind, hält er am Bund mit Israel fest. Es ist wie in einer Ehe: der ehebrüchige Partner bleibt im Ehevertrag, wenn der betrogene Partner aus Treue an der Ehe festhält. Durch das Paulus-Zitat kann der Papst die beiden Bundespartner voneinander trennen, weil es ja nur von Gott spricht. Benedikts Interesse aber gilt mehr dem andauernd bundesbrüchigen Israel, das unter dem „Zorn Gottes und der ganzen Härte seiner Strafen“ (335) weiterhin - wie in der Geschichte der Kirche üblich - instrumentalisiert und den Christen als abschreckendes Beispiel vor Augen geführt werden kann. Auch lässt sich auf diese Weise die Notwendigkeit eines Neuen Bundes verständlich machen. Die Behauptung aber einer ewig gültigen Form des Neuen Bundes verhindert jedoch die Sicht auf die ei-

genen Bundesbrüche. In der statisch gesehenen Endgültigkeit der christlichen Glaubensgeschichte vermag der Papst weder „Dynamik“ noch „Stufen“ zu erkennen. Würde man noch biblisch erzählen können, was müsste nicht alles in einer Schuldgeschichte des Christentums als Bundesbruch bis auf den heutigen Tag angesehen und eingestanden werden...

Ob da nicht doch eine theologische déformation professionelle vorliegt?!

Sieht Benedikt XVI. die Identität des Christentums in Gefahr?

Papst Benedikt hatte sein Pontifikat unter das Motto „Gegen die Unkultur des Relativismus“ gestellt. Mit dem „Verlust der Mitte“ in der Postmoderne sah er nur noch unverbindliche Beliebigkeiten aufkommen, die Suche nach Wahrheit sei aufgegeben worden. Ihm blieb die Kirche der durch Christus verbürgte Ort einer ewig gültigen und absoluten Offenbarung Gottes. Dieser Universalitäts- und Absolutheitsanspruch der Kirche, wie er in Cyprians (3.Jh.) „Außerhalb der Kirche kein Heil“ programmatisch zum Ausdruck kommt, kann keinen anderen Heilsweg neben sich erkennen und dulden. Die Gefahr des Relativismus sieht der Papst mit der Absage an die Substitutionstheologie und der Anerkennung des unaufgekündigten Bundes in der israeltheologischen Wende seit dem Konzil gekommen. Diese Theologie gestehe dem Judentum zu, weiterhin Gottes Volk zu sein und mit ihm im Bund zu stehen. Damit wäre aber ein eigener Heilsweg eingeräumt, das Selbstbild der allein seligmachenden Kirche gefährdet. Soviel Rückerstattung theologischer Würde kann der Papst nicht zugestehen, soviel theologischen Besitzverzicht will er nicht leisten. Wie die iudaizantes in der Geschichte der Kirche stets mit großem Misstrauen beobachtet wurden, so rückt ihm der in seinen Augen zu sehr judaisierende christlich-jüdische Dialog zu nahe an das Judentum heran. Wie bei seiner Neuformulierung der Karfreitagsbitte dient auch hier sein Versuch „der Präzisierung“ vor allem der Distanzierung. Da greift er wieder zurück auf die Unterscheidungen der Vätertheologie: die typologische Schriftexegese, die christologische Lesart des Alten Testaments, das Verheißungs-

Erfüllungs-Schema, die Überbietungstheologie, die immer schon mit einer Vivisektion der hebräischen Bibel umgegangen sind: Die Verheißungen dem Christentum, die Droh- und Gerichtsreden den Juden.

Mit Augustinus sieht auch Joseph Ratzinger die bleibende Bedeutung der Juden darin, Zeugen der Wahrheit des Christentums zu sein. „Israel ist unbestritten weiterhin Besitzer der Heiligen Schrift“ (322), aber, wie Augustinus schreibt, tragen uns die Juden die Bücher nach, in denen Christus und sein neues Volk verheißt sind. „Kirchenväter wie zum Beispiel Augustinus haben betont, dass es Israel als nicht zur Gemeinschaft der Kirche gehörend geben müsse, um die Authentizität der Heiligen Schriften zu bezeugen“ (322). Diese Bestandsgarantie ist den Juden zu oft nicht eingeräumt worden. Aus dieser Dienstfunktion entstand unter Innozenz III. im frühen 13. Jahrhundert die Vorstellung von der „servitus Judaeorum“, der ewigen Knechtschaft der Juden, die 1236 unter Kaiser Friedrich II. in die Kammerknechtschaft der Juden (*servi camerae*) mündete und zum größten Unterdrückungs- und Ausbeutungsinstrument der Geschichte wurde.

Natürlich weiß der Papst, dass man seit dem millionenfachen Genozid nicht mehr in der Weise reden kann, wie das die Kirche getan hat. Daher verurteilt er Rassismus und Antisemitismus. Seine „Anmerkungen zum Traktat „De Judaeis“ beginnen so: „Seit Auschwitz ist klar, dass die Kirche die Frage nach dem Wesen des Judentums neu bedenken muss“ (317). Fragen wir hier nur danach, wie dieses „seit Auschwitz“ zu verstehen ist: temporal oder kausal? Da er die neueren Forschungsergebnisse biblischer Exegese nicht als Ursache der Revision hergebrachter Theologie nennt, so ist sein „seit Auschwitz“ kausal zu verstehen - als ein Vorwurf an die Theologen im Dialog: Sie haben sich von jenem historischen Geschehen theologisch zu sehr beeindrucken lassen. Die berechtigte Frage, ob ein bestimmtes historisches Geschehen argumentativ die Kraft hat, die Thesen einer systematisch operierenden Disziplin zu verändern, stellt der Papst zwar nicht, beantwortet sie aber widersprüchlich: Im Falle der Zerstörung Jerusalems und des Tempels bejaht er sie, im Falle des Holocaust

und der Staatsgründung Israels verneint er sie.

Vage Verbalismen

Der lexikalischen Analyse des Textes fallen die vagen, unpräzisen Formulierungen auf. So oft ist die Rede von „wirklich“, „authentisch“, ein Lieblingswort ist „gültig“, meist „endgültig“ (15 mal), das „Endgültige“, die „Endgültigkeit“, „der gültige Maßstab“. Der Neue Bund ist von „endgültiger Gestalt“. Die christliche Exegese findet den „endgültigen Sinn“, „endgültiger Bund“, „die Endgültigkeit der Liebe“, „endgültige Bundeszerstörung“. Da ist von „Vertiefung“, von „Überwindung“, von „Umstiftung“, von „Überschreitung“ die Rede, von „Präzisierung“, einem „weiträumigeren Verstehen“, „wenn natürlich letzte Unterschiede bleiben“ usw.

Behauptungen, die inhaltlich nicht gefüllt werden. Der Papst präzisiert nicht mit einer theologischen, geschweige denn einer biblischen Begrifflichkeit. Die beiden akzeptierten und doch abgelehnten Thesen sind „doch in vielem ungenau und müssen kritisch weiter bedacht werden“ (321), weil „noch nicht richtig und in Gänze verstanden“.

In diesen vagen Sprachversuchen ist durchaus eine gewisse Not, auch Ängstlichkeit, vielleicht sogar Tragik zu lesen. Der alte Papst sieht die katholische Kirche auf einem falschen Weg, die Identität des Christentums in Gefahr, und sein letzter Rettungsversuch ist ohne viel Hoffnung. Es treibt ihn um, das theologische Verhältnis zwischen Juden und Christen deutlicher zu klären. Auch der Apostel Paulus, zeitlebens gläubiger Jude und Christus bekennend, suchte in seinem Brief an die Römer das Verhältnis von jüdischem Glauben und Christusbekenntnis zu verstehen. Eines war ihm klar: „Hat Gott denn mein Volk verstoßen?“ Seine Antwort: „Keineswegs!“ (Röm 11,1). Doch beim Versuch, das Zueinander auch positiv zur Sprache zu bringen, diskursiv zu durchdringen, scheidet er, Sprachbilder bleiben ihm. Am Ende aber preist seine Doxologie das Mysterium Israel: „O Tiefe des Reichtums, der Weisheit und der Erkenntnis Gottes. Wie unergründlich seine Entscheidungen, wie unerforschlich seine Wege“ (Röm 11,33).

Wäre der Papst wirklich an theologisch orientiertem Dialog interessiert, dürfte man erwarten, dass er jüdische Reaktionen auf Revisionsbemühungen christlicher Theologie wenigstens erwähnt. Im Jahre 2000 hat eine stattliche Zahl von Rabbinern und Gelehrten mit „Dabru emet! Redet Wahrheit!“ ausdrücklich diese Bemühungen anerkannt und gewürdigt. 2015 erfolgte mit „Den Willen unseres Vaters im Himmel tun: Hin zu einer Partnerschaft zwischen Juden und Christen“ eine Erklärung orthodoxer Rabbiner. 2017 ist eine orthodoxe Reflexion zu 50 Jahre „Nostra aetate“ der Europäischen Rabbinerkonferenz gemeinsam mit dem Rabbinischen Rat von Amerika auf deutsch erschienen: „Zwischen Jerusalem und Rom. Die gemeinsame Welt und die respektierten Besonderheiten“.

Wenn es nach Auschwitz für die Kirche „klar“ ist, dass sie „die Frage nach dem Wesen des Judentums neu bedenken muss“ (317) sollte sie eine Antwort im Dialog mit Juden suchen. Papst Benedikts Pontifikat war auf informeller Ebene an Besserung der christlich-jüdischen Beziehungen interessiert. Der Theologe Josef Ratzinger aber, überzeugt, dass das Christentum – mit Hegel gesprochen – im hellenistischen Denken zu sich selbst kommt und zur höchsten, gereiften Gestalt gefunden hat, kann mit dem Judentum theologisch nichts anfangen. Dem Christ und Theologen ist es defizitär, bleibt Magd, „ancilla christianorum“. So war und ist er sich sicher, dass das Christentum, von den Fesseln Land und Volk gelöst, im hellenistischen Denken sich selbst findet, und damit „Versöhnung von Glaube und Vernunft gelungen“ (331) ist.

Glaube und Vernunft hätten auch dazu führen können, dass sich hier in seinen „Anmerkungen“, auch angedeutet nur, ein Wörtchen des Bedauerns christlicher Schuld oder eines der freundlichen Anerkennung jüdisch-dialogischen Bemühens, vielleicht sogar jüdischer Überlebens- und Hoffnungskraft finden ließe – Zeichen von Großmut des „summus pontifex“.

Am Ende fragt man sich: „Was erwünscht sich Joseph Ratzinger/Benedikt XVI. von der Veröffentlichung seiner „Anmerkungen zum Traktat ‚De Judaeis‘“? Und was erhofft sich Kardinal Kurt Koch? Sollte wirklich „das jüdisch-katholische Gespräch“ bereichert werden? Oder geht es um inner-

kirchliche Auseinandersetzungen, über die Bande gespielt?

Gregor Tischler

Bekenntnis und Hass

Was eine Erzählung Kleists uns lehren kann

Gerne wird in letzter Zeit, oft im Kontext von Asylproblematik und Islamismus, vom "christlichen Abendland" oder sogar dessen "jüdisch-christlichen Wurzeln" gesprochen. Der Hintergrund ist meist politisch und nur selten theologisch. Es ist freilich unbestreitbar, dass Geschichte und Gegenwart Europas ohne das Christentum und seine Geschichte schlechterdings nicht verstanden werden können. Ebenso wichtig ist es aber auch, den Blick darauf zu schärfen und zu differenzieren: Ist das Zeitalter des Christentums wirklich nur eine Erfolgsgeschichte, die geradewegs zu Rechtsstaat und Humanität führt? Doch was ist dann mit den dunklen Kapiteln des Christentums, mit den Scheiterhaufen der Inquisition, mit Kreuzzügen, Judenpogromen, Hexenwahn und Konfessionskriegen? Sind nicht auch sie Teil des "abendländischen Erbes" - und wenn ja, welche Schlüsse sind daraus zu ziehen?

Das Jahr 2018, in dem sich der Beginn des Dreißigjährigen Krieges zum 400. Male jährt, kann Anlass geben, über solche Fragen etwas gründlicher nachzudenken. Jener Krieg, den man konfessionell begründete, verwüstete und entleerte Deutschland und warf es kulturell um fast ein Jahrhundert zurück. Mit Recht bezeichnet man ihn als die größte Katastrophe in der Geschichte der Konfessionen. - Doch was hat es mit Konfession, einem religiösen, "christlichen" Bekenntnis zu tun, Andersgläubige zu hasen und gegen sie jede Form von Gewaltanwendung zu rechtfertigen?

Einen interessanten Einstieg in dieses wichtige und befremdende Problemfeld der abendländischen Geschichte bietet m.E. eine kurze, brillante Erzählung Heinrich von Kleists: "Die heilige Cäcilie oder Die Gewalt der Musik". Sie entstand 1810 als eine Art Patengeschenk für die Tochter eines Freundes, Adam Müller, der ein paar Jahre zuvor zum Katholizismus übergetreten war. Man weiß, dass Kleist, der im Protestantismus sozialisiert wurde, dennoch, wie er selbst 1801 in einem Brief an Wilhelmine von Zenge schrieb, die Ästhetik katholischer Liturgie und Kunst bewunderte und der Nüchternheit reformierter Gottesdienste vorzog.

Ein Zweites sei vorausgeschickt: Die meisten Werke Kleists, vor allem auch seine Erzählungen, handeln von Gewalt. Wie kaum ein anderer Dichter vermochte er beim Leser Abscheu und Entsetzen vor menschlicher Zerstörungskraft zu wecken. So auch in der Legende von der heiligen Cäcilie: Darin beabsichtigen drei Studenten aus Wittenberg (I) und ein reformierter Praktikant aus Antwerpen, an Fronleichnam die Kirche eines Nonnenklosters zu verwüsten. Ihr Motiv ist sozusagen intellektueller Art: Es gilt, die Rückständigkeit des katholischen Glaubens mit dem Mittel einer gewaltsamen Zeichenhandlung zu bekämpfen.

Der Bildersturm des 16. Jahrhunderts, der sog. Ikonoklasmus, war Produkt eines reformatorischen Glaubensverständnisses, das auch bestimmte Kreise des gebildeten Bürgertums vertraten. Bei Zwingliern und Calvinisten wurde dies noch deutlicher.

Im Grunde sahen sie in allem, was ihrem religiösen Bewusstsein, insbesondere dem Schriftprinzip, nicht entsprach, "Teufelswerk". Dabei sei auch an Luther selbst erinnert, der zwar kein Bilderstürmer war - man bedenke seine Zusammenarbeit mit der Cranach-Werkstatt -, aber stets geneigt, bei denen, die seiner Auffassung nicht folgten, und sei es auch ein Humanist wie Erasmus, den Teufel am Werk zu sehen.

Bei Kleist gibt es jedoch noch eine andere, eine menschenfreundliche Gewalt, die der Kunst und insbesondere der (Kirchen-) Musik. Während in Kleists Legende die zerstörungswilligen Männer kein Gespür für das Heilige und die ihm dienende Kunst

mitbringen, werden sie dennoch von der überwältigenden Schönheit der Klänge bis in den Wahnsinn getrieben.

Woher aber rührt die die Jahrhunderte durchziehende Gewaltbereitschaft im Abendland, das sich doch stets als christlich verstand (und oft heute noch so nennt)? Dabei kann niemand bestreiten, dass im Zentrum christlicher Ethik das Doppelgebot der Liebe - bis hin zur Feindesliebe - steht (vgl. Lk 10,27, Mt 5f,38-48 oder auch 1 Kor 13). Wie konnte es zu einem so eklatanten Widerspruch kommen?

Gewiss spielte zunächst der Paradigmenwechsel des 4. Jahrhunderts, als aus dem verfolgten Glauben eine allein herrschende Religion wurde, eine gewichtige Rolle. Wer einen Staat führen will, muss auch das Schwert tragen (vgl. Röm 13,4). Und sicherlich wurde die Rechtfertigung von Gewalt durch die Einbeziehung des Frankenreiches in die abendländische Christenheit noch verstärkt. Doch erklärt all das wirklich schon die im Namen des Glaubens gezeigten Gewaltexzesse bei Kreuzzügen, Inquisition oder Konfessionskriegen?

An dieser Stelle muss man auf einen oft zu wenig beachteten Zusammenhang hinweisen: Mit "gutem Gewissen" - so wie die jungen Männer in Kleists Erzählung - glaubte man immer dann Gewalt und Grausamkeit anwenden zu dürfen, wenn es dazu eine scheinbar "rationale" Rechtfertigung gab. Ist man sich der "Wahrheit" sicher, darf alles, was ihr zu widersprechen scheint, bekämpft oder beseitigt werden. Bis heute liegt dieses Schema sämtlichen gewaltbereiten Ideologien zugrunde. Der "Höllenstein" (Ian Kershaw) des 20. Jahrhunderts bietet dazu überreiche Belege.

Wie aber konnte dieses Schema auch zur Grundlage bzw. Rechtfertigung eines, dem Anspruch nach, "christlichen" (aus heutiger Sicht aber völlig unchristlichen) Verhaltens werden? Hier kann ein Blick in die Geistesgeschichte des zweiten Jahrtausends weiterhelfen. Zu dessen Beginn, im Hochmittelalter, erlangte die theologische Durchdringung des Glaubens eine zuvor - mit Ausnahme der Kirchenväter und der großen Konzilien der Spätantike - ungeahnte Blüte. Die Scholastik, die bewusst das Wissen ihrer Zeit dem Glauben dienstbar zu machen strebte, gab nicht nur Orientierung

und Sicherung im Gottesglauben, sondern erhob zugleich auch den Anspruch auf die unbedingte und allein gültige Wahrheit. Wenn ein Mystiker wie Bernhard von Clairvaux zum Kreuzzug gegen die Ungläubigen mit der Parole: "Gott will es!" aufrufen konnte, war dies nur möglich, weil er sich in der Wahrheit glaubte, die es gegen Irrtum und Unwahrheit zu verteidigen galt. Ähnliches trifft auch bei anderen dunklen Kapiteln der abendländischen Geschichte zu, selbst wenn, wie etwa bei der Eroberung Amerikas, noch andere Faktoren, vor allem Habgier, eine entscheidende Rolle spielten. Aber gerade Habgier verlangt nach einer "rationalen" Rechtfertigung, die das Gewissen beruhigt...

Das sog. konfessionelle Zeitalter, das auf die Reformationseignisse folgte und in den Dreißigjährigen Krieg führte, weist uns noch deutlicher und in erschreckender Weise auf den engen Zusammenhang von Glaubensgewissheit, Hass und daraus resultierender Rechtfertigung jeglicher Grausamkeit hin. Bei genauer Betrachtung nimmt es nicht wunder, dass, wie in Kleists Erzählung, auf Seiten der Reformation die Gewaltbereitschaft, verstanden als "Dienst am wahren Glauben", zunächst wohl noch höher war als auf der Gegenseite. Der Verstand, so sahen es gerade die besser Gebildeten, neigte eindeutig der Reformation zu! Und in der Tat war es eines der großen Verdienste des Protestantismus, Volksbildung zu verlangen und zu fördern - während die Scholastik wie auch der Humanismus nur die des Lateins mächtige Elite ansprach und erreichte. Die Reformation aber wandte sich ganz bewusst möglichst allen Schichten des Volkes zu.

Auch Heinrich von Kleist sah den Protestantismus unter dem Primat des Verstandes stehen, während er Gefühl und Sinnlichkeit in der Religiosität dem katholischen Selbstverständnis zuordnete. Dass diese Unterscheidung einen wahren Kern birgt und zum Teil bis heute gilt, ist einleuchtend. Dazu genügt wohl schon der aufmerksame Besuch süddeutscher Barockkirchen... Und nicht von ungefähr spielt sich die Handlung in der Erzählung an Fronleichnam ab, dem prachtvollsten aller katholischen Feste!

Es ist sicherlich nicht einfach, im Dreißigjährigen Krieg der einen Seite mehr Grau-

samkeit zuzuschreiben als der anderen. Tilly, dessen Marienverehrung seltsame Blüten trieb, scheute sich nicht, seine Soldaten anstelle von Soldzahlungen die Bevölkerung ausplündern zu lassen. Auch gehört die von ihm verschuldete Zerstörung Magdeburgs gewiss zu den größten Grausamkeiten jenes jahrzehntelangen Gemetzels.

Es dient der geschichtlichen Wahrheit nicht, bei den dunklen Kapiteln des Christentums mit dem Finger immer nur auf die Papstkirche zu zeigen. Die gewaltsame Intoleranz Calvins, der Prager Fenstersturz oder die Foltermethode des sog. "Schweden-trunks" sind keine Nebensächlichkeiten protestantischer Geschichte.

Übrigens waren auch Hexenverbrennungen in beiden Konfessionen verbreitet. Der Grund dieser schrecklichen Taten schien auch hier ein "rationaler" zu sein. Da man sich viele Übel wie Seuchen und Krankheiten noch nicht wissenschaftlich erklären konnte, musste wohl der Teufel am Werk sein, der sich dafür verschiedener Personen bediente!

Das Gedenkjahr 2018, das uns an 1618 wie 1918 erinnert, sollte zum Anlass werden, das "christliche Abendland" nicht als simple Floskel zu verwenden, sondern das, was wirklich human am jüdisch-christlichen Erbe ist (ein Begriff, der nicht als historischer, vielmehr als theologischer sinnvoll ist), als permanente Aufgabe und Herausforderung zu verstehen.

Christlich begründete Humanität ist vielfältig und unerschöpflich. Und sie ist schöpferisch. Zum abendländischen Erbe gehören eben auch gotische Kathedralen, der Isenheimer Altar und das Abendmahl Leonardos - und die Musik: Bachs Passionen und das evangelische Gesangbuch. Kleist wusste von der Macht der Musik selbst gegen Hass und zerstörerische Gewalt.

Mit Recht sprechen wir von "Liebe zur Musik". Sie ist freilich nur eine Facette dessen, was wir als Liebe erfahren. Paulus schreibt, sie höre niemals auf (1 Kor 13,8). Nichts, was ihr entgegensteht, darf christlich heißen. Dies ist zu bedenken, bevor das "abendländische Erbe" allzu schnell über die Lippen kommt.

Paul Glotter

HimmelHerrgottSakrament – eine bunte Nachlese

Der Vorsitzende des Eichstätter Diözesangeschichtsvereins, Klaus Littger, gab offen zu, dass er mit so großem Publikumsinteresse für das von ihm letzten Oktober organisierte Symposium zum Thema „Hexenprozesse im Hochstift Eichstätt“ eigentlich nicht gerechnet hatte.

Sowohl Littger als auch Ortsbischof Gregor Maria Hanke, der auf der Tagung einen längeren Vortrag hielt, vertraten die Ansicht, dass dieses traurige Kapitel der Kirchengeschichte nicht einfach abgehakt werden dürfe. Vielmehr müsste rückblickend nach den „sozialen Mechanismen“ gefragt werden, so Hanke, welche den Verfolgungswahn ausgelöst und vor allem dann im frühen 17. Jahrhundert unter Johann Christoph Westerstetten, seinem Vorgänger im Bischofsamt, zu einer Serie von „unentschuldbaren Verbrechen“ geführt hätten.

Zwischen 1532 und 1723 waren im Hochstift Eichstätt auf Anordnung der dort residierenden Reichsfürstbischöfe 249 Personen (219 davon Frauen) hingerichtet worden. Für Gesamteuropa müsse man im Zeitraum zwischen 1400 und 1800 von rund 60.000 Todesurteilen ausgehen, hieß es in einem Tagungsinfo. Die Zahl der Angeklagten, die während der Gefangenschaft und bei Folterungen starben, sei unbekannt.

Dass es zum Thema Hexenverfolgung noch immer sehr großen Gesprächsbedarf gibt, sollte uns nicht überraschen. Denn während der vergangenen 200 Jahre sind moderaten Schätzungen zufolge in der katholischen Kirche wenigstens 100.000 Frauen und Männer Opfer von Rufmordkampagnen geworden. Mehrere Tausend der so verteufelten und in den Wahnsinn getriebenen Christen nahmen sich verzweifelt das Leben.

An aktuellen außereuropäischen Bezügen zu den im Hochstift Eichstätt begangenen Verbrechen fehlt es übrigens nicht.

Jedem Interessenten ist hierzu nur allerwärmstens ein Blick in die von unserem Redaktionsmitglied Horst Hohmann redigierte Chronik zum 150. Geburtstag der Missionsgesellschaft der Weißen Väter zu empfehlen, wo auf Seite 142 aus dem Protestbrief des ehemaligen Bischofs von Kalemie-Kirunga im Südosten der Demokratischen Republik Kongo, Dominique Kimpinde, zitiert wird: „Stoppt die Hexenjagd. Hört endlich auf, unschuldige Menschen zu verfolgen und wie Hunde totzuprügeln, weil sie angeblich für Seuchen, Hunger und Dürrekatastrophen verantwortlich sind.“ Bischof Kimpinde bezeichnet die Anschuldigungen als Aberglaube und ist überzeugt, dass solche bigotten und hinterhältigen „Feldzüge gegen die Mächte der Finsternis“ überall in Afrika nicht selten von Lokalpolitikern organisiert und dazu benutzt werden, um missliebige Gegner aus dem Weg zu räumen.

Außerdem, so der streitbare Bischof, werde in Afrika und auch anderswo in der Welt immer häufiger dort zur „Hexenjagd“ geblasen, wo religiös und ideologisch motivierte Fanatiker Andersgläubige verteufeln und zu „Endlösungen“ aufrufen.

*

Zu der im vergangenen September veröffentlichten Missbrauchsstudie, welche die Deutsche Katholische Bischofskonferenz (DKB) vor 5 Jahren bei einem Forschungskonsortium der Universitäten Mannheim, Heidelberg und Gießen in Auftrag gegeben hatte, haben die deutschen Medien über Wochen hinweg kontrovers Stellung bezogen. Kommentiert wird die Studie in dieser Ausgabe von imprimatur u.a. vom Freckenhorster Kreis und vom Kirchenrechtler Norbert Lüdecke („Empörung reicht nicht“).

Ich selbst möchte hier zum Thema lediglich auf einige aufschlussreiche, im Laufe der Debatte notierte Wortmeldungen hinweisen:

Erstens: Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der DKB, war einer der vielen, die bei der Vorstellung der Studie eine konsequente „Aufarbeitung“ (Unwort des Jahres?) der Untersuchungsergebnisse forderten.

Ich darf Marx daran erinnern, dass der von der Rechtsanwältin Marion Westpfahl 2011 abgelieferte Untersuchungsbericht über „Missbrauch im Erzbistum München und Freising“ (250 Seiten stark und rot eingebunden) im Hochsicherheits-Safe des Ordinariats in der bayerischen Landeshauptstadt bis heute noch immer auf seine versprochene „Aufarbeitung“ wartet.

Desgleichen wird Marx bestimmt nicht vergessen haben, dass 2014 Mitglieder des Laienrates seines Bistums (als Teil besagter Aufarbeitung!) mit der Empfehlung an ihn herangetreten waren, unter den Priestern von München und Freising eine anonyme Befragung darüber durchführen zu lassen, wie sie´s mit dem Sex im allgemeinen und mit dem Pflichtzölibat im besonderen halten. Wäre interessant zu wissen, ob Marx eine solche Befragung noch immer für „irrelevant“ hält.

Zweitens: Nachdem Kardinal Rainer Maria Woelki ja in Sachen kirchliches Arbeitsrecht und auch bzgl. der Zulassung protestantischer Ehepartner zur Kommunion geglaubt hatte, gegen das Mehrheitsvotum seiner Bischofskollegen angehen zu müssen, spielte er auch jetzt wieder den Bedenkenträger und erklärte, dass die Missbrauchsstudie, für die man leider nur „stichprobenartig“ Personalakten aus den Geheimarchiven der 27 deutschen Bistümer ausgewertet habe, ja doch wohl nicht das „Gelbe vom Ei“ sei. Und er versprach: „Wir werden in Köln unabhängige Fachleute beauftragen, unsere Akten ungeschönt und ohne falsche Rücksichten zu überprüfen“.

Drittens: Als im September Journalisten fragten, ob wegen des Missbrauchsberichtes, in welchem unverblümt auch auf die schweren „Amtspflichtverletzungen“ durch die kirchliche Obrigkeit beim Umgang mit klerikalen Sexualstraftätern hingewiesen worden war, mit dem evtl. Rücktritt des ein oder anderen Bischofs zu rechnen sei, lautete die kategorische Antwort: „Nein!“

Umso nachdenklicher hat mich aber dann einige Wochen später die öffentliche Erklärung des neuen Hildesheimer Bischofs Heiner Wilmer gemacht. Er sagte über das Verhalten seines Vorgänger Josef Homeyer in der Causa des Diözesanpriesters Peter R.: „Zusammen mit seiner Bistumsleitung hat er nicht nur versagt, sondern sie haben

fürchterliche Dinge zugedeckt. Es ist eine Katastrophe!“

Homeyer starb 2010. Viele andere notorische Vertuscher aus den Reihen der deutschen Bischöfe befinden sich allerdings noch unter den Lebenden und stehen in „Amt und Würde“, ohne sich vermutlich der ganzen Schäden vollumfänglich bewusst zu sein, die sie mitverursacht haben.

*

Zwei Stunden hat der Sandsturm gedauert, in den ich oben im äußersten Norden von Burkina Faso hineingeriet, als ich vor vielen Jahren in Ouahigouya meinen kanadischen Freund Jacques Charron besuchte – Sand in den Augen und in den Ohren, Sand in den Haaren und zwischen den Zähnen, Sand in der Unterhose und in den Schuhen, Sand einfach überall.

Ich habe mich damals, dort an der Schnittstelle zwischen fruchtbarem Ackerland und tödlicher Wüste, und auch in den Jahren danach häufig gefragt, warum es uns trotz aller modernen Technik nicht gelingt, einen Wall gegen die Wüste zu errichten und ihren Vormarsch zu stoppen?! Warum haben wir so wenig Ausdauer, wenn es um den nachhaltigen Schutz des Lebens ganz allgemein und nicht nur um den „Schutz des ungeborenen Lebens“ geht?!

Dieser Tage hat´s mich darum ganz besonders gefreut, als ich übers Internet erfuhr, dass der alte Yacouba Sawadogo aus dem im Distrikt Ouahigouya gelegenen Dorf Gourga, von dem man mir gesagt hatte, dass er in seiner vom Wüstensand bedrohten Heimat begonnen habe „neue Wege“ zu gehen, mit dem vom Schweden Jacob von Uexville gestifteten „Alternativen Nobelpreis“ (Right Livelihood Award) ausgezeichnet worden sei, der jedes Jahr Einzelpersonen und Organisationen zugedacht wird, die sich „beispielhaft für eine menschenwürdige Welt engagieren“.

Beispielhaft an den „neuen Wegen“ Yacoubas ist die Tatsache, dass er inzwischen seit über 30 Jahren zusammen mit seinen Söhnen und anderen Mitgliedern der Großfamilie auf einer Fläche von mehr als 100 Quadratkilometern Bäume angepflanzt und zwischen den Bäumen Hirsekörner so geschickt ausgelegt hat, dass er jetzt jedes Jahr mehrere Tonnen Getreide für sich

und die Seinen ernten kann. Selbst die „Vögel des Himmels“ und viele andere Tiere hätten jetzt wieder satt zu fressen, gab der überraschte Preisträger den Reportern zu Protokoll.

Sorge bereite es ihm und seiner Familie freilich immer noch, sagte er, dass Distriktbeamte während ihrer notorischen Kontrollbesuche fortführen, beim Aufforstungsprojekt Illegalität zu unterstellen und mit Enteignung zu drohen!

Yacouba Sawadogo hofft, mit Hilfe der neuen Verbündeten in Europa künftig der Willkür korrupter Beamten nicht mehr ganz so schutzlos ausgeliefert zu sein.

*

Ansgar Wucherpfennig ist Jesuit, er ist renommierter Neutestamentler und er wartete diesen Spätsommer für eine dritte Amtszeit als Rektor der Frankfurter Jesuitenhochschule Sankt Georgen auf die sogenannte „Unbedenklichkeitserklärung – das Nihil Obstat“ von der Bildungskongregation im Vatikan. Doch diese kam nicht. Stattdessen schrieb der Bildungspräfekt Kardinal Giuseppe Versaldi dem Deutschen, dass mit einem „Nihil Obstat“ erst gerechnet werden könne, wenn er die in einem Interview geäußerte Kritik am „Umgang der Kirche mit Homosexuellen“ zurücknehme. Wucherpfennig war u.a. auch immer wieder positiv für die Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften durch die Kirche eingetreten.

Johannes Siebner, Provinzial des Jesuitenordens in Deutschland, sagte zur Verteidigung seines Mitbruders, dass die Vorgehensweise der Bildungskongregation an den „Stil eines byzantinischen Hofstaats“ erinnere, wo Leute ohne jede Rücksprache aus ihren Ämtern entfernt würden – so als hätte man absolut nichts mitbekommen von der Diskussion um den „Machtmissbrauch“ in der Kirche.

Während sich viele gestandene Katholiken einmal mehr fassungslos fragten, wo bei dieser ganzen geschmacklosen Auseinandersetzung eigentlich der Verstand und die natürliche seelsorgerische Empathie geblieben seien, kam dann doch noch grünes Licht aus Rom für die dritte Amtsperiode Wucherpfennigs.

Der „Kompromiss“, so war zu hören, sei

mit der Auflage zustande gekommen, dass der derzeitige Generaloberer der Jesuiten, der Venezuelaner Arturo Sosa, ab sofort für die „Rechtgläubigkeit“ des Neutestamentlers garantiert.

Inwieweit bei der gütlichen Einigung sogar Papst Franziskus seine Hand im Spiel hatte, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Für die Hardliner in unserer Kirche gibt's daran allerdings keinen Zweifel, zumal sie dem Argentinier bis heute sein „Wer bin ich, um zu urteilen“ nicht verziehen haben.

Mit einer an Verachtung grenzenden Überzeugung verteidigen sie ihrerseits die durch mehrere seriöse Untersuchungen widerlegte These, dass Schwule die „Hauptverantwortlichen für das ganze Missbrauchsdebakel in unserer Kirche“ seien. Und wie immer ist dabei auch dem Ex-Chef der Glaubenskongregation Gerhard Ludwig Müller kein Argument zu billig, um gegen Papst Franziskus und gegen den Jesuiten Ansgar Wucherpfennig zu polemisieren. In einem Interview mit dem kanadischen Internet-Portal „LifeSiteNews“ sagte der aus Regeburger Zeiten bekannte Spalter und Ehrabschneider: „Wenn dieser Priester den Segen homosexueller Beziehungen als das Ergebnis einer Weiterentwicklung der Lehre bezeichnet, an der er weiterhin arbeitet, bedeutet das nichts anderes als die Anwesenheit des Atheismus im Christentum.“ Der Fall Wucherpfennig zeige, so Müller, wie die „klare Expertise“ der Glaubenskongregation verdrängt werde.

Carl-Peter Klusmann

„Neu-Evangelisierung“?

Seit Jahren geistert in der katholischen Kirche das Programmwort „Neuevangelisierung“ umher. Was daran neu ist, bleibt unklar. Ob die bisherigen Reste der sogenannten Volkskirche revitalisiert werden sollen, ist eine Frage. „Neu“ bedeutet vielleicht nur einen Unterschied zur früheren „Heidenmission“. Besonders heikel ist die

Frage, ob frühere kirchliche Aktivitäten den persönlichen „Glauben“ an Gott wecken (die fides qua) oder nur kirchliche Gewohnheiten und entsprechenden Gehorsam fördern sollten. Viele haben das oft als eine Art von Dressur empfunden, Auf die Weise wäre bestenfalls religiöses Wissen (also die fides quae) verbreitet worden.

Häufig wird ein Rückgriff auf heutige Werbemethoden empfohlen. Was würde damit erreicht? Vielleicht ein vorübergehendes Interesse für den Reklameartikel Religion oder Kirche. Das erinnert an den wertlosen Dämonenglauben, von dem im Jakobusbrief (Jak 2,19) die Rede ist. Was also soll mit einer Erneuerung erreicht werden?

Wenn nicht alles täuscht, kommen viele Zeitgenossen inzwischen über die in den Medien kursierenden kirchlichen Streitfragen kaum hinaus. Sie entdecken bestenfalls Fragen nach Gott, vor allem die Frage, ob es diesen überhaupt gibt. Das beste Symptom dafür, dass diese und derartige Fragen in der offiziellen Kirche ganz und gar keinen Widerhall finden, bieten zwei Verlautbarungen aus Rom, nämlich der sogenannte Weltkatechismus und das Gegenstück für Jugendliche mit dem Titel Youcat. Professor Peter Knauer SJ hat das peinliche Versagen in der Gottesfrage dieser Druckwerke unmissverständlich analysiert. Es lohnt sich, in beiden Fällen den Autor wörtlich zu zitieren.

Zum „Katechismus der Katholischen Kirche“ heißt es: „Erster Hauptteil, 1) Wie wird das Wort „Gott“ eingeführt?“ Im Prolog des Katechismus stellen die drei ersten Nummern eine Art Zusammenfassung des Ganzen dar. Der erste Satz lautet „Gott ist in sich unendlich vollkommen und glücklich.“ Hier wäre es wünschenswert gewesen, zu sagen, wie man überhaupt dazu kommt, das Wort „Gott“ zu gebrauchen oder wenigstens, was genau der eigentliche Anlass ist, sich mit diesem Wort zu befassen und was dieses Wort bedeutet. Die Bedeutung dieses Wortes wird aber im Text als von vornherein bekannt vorausgesetzt. Hinzufügend wird nur gesagt, Gott habe „in einem aus reiner Güte gefassten Ratschluss“ und „aus freiem Willen“ den Menschen erschaffen, damit dieser an seinem glückseligen Leben teilhabe. Faktisch wird damit übergangen, dass gerade nach der traditionellen katholischen Lehre Gott „unbegreiflich“ ist (DH 800, 3001), also nicht unter Begriffe fällt und man deshalb

auch nicht von ihm als einem Ersterkannten ausgehen kann. Wir wissen nicht zuerst, wer Gott ist, um dann zu sagen, er habe uns erschaffen. Wenn man jedoch nicht von vornherein darüber Rechenschaft gibt, wie man denn dann überhaupt von Gott reden kann, wird alles Weitere bei aller vermeintlichen Klarheit unter einem Schleier der Unverständlichkeit verbleiben.“

Nicht besser verhält es sich mit dem Jugendkatechismus YOUCAT: „Er bietet ähnlich wie bereits der Katechismus der Katholischen Kirche eher nur eine addierende Aufzählung von Glaubensaussagen. Die Verstehensfrage wird kaum gestellt, und es wird auch nicht deutlich, dass alle Glaubensaussagen in Wirklichkeit nur ein einziges Glaubensgeheimnis, unsere Gemeinschaft mit Gott, erläutern. Das Gottesverständnis: Schon im ersten Abschnitt (n. 1) des Youcat ist von „Gott“ die Rede, ohne zu sagen, wie man überhaupt dazu kommt, von Gott zu sprechen bzw. was dieses Wort genau bedeutet.“

Die alltägliche Praxis zeigt, dass inzwischen viele Zeitgenossen, sollten sie sich tatsächlich gelegentlich mal auf religiöse Themen verirren, manchmal etwas gelangweilt, bei der skeptischen Frage, ob es so etwas wie Gott überhaupt gibt, stecken bleiben. Völlig weltfremd erklärt der Katechismus unter Nr. 1124: „Der Glaube der Kirche geht dem Glauben des einzelnen voraus, der aufgefördert wird, ihm zuzustimmen.“ Nach meinem Verständnis verhält es sich umgekehrt. Jeder einzelne muss sich selbst prüfen und entscheiden, ob er an Gott glaubt (bzw. glauben kann). Die Kirche als Organisation kann weder glauben noch ungläubig sein. Offenbar ist hier im Katechismus nicht von einer erfahrbaren, nämlich der realexistierenden Kirche die Rede. Die Autoren haben nur ihr frommes Idealbild von Kirche vor Augen oder im Sinne der fides quae die Fülle des depositum kirchlicher Lehren. Ob diese Sicht geeignet ist, erfolgreich Abseitsstehende für die Kirche zu gewinnen, gar sie zu „evangelisieren“ und für diese „eine persönliche Bindung an Gott“ (KKK 150) zu stiften?

Vielleicht verbirgt sich hinter diesem Ungeschick aber noch eine viel brisantere Problematik. Diese führt dazu, dass selbst Theologen bei der Gottesfrage leicht ins Stolpern geraten. Eine zunächst nur wenigstens vordergründig tragfähige Antwort verlangt

einen kurzen Rückblick in die Geschichte. Haben wir nicht schon öfter kleinlaut unsere vollmundige Gotteslehre zurechtstutzen müssen?

Eines der krassesten Beispiele bietet das Konzil von Florenz (1431-1445): (Die Kirche) „glaubt fest, bekennt und verkündet, daß "niemand, der sich außerhalb der katholischen Kirche befindet, nicht nur (keine) Heiden", sondern auch keine Juden oder Häretiker und Schismatiker, des ewigen Lebens teilhaft werden können, sondern daß sie in das ewige Feuer wandern werden, [...] "Und niemand kann, gerettet werden, wenn er nicht im Schoß und in der Einheit der katholischen Kirche bleibt" (DH 1351). Leo XIII. meinte, den Willen Gottes noch genauer zu kennen, dass der Glaube „die vollkommene Unterwerfung im Gehorsam unter die Kirche und den römischen Papst *wie unter Gott*“ (!) verlange (in: „Sapientiae christianae“).

Die Kirche hat bis heute immer mehr von dieser arroganten Position runtersteigen müssen. Inzwischen gilt als unbestreitbar, dass nicht nur andere Christen, auch Gläubige anderer Religionen, selbst Nichtgläubige Gott finden können. Dessen Existenz ist wiederum gleichzeitig weder zu beweisen noch zu widerlegen. Dietrich Bonhoeffer vertrat unter diesen Umständen die Folgerung, wir Christen müssten in der Welt leben „etsi deus non daretur“ (als ob es Gott nicht gäbe). (Widerstand und Ergebung 1964, S.177) Er war überzeugt, „wir gehen einer völlig religionslosen Zeit [im üblichen Sinn verstanden] entgegen.“ (ebd. 132). Andererseits gibt es gute Gründe, weiterhin an Gott zu glauben, selbst wenn dessen Existenz nicht gesichert ist. Ich bin zu wenig Philosoph, um mich dabei auf Immanuel Kant berufen zu können und dessen Unterscheidung von reiner und praktischer Vernunft, welche letztere bekanntlich Gott als Postulat kennt. Zeit unseres Lebens müssen wir Menschen uns damit abfinden, dass wir bestenfalls auf Gott hoffen können. Für die Vernunft bleibt uns nur eine Hypothese. Ich selbst habe keinen Grund, mich zu beklagen, dass ich ungefragt in eine katholische Familie hineingeboren und darin - zumal in der Nazizeit! - aufgewachsen bin.

Gregor Tischler

Antimodernismus, nicht Agiornamento: Kirche und Weimarer Republik

Als am Ende des 1. Weltkrieges in Deutschland die Monarchie zusammenbrach und sich nach den darauf folgenden Wirren - vom Spartakusaufstand bis zur blutigen Niederwerfung der Räterepublik in Bayern - im Lauf des Jahres 1919 Deutschlands erste Demokratie festigte, war von Begeisterung in beiden Kirchen wenig zu spüren. Die evangelische Kirche trauerte im Grunde dem zerbrochenen Bündnis von Thron und Altar nach; die katholische besaß zwar schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen politischen Arm: die (1858 im Preußischen Landtag gegründete) Zentrumspar- tei. Diese aber sollte keineswegs der Verfestigung der Demokratie, sondern lediglich der Verteidigung des Katholizismus gegen die "protestantische Staatsmacht" dienen. Mit der Demokratie als Staatsform konnte und wollte man sich aber so gar nicht anfreunden ...

Damit freilich wurde eine verhängnisvolle Weltabgewandtheit zementiert, die letztlich auch zum Mangel an Abwehrkräften gegen die NS-Diktatur führte. Dass sich die Zentrumspar- tei dann bereits im Frühsommer nach ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 anscheinend recht bereitwillig selbst auflöste, schien insofern nur konsequent.

Die in der katholischen Kirche verbreitete Ablehnung jeglicher Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts basiert indes auf einer längeren Vorgeschichte. Hatte nicht schon die Französische Revolution, auf die sich Europas Demokratien bis heute berufen, einen blutigen Kampf gegen die Kirche - genauer gesagt, gegen die enge Verbindung von Monarchie und Kirchenherr- schaft - geführt? Diese schrecklichen Ereignisse hingen freilich auch mit den Ideen der Aufklärung zusammen, deren Grund- prinzip, die Aufforderung, sich seines eige-

nen Verstandes zu bedienen, mit einem hierarchischen Kirchenmodell, das unkritischen Glaubensgehorsam fordert, unvereinbar erschien.

Als in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts manche Theologen, wie etwa Johann Michael Sailer, die Kirche für Gedanken der Aufklärung öffnen wollten, war ihnen keine Nachhaltigkeit beschieden. Unter Papst Pius IX., der durch die revolutionären Gewaltakte gegen den Kirchenstaat 1848 traumatisiert wurde, gewann bald wieder die Rückwärtsgewandtheit, deren Ideal eine mittelalterliche Ständeordnung war, die Oberhand. In den Zielen der Aufklärung machte man in erster Linie nur Widerchristliches aus: Eine Trennung von Kirche und Staat, Religions- und Meinungsfreiheit, Rationalismus, Fortschrittsglaube - waren das nicht alles verderbliche Zeitirrtümer, die es zu bekämpfen galt? Im sog. Syllabus von 1864 wurden sie einzeln aufgeführt, und da sechs Jahre später die Unfehlbarkeit des Papstes definiert wurde, erhielt deren Verurteilung gewissermaßen Glaubensrang. Schließlich bestärkte 1907 der zehnte Pius-Papst in der Enzyklika "Pascendi" die Verwerfung aller Neuerungen, die unter den abwertenden Begriff "Modernismus" fielen.

Durch die Fixierung auf das, was man als Reinheit der Lehre (auch Integralismus oder Ultramontanismus genannt) verstand, kam es zu einem schlimmen Nebeneffekt: Mehr und mehr verlor man das "niedrige" Volk, die ausgebeutete Arbeiterschaft, aus den Augen. Der größere Teil des Proletariats, das doch eigentlich den Armen im Sinne Jesu glich (wenn auch unter anderen Umständen, der Industrialisierung), wandte sich vom christlichen Glauben ab und marxistisch-sozialistischen Ideen zu - die freilich ebenso wenig mit demokratischen Grundsätzen, wie wir sie heute verstehen, übereinstimmten. So kam auch die, durchaus heute noch aktuelle, Enzyklika "Rerum novarum" von Papst Leo XIII. (1891) zur Lage der Arbeiter leider um Jahrzehnte zu spät.

Wie wenig sich die Papstkirche mit der Demokratie anfreunden konnte, zeigte sich noch einmal, als Pius XI. 1925 das Christkönigsfest einführte. Vielerorts verstand man dieses Ereignis als symbolisch für die

Ablehnung der republikanischen Staatsform.

Bei der Suche nach den Gründen dieser negativen Einstellung gilt es, noch ein weiteres für das Papsttum traumatisches Ereignis einzubeziehen: 1870 war im Zuge der Einigung Italiens der Kirchenstaat aufgelöst worden. Aus Verärgerung verweigerte der Papst jeglichen Dialog mit der italienischen Regierung. Doch 1929 kam es mit den Lateranverträgen schließlich zur Versöhnung von Staat und Kirche - aber dieser Staat war keine Demokratie mehr, sondern ein faschistisches Regime! Mussolini wusste schon, wie er vorgehen musste: Ohne Versöhnung mit der Kirche konnte er im fast gänzlich katholischen Italien die angestrebten Ziele nicht erreichen ...

Deutschland aber war nur zum Teil katholisch. An der Revolution von 1918 und an der Einführung der Weimarer Republik waren hauptsächlich Nichtkatholiken beteiligt - nicht wenige Juden, von Kurt Eisner bis Walther Rathenau, darunter. Dem Judentum aber stand die Kirche - ebenso wie die evangelische - skeptisch bis ablehnend gegenüber. In dieser Einstellung wurde sie noch durch die bolschewistische Oktoberrevolution bestärkt, an der überproportional Juden beteiligt waren. Dass man sich kirchlicherseits auch in der Reichspogromnacht 1938 und bei den darauf folgenden Deportationen nicht schützend vor die Juden stellte, lag zwar zum großen Teil an durchaus begründeter Angst, selbst verfolgt zu werden; doch spielte sicher auch ein Mangel an Sympathie und Empathie gegenüber dem Jüdischen eine gewisse Rolle.

Gewiss ist es zu würdigen, dass nach der Katastrophe des 2. Weltkriegs in beiden Kirchen die Demokratie weitaus positiver gesehen wurde. Im Protestantismus erleichterte die Lehre vom allgemeinen Priestertum das Umdenken. Auch innerkirchlich kam es dort zu einigen demokratischen Ansätzen. Innerhalb der katholischen Kirche blieb es bis heute jedoch im Wesentlichen bei einer hierarchischen Ausrichtung.

Andererseits traten und treten spätestens seit dem 2. Vatikanischen Konzil die Päpste (wenn auch nicht alle Bischöfe!) vehement für demokratische Strukturen weltweit und für allgemein gültige (in der Aufklärung wurzelnde!) Menschenrechte ein. Man soll-

te auch bedenken, dass im Papsttum heute nahezu die einzige Nationen und Kontinente übergreifende ethisch-moralische Instanz besteht.

Warum aber hat es so lange gedauert? Hätte man nicht schon zur Zeit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts erkennen können, dass deren Ziele auf dem Hintergrund der jüdisch-christlichen Gotteserfahrung gediehen waren? Warum sah man nicht, dass die Ideale der Französischen Revolution sozusagen als "rote Fäden" in der Bibel zu finden waren? Mit Exodus, der Befreiung aus der Knechtschaft, beginnt die Gotteserfahrung Israels. Die Propheten, aber auch Jesus künden von der Freiheit, die im Vertrauen auf Gott gewährt wird. Dass vor Gott alle Menschen gleich sind und deshalb eine unantastbare Würde besitzen, ließe sich schon aus dem ersten Kapitel der Bibel, der priesterschriftlichen Schöpfungszählung, herauslesen. Und was hatte Jesus im Umgang mit den Menschen denn anderes gepredigt als Brüderlichkeit (die wir heute, ohne den Sinn zu verfälschen, "Geschwisterlichkeit" nennen dürfen)?

Ein weiterer Aspekt: Von Anfang an verstand sich die Kirche als das neue Israel, das neue auserwählte Volk. Doch das Judentum hat den Begriff "Volk" bis heute viel ernster genommen, als es die Kirche tat. In ihr wurden aus dem "Volk" die "Laien", die gegenüber der Hierarchie, der "heiligen Herrschaft", vor allem die eine Pflicht hatten: zu gehorchen. Die Demokratie dagegen lebt von der Eigenständigkeit des Denkens - und nur den Gesetzen des Staates, soweit diese im Dienst des Gemeinwohls und des gleichberechtigten Zusammenlebens stehen, gilt es zu gehorchen.

Freilich: Demokratien garantieren nicht immer die richtige Entscheidung. Wir Menschen sind fehlerhaft und nie ganz frei von Irrtümern. Sogar Hitler kam zumindest in gewisser Weise auf demokratischem Weg zur Herrschaft. Und auch heute müssen wir leider feststellen, dass in manchen Ländern mit Hilfe regulärer Wahlen autoritäre und eigentlich antidemokratische Herrschaftsstrukturen entstehen. Aber entspricht dieses Phänomen nicht gerade dem biblischen Menschenbild? Der Mensch ist unvollkommen, fehlerhaft und schuldig. Doch die Orientierung an Gott und seinem Willen, den die Tora in Worte zu fassen ver-

suchte, soll und kann, so die Bibel, Hilfe zur Vermeidung des Unheils bringen. Welch ein Stoff für gute Sonntagspredigten!

Vor 100 Jahren entstand die erste deutsche Republik. Leider scheiterte sie schon nach eineinhalb Jahrzehnten. Dadurch dass die Kirchen so gut wie nichts zu deren Rettung unternahmen, ja, zu einem guten Teil die folgende autoritäre Herrschaft begrüßten, luden sie schwere Schuld auf sich, an der sie noch heute zu tragen haben.

Horst Hohmann

Die ewigen Gärtner

Als der polnische Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman 91-jährig im Januar 2017 starb, gehörte auch ich zu denen, die den Tod dieses aufrechten Kämpfers als einen herben Verlust empfanden.

Bauman hatte sich während seines langen Lebens immer geweigert wegzuschauen und sich zu ducken, wenn ein übermächtiger Staat Gleichschritt verordnete und befahl, strittige Themen als „nicht relevant“ unter den Teppich zu fegen.

Unvergesslich bleibt mir die imponierende Abrechnung Baumans mit den „ewigen Gärtnern“ in seinem (2005 in der Hamburger Edition neu aufgelegten) Buch „Moderne und Ambivalenz“, wo er aus seiner tiefen Abneigung gegen die ideologischen „Ordnungsfanatiker“ keinen Hehl macht, welche ununterbrochen in „höherem Auftrag“ unterwegs sind, um uns über die feinen Unterschiede zwischen „krumm und gerade“ und zwischen „gesund und krank“ aufzuklären und uns zu zeigen, wie man „nützliche Pflanzen“ sorgsam pflegt, „Unkraut“ jedoch unbarmherzig mit der Wurzel ausreißt.

Nicht umsonst kehrte der leidenschaftliche Humanist in den späten 1960-er Jahren der kommunistischen Partei den Rücken, weil ihm die vom „Säuberungswahn“ befallenen Genossen auf den Senkel gingen.

Nicht umsonst verabschiedete sich der gebürtige Jude dann schon nach wenigen Jahren aus seinem israelischen Exil ins nordenglische Leeds, weil ihm der verächtliche Umgang der jüdischen Regierung mit den Palästinensern Albträume verursachte.

Ob Papst Franziskus an die „Gärtner-Schelte“ des Zygmunt Bauman dachte, als er in einer seiner morgendlichen Predigten im vatikanischen Gästehaus Santa Marta unlängst mal wieder vor jenen Mitgliedern des Klerikerstandes warnte, die meinen, in allen Glaubens- und Sittenfragen verbindlich sagen zu können, wo´s lang geht, und sich allüberall hochnäsiger als „Herren des einfachen Kirchenvolkes aufspielen“ zu dürfen, ist mir nicht bekannt.

Umgekehrt aber hätte der Pole die Standpauke des Argentiniers bestimmt ausgesprochen sympathisch gefunden, weil Franziskus darin auch gleich noch sagte, welche Geistes Kind diese „krankhaften Flurbereinigter“ sind. Ihr „intellektualistisches, kasuistisches, selbstgemachtes Gesetz“, so der Papst, trete ähnlich wie bei den Schriftgelehrten und Ältesten zur Zeit Jesu an die Stelle der Zehn Gebote, um Andersdenkende mundtot zu machen. Von ihnen gelte noch immer das Wort des Nazareners: „Die Sünder und die Prostituierten gelangen eher ins Reich Gottes als ihr!“

Diesem Schriftwort habe ich nichts hinzuzufügen und ich werde mich deshalb auch nicht weiter darüber auslassen, welche Strafe für die von den „ewigen Gärtnern“ begangenen Verbrechen angemessen wären.

Ich will heute lediglich meiner Journalistenpflicht nachkommen und mal wieder vor der falschen Annahme warnen, die „ewigen Gärtnern“ hätten sich in Luft aufgelöst und ihr perverses Treiben eingestellt.

Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt sie immer noch. Und sie sind nach wie vor auch in unserer Kirche mit „Besen und Scheren-Sortiment“ unterwegs und schicken jedesmal dankende Blicke gen Rom, wenn Georg Gänswein, Privatsekretär von Ex-Papst Joseph Ratzinger, erklärt: „Wo Schmutz ist, muss geputzt werden.“

Viele Einzelpersonen und Gruppen in unserer Glaubensgemeinschaft wissen, dass der Südschwarzwälder hier nicht von Staubflusen oder sonstigem Dreck spricht,

der bei Regenwetter in die gute Stube hineingetragen wird, sondern von Menschen.

Von Menschen wie den Ordensleuten Jeannine Gramick und Robert Nugent, denen 2000 vom sogenannten Glaubenshüter Joseph Ratzinger verboten wurde, im Rahmen des von ihnen initiierten „New Ways Ministry“ weiterhin Homosexuelle seelsorgerisch zu betreuen, weil das der „reinen Lehre“ der Kirche widerspreche.

Von Menschen wie all jenen, denen man wegen angeblich anti-katholischer Umtriebe den Zutritt zu kircheneigenen Einrichtungen untersagte – den Frauen und Männern von „Donum Vitae“ und der „Kirche von unten“. Den rund 22.000 Mitgliedern der von Bischof Helder Camara im nordbrasilianischen Bistum Olinda-Recife ins Leben gerufenen Basisgemeinden, denen 1985 vom Camara-Nachfolger José Sobrinho unter Einsatz von Polizeikräften die weitere Nutzung von Pfarrsälen und Kirchen verwehrt wurde.

Von Menschen wie dem Maryknoll-Missionar Roy Bourgeois, der im Oktober 2012 wegen seiner Kampagne fürs Frauenpriestertum vom Chef der Glaubenskongregation Gerhard Ludwig Müller gleich dreimal „hingerichtet“ wurde: Rauswurf aus der Kirche, Rauswurf aus seiner Ordensgemeinschaft und Rauswurf aus dem Priesteramt.

Mehr noch als dem „Hausputz“ und der damit einhergehenden Verbannung unliebsamer Geister widmen sich die „ewigen Gärtnern“ mit akribischem Eifer der Überwachung ihrer Schutzbefohlenen, weil ja immer jemand zu üppig ins Kraut schießen, d.h. zu stark werden könnte!

Ihre größte Furcht besteht darin, eines schönen Tages die Kontrolle über das gemeine Kirchenfußvolk zu verlieren und dessen Freiheitsdrang nicht mehr gewachsen zu sein.

Vorbeugende Maßnahmen wurden darum während der letzten 20 Jahre seitens der Amtskirche ergriffen, zumal die Zahl der Priester und damit der Kontrolleure in absehbarer Zeit drastisch sinken würde und angesichts dieser Entwicklung auf keinen Fall der Eindruck entstehen dürfte, man könne die laut Ratzinger „gottgewollte sakramental-hierarchische Ordnung der Kirche“ so mir nichts dir nichts aus den An-

geln heben. Ein 3-stufiges Entzugs-Programm trat peu à peu in Kraft.

Zuerst einmal wurde mit der vatikanischen Instruktion „Ecclesiae de Mysterio“ zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester den nichtgeweihten Frauen und Männern das Wort entzogen, d.h. ein striktes Predigtverbot für sie in allen Eucharistiefiern erlassen.

Wichtige Erfahrungen aus der Arbeitswelt, dem Familienalltag und den sozialen Brennpunkten in der Gesellschaft finden so seit Erscheinen dieses desaströsen Lehrschreibens keinen Eingang mehr in die homiletische Interpretation biblischer Texte unserer Liturgie.

Auf den Entzug des Wortes folgte sodann ein sehr einschneidender Entzug des eucharistischen Brotes, als die vatikanische Kongregation für das Gottesdienstwesen per Schreiben vom März 2004 erklärte, dass Kommunionfeiern ohne die Anwesenheit eines Priesters verboten seien.

Während sich also mit anderen Worten Priester jederzeit selbst den Tisch decken können und vom „Brot des Lebens“ jederzeit satt zu essen haben, müssen sich die Laien nolens volens damit abfinden, nur gelegentlich „daran knabbern“ zu dürfen.

Ja, und zuletzt entzogen uns die „ewigen Gärtner“ unser vertrautes geistliches Zuhause, indem sie wie im Fall der Diözese Trier über 800 Pfarreien auf künftig 33 zusammenstrichen und damit nachbarschaftliche Bezüge vernichteten, die für unzählige Menschen im weitesten Sinn eine Quelle der Kraft und Geborgenheit waren.

Alle drei Maßnahmen dienen und dienen allein der Interessenwahrung des Klerikerstandes und erfolgten nach dem Motto: willst du verhindern, dass dir jemand über den Kopf wächst, musst du ihn kleinhalten und musst ihm, um Missverständnissen vorzubeugen, so wie es dem offensichtlich schon seit langem überforderten Trierer Bischof Stephan Ackermann vorschwebt, mittels „niederschwelliger Formen des Gottesdienstes“ zeigen, wo die Grenzen liturgischen Experimentierens sind. Schließlich soll ja alles seine Ordnung haben und kontrollierbar sein!

Wer die oft sehr subtilen, manchmal hinterhältigen und nicht selten auch ausgesprochen teuflischen Formen der Macht-

ausübung von Menschen über Menschen studiert, wird schnell entdecken, dass zu den sogenannten „ewigen Gärtnern“ in unserer Kirche nicht nur ein paar von der Herrschsucht befallene Kleriker gehören.

Aus fast allen sogenannten geistlichen Gemeinschaften, die sich gerne mit dem Attribut „Familie“ schmücken, in Wirklichkeit aber sektenartig organisiert sind und operieren, könnte über Beispiele erniedrigender Gesinnungstyrannie berichtet werden – wenn die für ein „gottgeweihtes Leben“ angeblich unverzichtbare Selbstentäußerung mit der von Vorgesetzten befohlenen Unterdrückung eigener Wünsche, eigener Gefühle und eigenen Denkens einhergeht und wenn dann zum Schluss, so wie im Fall der Ex-Nonne Doris Wagner, nach entwürdigenden, langen Jahre in der Klostergemeinschaft „Das Werk“ nur noch die verzweifelte Feststellung steht: „Nicht mehr ich“ (Knaur Taschenbuch).

Draußen in unserem Garten, hier am Stadtrand der brasilianischen Millionenstadt Curitiba und sozusagen vor meiner Haustür, erhielt ich voriges Jahr unverhofft Anschauungsunterricht zur oben beschriebenen Thematik: unser kleiner Feigenbaum war über Nacht plötzlich verschwunden. Einfach weg. Nichts, aber auch gar nichts mehr war von dem wenigstens zweimal pro Jahr Früchte tragenden „Zwerg“ zu sehen. Erst bei näherer Inspektion entdeckte ich, dass ein neben dem Feigenbaum stehender, kräftiger Zitronenbaum den kleinen Nachbarn mit seinem Blattwerk völlig umgeben und ihm (wie lange schon?) Licht, Luft und Regen genommen hatte, also drauf und dran war, unserem Liebling die Lebensgrundlagen zu entziehen.

Während ich dann mit der Baumschere die Äste des Schmarotzers kräftig zurückstutzte, um dem Feigenbaum wieder ungehinderte „Nahrungsaufnahme“ und Entfaltung zu ermöglichen, begann ich über die vielleicht gar nicht so abwegige Frage zu sinnieren, ob solches subsidiäre Eingreifen eines Gärtners nicht oberstes und vielleicht sogar einziges Anliegen aller Amtsinhaber in unserer Kirche sein sollte: dass kein Kleiner von irgendeinem Großen niedergemacht wird, sondern dass alle das Leben und dass sie es in Fülle haben (Jh. 10.10)?

Erklärung des Freckenhorster Kreises zur Missbrauch-Studie

Zur Veröffentlichung der MVA Studie zum sexuellen Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deut. Bischofskonferenz

Die am 25.9.2018 veröffentlichte Studie ist – trotz anfragbarer Forschungsbedingungen - ein weiterer Indikator einer höchst problematischen Situation:

Der Missbrauch in den USA, Chile, in Australien, in Irland und hierzulande in der Kirche – und das ist noch lange nicht das „Ende der Fahnenstange“, weitere Länder werden folgen - macht etwas mit der Frohbotschaft des Evangeliums und insbesondere mit Opfern sexuellen Missbrauchs im Horizont der Institution, die Diener des Evangeliums zu sein hat. Sexueller Missbrauch im Kontext des Glaubens ist zerstörend, beschämend und in den Lebensauswirkungen für die Opfer katastrophal.

Uns sagt die Erfahrung in unserem Land – auch im Kontext der weltweiten Enthüllungen: Neben der vertieften Prävention sexuellen Missbrauchs auf allen Ebenen der Kirche ist eine klare Analyse im Blick auf systemische Ursachen für den Missbrauch und dessen Ausmaß unerlässlich. Hier ist die Kirchenleitung angesprochen.

Wir stimmen Generalvikar Dr. Norbert Köster ausdrücklich zu, dass auf der Ebene der Bischofskonferenz intensiv über die Frage des Zölibats für Priester diskutiert werden muss. Es gibt vielfach gelingendes „Alleinleben“ - auch zölibatärer Priester und Ordensleute, aber priesterliche Berufungen nur in verpflichtender Verbindung zu einer zölibatären Lebensweise zuzulassen, führt nicht selten zu menschlichen Katastro-

phen, einschließlich verquerer sexueller Entwicklung.

Ebenso stimmen wir mit dem Generalvikar darin überein, dass es zu einer Neubewertung von Homosexualität seitens des kirchlichen Lehramtes kommen muss.

Hier sind endlich die Erkenntnisse der Sexualforschung und der sonstigen Wissenschaften zu berücksichtigen.

Wir stellen fest, dass es in der amtlich angewandten Moraltheologie keinen Umgang mit menschlicher Sexualität gibt, der den Grundkonsens der Humanwissenschaften zu dieser Thematik auf- und annimmt. Eine deontologische Moraltheologie, wie sie nach wie vor von Rom postuliert wird, ist ein systemischer Baustein zu einem unnatürlichen Umgang mit Sexualität.

Der dritte angesprochene systemische Grund, nämlich Klerikalismus, drückt sich unseres Erachtens nach wie vor in vielen kirchlichen Vollzügen aus: An erster Stelle ist hier der Umgang mit den Frauen in der Kirche zu nennen. Wenn man es aus der Sicht des Kirchenrechtes sieht, sind sie „Minder-Laien“. Die männerbündische Arroganz der Macht gegenüber den Frauen in der Kirche muss beendet werden. Wenn vom Evangelium und nicht zuletzt von den Menschenrechten ausgegangen wird, müssen den Frauen in der Kirche endlich in jeder Hinsicht die gleichen Rechte wie den Männern zuerkannt werden.

Die Zeit des Redens ist vorbei. Es müssen – um der Opfer willen und der Zukunft des Evangeliums willen - Taten der Umkehr und der Neuausrichtung erfolgen.

Der Freckenhorster Kreis ist ein Zusammenschluss von ca. 250 kirchlich engagierten Frauen und Männern im Bistum Münster, der sich den befreienden Impulsen des Zweiten Vatikanischen Konzils verpflichtet weiß.

(www.freckenhorster-kreis.de)

Werner Müller

Missbrauch aufarbeiten!

Die Bischofskonferenz hat sich bei ihrer letzten Vollversammlung in einem Sieben-Punkte-Plan zu einer Reihe von Schritten verpflichtet, die vom Ständigen Rat in diesen Tagen durch fünf Projekte ergänzt und konkretisiert wurden. Wesentlich und vorrangig dabei ist, dass Betroffene und externe Fachleute in die Aufarbeitung einbezogen werden sollen, durch Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften und dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig. „Es ist klar, dass die nun folgende Aufarbeitung keine interne Sache mehr sein kann“, so Bischof Ackermann in einem SPIEGEL-Interview vom 17.11.2018 (S. 64). Dabei geht es nicht nur darum, weitere noch nicht zur Verantwortung gezogene Täter zu identifizieren – die Studie hatte die Missbrauchsfälle nur anonymisiert erfasst und verfolgte ausdrücklich „keinen juristischen oder kriminalistischen Ansatz“ –, sondern auch „zu klären, wer über die Täter hinaus institutionell Verantwortung getragen hat“ (Ackermann ebd.).

Was die externe „Hilfe“ angeht: Sechs Strafrechtsprofessoren haben Anzeige gegen Unbekannt bei Staatsanwaltschaften im Bereich aller 27 Bistümer eingereicht. Die Bistümer selbst sind nach den innerkirchlichen Richtlinien seit 2010 gehalten, erhärtete Verdachtsfälle bei den Ermittlungsbehörden anzuzeigen. Ob dies immer und überall geschehen ist, fällt in das „Dunkelfeld“ der Studie und soll nun staatlicherseits geklärt werden.

Was die „institutionell Verantwortlichen“ angeht, sind einzelne Diözesanbischöfe schon vorgeprescht. Der erst seit dem 1. September im Amt befindliche Bischof von Hildesheim, Heiner Willmer, hat seinem Vorvorgänger Josef Homeyer (1983-2004) Versagen und Vertuschung vorgeworfen und schwere Vorwürfe gegen dessen Amtsvorgänger Heinrich Maria Janssen (1957 – 1982) öffentlich gemacht; dieser ist damit

der erste deutsche Bischof, dem selber sexuelle Übergriffe gegen Minderjährige vorgeworfen werden. Auch der Freiburger Erzbischof Stephan Burger warf seinem Vorgänger Robert Zollitsch Fehler im Umgang mit Missbrauchstaten vor. Zollitsch, der lange Jahre Vorsitzender der DBK war, hat in einem Video-Interview mit einem Hamburger Journalistenbüro diese eingeräumt und bestätigt, dass er als Personalreferent Anfang der 1990er Jahre Missbrauchstaten nicht angezeigt hat. „Ich habe lange Zeit nicht begriffen, wie furchtbar dieses Geschehen war“, worunter er heute noch als Achtzigjähriger leide; die Opfer hat er um Verzeihung gebeten. Der Freiburger Diözesanrat hat mehr Transparenz bei der Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in der Kirche gefordert. Der Erzbischof hat eine "Kommission Macht und Missbrauch" angeordnet, die nun exemplarisch Fälle aus den vergangenen Jahrzehnten aufarbeiten soll.

Das Bemühen der Bischofskonferenz und des Missbrauchsbeauftragten Ackermann geht offensichtlich zurzeit dahin, eine einheitliche Linie aller Bistümer zu finden. Interessant ist, welche Bischöfe sich in der kirchlichen Missbrauchsdebatte bisher nicht geäußert haben. Ackermann selbst beklagt im SPIEGEL-Interview, dass sich manche Kollegen schon bei der Studie „nicht besonders kooperativ“ gezeigt hätten. Es gibt offenbar welche, die – wie es der Vorsitzende des BDKJ formulierte – „mit der Formulierung von Beileidsbekundungen (die Missbrauchsfälle) abgehakt zu haben scheinen“.

Abgesehen von der juristischen, gegebenenfalls strafrechtlichen Aufklärung der Einzelfälle muss sich die Aufarbeitung auch auf die strukturellen, systemischen Bedingungen beziehen, die sexualisierte Gewalt in der katholischen Kirche begünstigen. In der Studie haben die Wissenschaftler als spezifische Risikofaktoren ausgemacht: Klerikalismus, Zölibat, Sexualmoral, besonders die Einstellung zur Homosexualität, sowie das Bild und die Rolle der Frau in der Kirche. Dies sind genau die Punkte, für die kirchliche Reformgruppen seit Jahrzehnten, eigentlich schon seit dem 2. Vatikanum, Änderungen immer wieder anmahnen und – bislang erfolglos – einfordern (Diese Zeitschrift z.B. ist vor 50 Jahren ge-

gründet worden, weil in der offiziellen Kirchenpresse eine Debatte über den Zölibat verweigert wurde). Wann wenn nicht jetzt, wo die Kirche in eine Vertrauenskrise extremsten Ausmaßes geraten ist, sollen grundlegende Reformen stattfinden? Führende Laienvertreter und auch einzelne Bischöfe haben eine schonungslose Debatte zu den einzelnen Themen gefordert. Und der Ständige Rat hat versprochen: „Fragen nach der zölibatären Lebensform der Priester und nach verschiedenen Aspekten der katholischen Sexualmoral werden wir unter Beteiligung von Fachleuten verschiedener Disziplinen in einem transparenten Gesprächsprozess erörtern“, und bis zur nächsten Sitzung einen entsprechenden „Arbeitsplan“.

Alle diese Äußerungen von Seiten der Bischöfe – und sie sind nun mal im real existierenden katholischen Kirchensystem die Entscheider und damit auch Verantwortlichen – sind weithin Absichtserklärungen und Ankündigungen. Die Kirche aber, so sagte Kardinal Marx am Gedenktag für Missbrauchsoffer zu Recht, wird an ihrem Handeln gemessen. Wenn es endlich zu konkreten Taten kommen soll, ist Druck von außen, durch die (Medien)Gesellschaft nötig. In den Medien ist das Thema nach der Veröffentlichung der Missbrauchsstudie, die ausdrücklich ja nur ein erster Schritt sein sollte, wieder recht schnell aus dem Blickfeld verschwunden; erst im Umfeld des Gedenktags 18. November und der Fälle von Hildesheim und Freiburg ist gegenwärtig wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zu verzeichnen.

Diese will *imprimatur* – im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten – unterstützen, damit nicht die allseits geforderte Grundsatzdebatte wieder versandet, indem sie in Gremien von „Fachleuten verschiedener Disziplinen“ verwiesen wird – als ob etwa zum Thema Zölibat nicht schon alles „erforscht“ und in Hunderten von allgemein zugänglichen Publikationen nachzulesen wäre!

Im Folgenden wollen wir zur „Aufarbeitung“ beitragen,

- indem wir zunächst eine Richtigstellung in eigener Sache vornehmen;

- sodann drucken wir ein Statement nach, das Prof. Dr. Norbert Lüdecke, Kirchenrechtler an der Universität Bonn, bei einem Informations- und Diskussionsabend der Initiative MissBiT (Missbrauchsoffer im Bistum Trier) am 29. Oktober in Trier abgab; der Abend stand unter dem Motto: Wir empören uns! Norbert Lüdecke hat dazu in pointierter Form Stellung genommen mit „Empörung reicht nicht!“. (Wir danken für die Druckerlaubnis. Der Vortragsstil wurde beibehalten.)

- Schließlich wollen wir eine besondere, ungewöhnliche, der emotionalen Brisanz des Missbrauchsthemas Rechnung tragende, künstlerische Auseinandersetzung versuchen. Auf etwas komplizierten Wegen haben wir die Erlaubnis erhalten, ein Bildwerk der kanadisch-deutschen Malerin und Theologin Lena Feil mit dem Titel „Engelsturz“ wiedergeben zu dürfen. Der Theologe, bildende Künstler und Kunstlehrer Dr. Paul Petzel, Andernach, wird in einer Bildbetrachtung dieses Werk erschließen – und einen konkreten Vorschlag einer ästhetisch-liturgischen Aufarbeitung der Missbrauchsthematik in der katholischen Kirche machen.

Im Zusammenhang der Missbrauchsdebatte ist *imprimatur* zu einer

Richtigstellung

aufgefordert worden, der wir hiermit nachkommen:

Vor über sechs Jahren, in der Ausgabe 3/2012, S.153, haben wir, gestützt auf SPIEGEL ONLINE, von Missbrauchsfällen in Köllerbach im Saarland berichtet („Missbrauch und die Zuständigkeiten“) und geschrieben, „dass die Missbrauchsgeschichten von zwei Pfarrern der Petrusbruderschaft begangen wurden“. Diese Aussage ist falsch, wie Recherchen nun ergeben haben. Die beiden Beschuldigten waren keine Mitglieder der Petrusbruderschaft. Im Gegenteil, ein Priester dieser Bruderschaft hat, neben dem Ortspfarrer, Anzeige beim zuständigen Bischof von Trier (und der Polizei) erstattet. Die Vorwürfe

sexualisierter Gewalt richteten sich gegen drei Personen, insbesondere gegen zwei Priester. Einer von ihnen, ein ehemaliger Franziskaner aus Polen, betreute von 1991 bis 2007 die Gemeinde in Köllerbach, die damals keinen offiziellen kirchlichen Status hatte, als *clericus vagus*, d.h. ohne Oberen und feste Bindung an eine Gemeinde. Der andere war Mitglied der **Piusbruderschaft**, von dieser entlassen worden und zum Zeitpunkt seiner kurzen Tätigkeit in Köllerbach ebenfalls *clericus vagus*. Es verwundert nicht, dass wir 2012 die Frage nach den Zuständigkeiten aufgeworfen haben - die es damals offenbar gar nicht gab. Heute gibt es eine vom Bistum Trier anerkannte kanonische Niederlassung, die von der Petrusbruderschaft betreut wird.

Norbert Lüdecke

Empörung reicht nicht! Hinweise und Fragen eines Kirchenrechtlers

(„Wir empören uns!“ Erfahrungsberichte und offene Fragen nach der Missbrauchsstudie der Deutschen Bischofskonferenz. Informationen und Diskussion, Trier, 29.10.2018)

Für das Statement waren zwei Blickwinkel gewünscht, nach innen, welche Probleme nach wie vor im Kirchenrecht bestehen, nach außen, wie bedeutsam das Kirche-Staat-Verhältnis ist. Mit acht ausgewählten Kurz-Befunden aufgrund eines kirchenrechtlich sensiblen Radars soll diesen Erwartungen entsprochen werden.

1. Zeitwahrnehmung und Mobilisierung

Was heißt: Sie empören sich? Sind Sie aus gegebenem Anlass entrüstet, schockiert,

stark emotionalisiert? Oder sind Sie im Aufstand, rebellieren Sie? Wollen Sie fühlen oder wollen Sie handeln? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur: Entrüstung als Erregungszustand wird nicht lange halten. Und die katholische Kirche ist Spezialistin in Sachen Beruhigung durch beharrliche Verharmlosung, Vernebelung und erschöpfendes Aussetzen. Diese Zähigkeit, aufgrund derer Betroffene auch in Deutschland so lange nicht gehört wurden, muss bewusst gehalten und produktiv werden. Es braucht eine angemessene Zeitwahrnehmung in Sachen Missbrauch. In der Regel gilt 2010 als das initiale Skandaljahr in Deutschland. Tatsächlich reichen die Anhaltspunkte aber auch hierzulande viel weiter zurück. Wer in Deutschland wissen wollte, konnte das nicht erst seit knapp 10, sondern seit über 30 Jahren. Und während all dieser Jahre rann gnadenlos der Sand der Verjährung.

Wichtiger als anlassbezogene reaktive Empörung, die auch wieder abklingt, ist deshalb planvolle Nachhaltigkeit. Die Betroffenen-Initiativen werden es allein auf Dauer nicht schaffen, das Thema im öffentlichen Interesse zu halten. Und für politische Veränderungen in der Kirche brauchen sie erst recht breite Unterstützung. Wie viele Katholikinnen und Katholiken wissen und schweigen noch immer? Wie viele stellen den Ruf ihrer Kirche immer noch vor die Gerechtigkeit? Wie reagieren sie, wenn neben ihnen wieder verharmlost und abgewiegelt wird? Erschüttert zeigen sich inzwischen auch die Bischöfe. Die fehlenden Konsequenzen im Handeln lassen aber Zweifel an ihrer Reue aufkommen. Schon werden hohe Kirchenvertreter in Köln und Regensburg zitiert, manche wollten nur die Empörungswelle für ihre Interessen nutzen, und die MHG-Studie sei „Lug und Trug“.

2. Fehlende Empathie

Immer noch gilt: Missbrauch Minderjähriger - bis 2001 nur unter 16 mit Verjährung fünf Jahre nach der Tat, erst seitdem 10 Jahre nach dem 18. Lebensjahr, seit 2010 20 Jahre - ist kirchenrechtlich ein reines Klerikerdelikt und lediglich ein vergleichsweise leichter Verstoß gegen die Zölibats-

pflicht. Die kirchliche Tatschwere-Skala sieht immer noch so aus:

Versucht ein Priester zu heiraten, verliert er *sofort* ein etwaiges Amt und darf keine geistlichen Funktionen und Leitungskompetenzen mehr ausüben (Ipso-facto-Suspensionierung, c. 1394 § 1 Codex Iuris Canonici). Für andere Dauerverstöße gegen den Zölibat mit Erwachsenen muss diese konkrete Strafe in einem Verfahren verhängt werden (c. 1395 § 1 CIC). Bei sexuellen Handlungen mit Minderjährigen dagegen bemisst der kirchliche Richter die Schwere der Tat und das Strafmaß (c. 1395 § 2 CIC). Anderes wurde geändert, das nicht (Art. 6 § 2 Normae/2010). Insoweit handelt es sich in der Wertung des kirchlichen Gesetzgebers bei sexuellen Handlungen von Klerikern mit Minderjährigen um minderschwere Vergehen. Das Kriterium ist die Korrekturprognose. Der Heiratsversuch gilt als am schlimmsten, weil er Endgültigkeit signalisiert und nicht geheim zu halten ist. Bei Einzelverstößen schätzt man die Chance, einen Kleriker korrigieren und im System halten zu können, höher ein.

3. Kinderehen nach Kirchenrecht

Bis 1983 galten kirchenrechtlich Mädchen mit 12 und Jungen mit 14 Jahren als ehedfähig, seither und bis heute Mädchen ab 14 und Jungen ab 16. Warum? Weil man weiterhin aus der reinen Geschlechtsreife auf die nötige Ehereife schließt. Da Sexualität katholisch nur in der Ehe sündenfrei sein kann, will man durch pubertätsnahe Öffnung der Ehe eine Heilsgefährdung durch sexuelle Sünden vermeiden. Das Problem zahlreicher Kinderehen stellt sich in Deutschland nicht, zumal seit 2017 religiöse oder traditionelle Handlungen, die eine Ehe zweier Personen unter 18 Jahren begründen wollen, staatlich ausdrücklich verboten sind (§ 11 PStG). Das Problem des kirchlichen Ehemindestalters ist mentaler Art: Missbrauchstäter wissen, dass Sex mit Kindern nicht in Ordnung und strafbar ist. Die entsprechende innere Hemmung überwinden sie nicht nur mit Alkohol und Drogen, sondern auch durch sog. Wahrnehmungsverzerrungen oder nachträglich angeeignete Rechtfertigungen. Häufig imaginieren sie Kinder oder Jugendliche als se-

xuell gleichberechtigte Partner. Und ein globales Kirchenrecht, das Jugendliche als ehedfähig deklariert, kann solche Wahrnehmungsverzerrungen begünstigen. Forderungen nach einer Anhebung des kirchlichen Mindestalters verhalten bislang ungehört.

4. Priesterbild und Priestererziehung

Nicht erst die MHG-Studie weist darauf hin, dass ein bestimmtes Priesterbild und Defizite in der Priesterausbildung zu den Risikofaktoren zählen können. Nach wie vor gilt der Priester als durch die Weihe wesensmäßig andersartiger, den Laien ständisch übergeordneter Verwalter und Ausspender der göttlichen Gnadenmittel. Ihm gebührt als „Gottesmann“ Ehrfurcht, d. h. achtungsvolle Scheu und Respekt vor seiner geistlichen Erhabenheit, und als Träger von Leitungsgewalt Gehorsam. Seine religiös fundierte Kultpotenz und Positionsmacht wird durch die vorgeschriebene Standestracht textil markiert, die verpflichtende sexuelle Totalabstinenz hebt zusätzlich heraus. Die durch die Weihe verursachte irreversible ontologische Wesensveränderung wird als Standesbewusstsein rechtlich wie praktisch lebendig gehalten. Dieses Machtgefälle zwischen einem Kleriker und einem Minderjährigen wird zusätzlich riskant, wenn Persönlichkeitsdefizite in der Priesterausbildung nicht behoben oder sogar verstärkt werden.

Dieses Priesterkonzept des „*set above and set apart*“ fordert eine entsprechende Formatierung der Kandidaten in der Seminarerziehung. Bis zum Konzil und darüber hinaus hießen deren Prinzipien: Absonderung, Gehorsam und Reinheit. Schon die überwiegend klösterliche Architektur der Seminare signalisiert das Prinzip der Formung durch Absonderung und Isolierung. Die Kandidaten wurden durch Tonsur und Talar sozial gezeichnet. Vom Seminareintritt bis zum Tag der Priesterweihe unterlagen sie einem bisweilen im Viertelstundentakt vorgegebenem strikten Zeitreglement und einer Sozialkontrolle mit ständiger und wechselnder Begleitung (*regula socii*). Dadurch sollten sie von jeder unter Subjektivismus-Verdacht stehenden Selbstständig-

keit entlastet werden. Haupttugend und entscheidender Berufungsbeweis war der Gehorsam. Die dritte Säule des Ausbildungssettings, das Erziehungsziel der Reinheit als Chiffre für die Vermeidung und Verdrängung von Sexualität, bildete ebenfalls eine Problemstelle. Sexuelles Begehren war und ist für Verheiratete zu ordnen, für noch Unverheiratete aufzuschieben und für Zölibatäre gänzlich auszuschließen.

Mit welchen Mitteln dies in der Seminarerziehung gewährleistet werden sollte, bekommt man u.a. in den im Zuge des Missbrauchsskandals zunehmenden Priestermemoiren eindrücklich vor Augen geführt: Sexualität wurde nicht individuell-lebensmäßig thematisiert, sondern allenfalls im Kontext der Beichte aus der Richter-Perspektive oder im *forum internum*, um Keuschheitsforderungen einzuschärfen, mit besonderem Fokus auf der Masturbation. Außerdem: In den ersten Seminarjahren nur kaltes Wasser, eigene weit geschnittene Duschhosen zur Vermeidung von Nacktheit, Überwachung von Bade- und Krankenräumen sowie Toiletten, allgemeines Verbot jeglicher körperlicher Berührung (*regula tacta*). Nicht nur Mädchenbekanntschaften waren verboten, sondern jede sog. „Partikularfreundschaft“ war zu verhindern oder zu unterbinden. Auch Tagebücher durften nicht geführt werden. Sie galten als Zeichen der Selbstbespiegelung, eine gängige kirchliche Chiffre für homosexuelle Gefährdung. Dabei war die Information über sexuelle Probleme von Seminaristen durchaus im System vorhanden, wurde aber selbst bei offenkundiger psychosexueller Auffälligkeit übergangen oder unterdrückt. Erste Verunsicherungen zeigten sich, als nach dem Konzil verschiedentlich das Ergebnis solcher Seminarerziehung benannt wurde, nämlich ein Anteil von Priesterkandidaten, die zwar körperlich zu Männern entwickelt, in ihrer psychosexuellen Entwicklung aber auf Pubertätsniveau arretiert und in ihrer sexuellen Selbstwahrnehmung verkümmert waren, die von Genitalphobie, Scham und Gewissensängsten geplagt, im Sexuellen sprachunfähig, im heterosexuellen Sozialkontakt gehemmt und zum Einzelgänger erzogen waren, um dann mit dem Anspruch charismatischer Seelsorge in Pfarreien gesandt

und einem tendenziell kaum zu bewältigenden Praxisschock ausgesetzt zu werden. Wenn die MHG-Studie auf entsprechende Defizite hinweist, zeigt sich, wie naiv es ist, von neuen Ausbildungsordnungen auf eine geänderte Praxis zu schließen.

Nach wie vor ist erste und oberste Klerikerpflicht und Erziehungsziel der Gehorsam. Nach wie vor darf am Zölibat nicht gerüttelt werden. Nach wie vor wird an der separierenden Ausbildung festgehalten. Nach wie vor werden Priesterkandidaten dazu angehalten, ihre Mitseminaristen anonym bezüglich ihrer Eignung zu bewerten und diesbezüglich negative Beobachtungen mitzuteilen. Die katholisch nicht anrühige Denunziation wird so früh eingeübt. Nach wie vor wird die Thematisierung von Sexuellem im Katechismusrahmen bleiben, also in einer heteronormativen und ehefixierten Sexualmoral, und damit genau das nicht überwinden können, was auch die MHG-Studie als korrekturbedürftig anzeigt. Nach wie vor erzählen Seminaristen, ihr Bischof frage in Eignungsgesprächen sehr konkret, ob sie schon mal Geschlechtsverkehr hatten, als seien sie damit für ihr Leben gezeichnet und gefährdet. Nach wie vor tragen auch in Bonn die Seminaristen des Neokatechumenats schon nach dem 4. Semester, also noch als Laien und auch in der Universität Priesterkleidung, um schon früh ihre Besonderheit zu internalisieren. Priesterbildung ist Bischofssache und damit in Deutschland abhängig von 27 Bischofsmentalitäten, Ausbildungsauffassungen und Seminarleitungen. Und man muss ihnen glauben, was sie über Verbesserungen und Professionalisierung behaupten, denn empirische Überprüfungen sind nicht zugelassen. Dabei würden nur unabhängige Langzeituntersuchungen von Priesterkohorten während und nach der Ausbildung echte Transparenz ermöglichen.

5. Das kalte Schweigen

Missbrauch ist in sich ein verschwiegenes Verbrechen. Die Opfer werden ins Schweigen gezwungen, zunächst vom Täter, dann von einer tabuisierenden Gesellschaft und Kirche. Und wenn es ihnen endlich gelingt zu reden und noch später, dass ihnen auch zugehört wird, dann hüllt sich die Kirche

institutionell in Schweigen. Die Verletzung des sog. „päpstlichen Geheimnisses“ steht weiterhin unter Strafe. Sexualdelikte von Klerikern müssen noch immer als „Top Secret“ beschwiegen werden, und zwar dem Wortlaut nach vom Zeitpunkt der Erstanzeige an und damit auch außerhalb gerichtlicher Verfahren und ausnahmslos, selbst dort, wo staatliche Melde- oder Anzeigepflichten bestehen. 2002 erklärte Kardinal Maradiaga, Mitglied des K9-Rat des Papstes, Hirten seien keine FBI-Cops. Auch er gehe lieber ins Gefängnis, als einem seiner Priester zu schaden. Wo staatliche Anzeigepflichten bestehen, arbeiten Bischöfe inzwischen aus Angst vor Bestrafung, anderswo möglicherweise aus Überzeugung, nicht aber aufgrund einer universalkirchlichen gesetzlichen Änderung mit dem Staat zusammen. Die vertraglichen Beschränkungen der MHG-Studie belegen jedoch das fortgesetzte Schweigen der Bischöfe in Bezug auf alles, was die Hierarchen selbst als Täter hinter den Tätern erkennbar machen könnten. Das aufgrund der innerkirchlichen Meldepflicht umfassendste, bei der Kongregation für die Glaubenslehre geführte Archiv zum Missbrauch durch Priester bleibt dicht. Und machen wir uns nichts vor darüber, was passiert, wenn der Staat sich noch länger ziert, Verdachtsmomenten nachzugehen: Als in Deutschland 1937 nach der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ (Pius XI.) staatlich gedroht wurde, Kirchenarchive zu veröffentlichen, und die Polizei in Razzien begann, belastendes Material etwa zu sexuellem Missbrauch zu sammeln, ließen der Bischof von Berlin und der Erzbischof von Breslau alle Akten mit Beschwerden über Priester verbrennen. Der Papst soll damals nachdrücklich darauf gedrängt haben, dass alle deutschen Bischöfe diesem Beispiel folgen.

Das Schweigen ist und bleibt der Albtraum der Betroffenen. Und doch meinte ein Kardinal, in seiner Predigt vor der Bischofskonferenz seine Fassungslosigkeit über Priestertaten ausgerechnet durch ein fünfminütiges Schweigen inszenieren zu sollen, und meinten anschließend Gläubige, ihn für diese Empathie- und Instinktlosigkeit in den sozialen Medien auch noch loben zu sollen. Und wenn nun gemeldet wird, die deutschen Bischöfe, also jene Männer, die

sich bislang nicht durch die Übernahme von Verantwortung ausgezeichnet haben, wollten einen Gedenktag für Betroffene einführen, den Missbrauch also historisieren und sich im Gestus der Zuwendung doch wieder der Betroffenen bemächtigen, können einem die Worte fehlen.

6. Macht ohne Verantwortung

Es zeigt sich wieder: Die Einbahnstraße der Verantwortung führt in die Sackgasse. Der kirchlichen Ständehierarchie entspricht die Asymmetrie der Verantwortlichkeit. Von unten nach oben sind strikter Gehorsam und Rechenschaft Rechtspflicht, bei Klerikern durch ritualisiertes Versprechen, Bekennen und Beiden auch noch religiös aufgeladen. Kein Diözesanbischof tritt sein Amt an, ohne zuvor geschworen zu haben, Kirche und Papst immerwährend treu zu sein, ihm Rechenschaft abzulegen und kuriäle Ratschläge gehorsam anzunehmen und eifrigst auszuführen. Der Papst muss nur Gott gehorchen, der Bischof dem Papst, der Pfarrer dem Bischof. Auf die Gemeinde muss niemand hören. Von oben nach unten gilt nur moralische Verantwortung. Alle kirchliche Vollmacht soll als Dienst ausgeübt werden. Ob es auch geschieht, beurteilen die *sacri ministri*, die heiligen Diener selbst. Kirchliche Leitung ist per definitionem Dienst. Die Frage „Wer kontrolliert die Kontrolleure?“ ist kirchenrechtlich nicht sinnvoll zu stellen.

Die derzeitigen deutschen Diözesanbischöfe haben ihr Amt mehrheitlich nach 2010 angetreten. Fast alle waren sie vorher in anderen diözesanen Ämtern verantwortlich tätig, überwiegend mit Zuständigkeiten für Personal- und insbesondere Klerikerangelegenheiten. Und dennoch will keiner so viel gewusst haben, dass er sich verantwortlich zu fühlen hätte? Jedenfalls antwortete Kardinal Marx bei der Vorstellung der MHG-Studie auf die Frage der Journalistin Christiane Florin, ob unter den mehr als 60 anwesenden Bischöfen einer oder zwei sagen: „Ich habe so viel persönliche Schuld auf mich geladen, ich kann mein Amt nicht mehr wahrnehmen“, mit nur einem Wort: „Nein“. Es gibt innerkirchlich keine Kultur politischer Verantwortung. Ich kann nur

wiederholen, wozu ich seit 2010 aufrufe, nämlich jeden Bischof konkret und bei etwaigem Ausweichen nachhaltig mündlich oder schriftlich zu fragen,

- was konkret ihn und seine Vorgänger vor und nach 2002 so sicher gemacht hat, in Deutschland sei alles ganz anders als in all den anderen Ländern,
- ob er das Geheimarchiv seines Vorgängers studiert oder als schwarzes Loch behandelt hat,
- ob er seiner Pflicht zur Verfolgung sexuellen Missbrauchs immer angemessen nachgekommen ist und wie konkret,
- ob und warum er nur als Sünde behandelt hat, was kirchenrechtlich und staatlich seit langem als Verbrechen gilt,
- ob und warum er die kirchenrechtlichen Vorgaben nicht kannte oder missachtete,
- ob er selbst angemessen dokumentiert oder Dinge mündlich „bereinigt“ hat,
- warum konkret er sich nicht mit seinen Kollegen um die päpstliche Genehmigung zum Erlass einheitlicher verbindlicher Normen für alle Bistümer bemüht,
- ob und warum er und seine Vorgänger die staatlichen Gerichte lieber zum Schutz der Kirchensteuer und des eigenen Arbeitsrechts angerufen haben als zum Schutz von Kindern,
- ob und wie er über das Verhalten seiner Vorgänger, und zwar nicht nur der toten, aufklären will.

Eine Antwort schuldet ein Bischof rechtlich weder den vielen, nicht zuletzt durch das Schweigen der Bischöfe unter Generalverdacht arbeitenden Priestern noch erst recht uns Laien. Aber daran, ob er in der Ich-Form und konkret antwortet oder nicht, werden Sie erkennen, was es bedeutet, sein Amt sei Dienst.

7. Staatliche Hilfe?

Der Ruf nach dem Staat wird immer lauter, insbesondere nachdem die MHG-Studie darauf hingewiesen hat, dass es keineswegs nur um Verjährtes geht. Gerade haben Ju-

risten öffentlich staatsanwaltliche Ermittlungen gegen Diözesen gefordert. Die Studie enthalte trotz ihrer Anonymitätsverpflichtung hinreichende Verdachtsmomente. Zurzeit werden in allen 27 Diözesen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften Anzeigen gegen Unbekannt erstattet.

Andere weisen zu Recht darauf hin: Staat und Politik hätten hier einem gesellschaftlichen Akteur selbstständige Aufklärung und Aufarbeitung zugetraut. Dieses Vertrauen sei nicht mehr gerechtfertigt. Die Selbstverwaltung der Kirche gebe es nur in den Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Und dazu gehört das Strafrecht allemal. Staatskirchenrechtliche Arrangements dürfen nicht die kirchliche Organisation auf Kosten der Opfer schützen. Der Staat sei vielmehr aufgerufen, der Kirche autoritativ entgegen zu treten und eine Weise der Aufarbeitung durchzusetzen, die effektiv an den Interessen der Betroffenen statt an denen der Institution orientiert ist. Am konkretesten sind die Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft „Säkulare Grüne“: Eine unabhängige staatliche Aufklärungs- und Aufarbeitungskommission, ein aus Kirchenmitteln finanzierter unabhängiger Entschädigungsfonds und freiwillige Aussetzung der kirchlichen Mandate in Kommissionen zur Jugendhilfe. Diese Rufe werden jedoch nur dann gehört, wenn die Politik hinreichenden Druck erfährt. Warum soll sie gegen einen Sozialkonzern mit über 600.000 Beschäftigten vorgehen, dessen Rückzug sie gar nicht kompensieren könnte, von dem sie sich also abhängig gemacht hat? Warum soll sie gegen die Kirche vorgehen, wenn – wie mir eine junge Politikerin erklärte – zum parteiübergreifenden politischen Einmaleins gehört: Kein Krieg mit den Kirchen. Den könne man nämlich nur verlieren, weil die immer noch kampagnenfähige Sinn- und Moralagenturen seien. Wenn es zur Papstaudienz nicht reicht, macht sich nicht nur im Wahlkampf ein Termin mit einem Bischof oder Kardinal immer gut. Man ist auf der guten Seite. Es wird deshalb zu beobachten sein, ob es bei politischen Placebos bleibt oder ob der staatliche Schutz auch für religiös gebundene Bürgerinnen und Bürger gilt.

8. Fühlen oder Handeln?

Meine Damen und Herren! Sie werden sich entscheiden müssen: Wollen Sie fühlen oder wollen Sie handeln? Kardinal Marx hat unlängst in einer Ansprache in Rom zugegeben, die Kirche reagiere nur auf äußeren Druck. Nun gut. Sie schaffen mit dieser und anderen Veranstaltungen und Aktionen Öffentlichkeit und zwar je neu, und das ist gut so. Aber erzeugen Sie Druck? Soziologen nennen drei Wege, um Organisationen das Lernen zu lehren: Fluchtdruck, Kontrolldruck und Strafdruck. Der Strafdruck könnte sich jetzt staatlicherseits erhöhen. Kontrolldruck über Konzepte und Personalauswahl ist innerkirchlich schwierig, weil rechtlich ausgeschlossen. Hier kann aber kontinuierliche Beobachtung und Thematisierung helfen. Mit dem Fluchtdruck sind allerdings zwei wesentliche Ressourcen angesprochen, über die Gläubige selbst verfügen: ihr Geld und ihre geldwerte Humanressource „ehrenamtliche Arbeit“.

Ressource 1: Zweimal schon hat die FAZ auf den Kirchenaustritt hingewiesen. Nehmen wir mal nur die Gläubigen, die nicht in einer materiellen Abhängigkeit von der Kirche stehen. Was wäre, wenn sie sich in ihrem Gewissen verpflichtet fühlten, auf die selbstbestimmte Verwendung ihrer Kirchensteuer nicht länger zugunsten jener zu verzichten, die erkennbar nicht bereit sind, Verantwortung für unterlassenen Kinderschutz zu übernehmen? Es stünde ihnen ja frei, den einbehaltenen Obulus selbst gewählten guten, auch kirchlichen Zwecken zuzuführen. Sie müssten allerdings mit Post rechnen, mit jenem Standardbrief, mit dem ihr Pfarrer ihnen mitteilen muss, dass sie mit ihrem Schritt praktisch rechtlos geworden sind, eine Quasi-Exkommunikation erleiden, die nur nicht mehr so genannt werden darf. Ihre Zugehörigkeit zur Kirche aufgrund ihrer Taufe wäre dadurch allerdings nicht aufgehoben.

Ressource 2: Eine noch viel mächtigere Ressource ist die ehrenamtliche Tätigkeit. Was wäre – so wird gefragt – wenn diese einmal ausfällt? Muss ein Katholik sein soziales Engagement kirchlich kanalisiert ausüben? Wo steht die Pflicht, in der Messe

denen zu dienen, die ihre Macht ständig als Dienst verkaufen? Wenden Sie nicht ein, ihr Streik vor Ort würde mit Ihrem Pfarrer einen von den Guten treffen. Das sind Ausreden. Sie empören sich über systemische Ursachen und nehmen deren Repräsentanten in Schutz. Jeder Priester hat freiwillig Repräsentant dieses Systems sein wollen. Niemand wird gezwungen, sich durch den Empfang der Weihe nicht mehr zu den Laien zählen zu müssen, sondern von ihnen unwiderruflich wesensverschieden zu werden. Priester haben das geringste Recht, Laien in eine kirchliche Solidarität zu rufen.

Aber – ganz ehrlich? Ich bin skeptisch. Denn die gleichen Vorschläge wurden auch als Druckmittel in der Frauenfrage ventiliert, und man musste feststellen, dass eben die strukturell mindergestellten Katholikinnen weiterhin die entscheidenden Stützen des Systems sind und bleiben wollen. Daniel Bogner hat wohl recht: Gläubige können nur schwer „ohne“ die anderen ihren Glauben leben, ohne das, was als Kirche zum eigenen Leben gehört. Es gibt dieses Empfinden, bestehende Strukturen mit ihren lebensfeindlichen Effekten zutiefst abzulehnen und doch nicht von der Kirche lassen zu können. Auch wenn Gläubige den selbst ernannten geistlichen Vätern manchmal Widerworte geben, zu mehr reicht es in aller Regel nicht. Die (geistliche) Familie bleibt dann doch das Wichtigste.

Aber es bleibt auch dabei: Sie müssen entscheiden, was für Sie mehr zählt – Ihre kirchliche Vernabelung und persönliche Sympathien oder der Druck, den Kardinal Marx als notwendig anzeigt. Wenn Sie aber effektive Mittel scheuen, etwas an dem zu ändern, über das Sie sich empören, dann sollten Sie auch damit aufhören und sich mit der „Übergriffigkeit des Systems“ abfinden. Wir alle werden die Kirche haben, die wir verdienen.

Originalfassung (mit Fußnoten) unter: <http://theosalon.blogspot.com/2018/11/emporung-reicht-nicht.html>



Bild

„Engelsturz“

von
Lena Feil

– eine Totale und ein Ausschnitt



Paul Petzel

„Engelsturz“ von Lena Feil. Eine Bildbetrachtung

Als ich das Bild von *Lena Feil* erstmals und nur ganz flüchtig sah, kam mir der Refrain eines Kinderliedes in den Sinn, das meine Mutter wohl von ihrer schwäbischen Freundin kennengelernt und ihren Kindern auch gesungen hat, sonst würde ich es ja kaum kennen:

„Die Bubele, die Madele, die schlaget Puzzigagele, baldaufi, baldabi, bald hie und bald her, bald rüber, bald nüber, das g´fällt uns gar sehr.“

Die muntere Kinder-Szene, wie sie da besungen wird, erweist sich als Ausschnitt aus einem beneidenswert unbeschwerten Himmelstreiben, wie sich das Volkslied *Es hat sich halt eröffnet das himmlische Tor* „Die Engelwiese“ vorstellt.¹

1.

Das zweite, genauere Hinsehen ließ mich diese Kindheitserinnerung dann doch als peinlich empfinden. Oder, um einen nachhaltigen Eindruck vorab zu äußern: Setzt die kanadisch-deutsche Malerin und Theologin Lena Feil etwa auf derart sarkastisch-„unmögliche“ Effekte bei den Betrachtern? Auf Interferenzen von erstem und zweitem Eindruck, die nur noch unangenehm, „bisig“, wenn nicht gar abstoßend zu nennen sind?

Denn die Farbigkeit² des Bilds ist kunterbunt, kinderzimmerbunt. Auf herrlich azurblauem Grund fliegen – prima vista – ungelenk gemalte kleine Kinder durch die Luft. Erst der zweite Blick zeigt, dass ihr

¹ Vgl. <https://volksmusik-forschung.de/datenbank/lied.html?id=173990> (Zugriff 25.10.2018)

² Der Vierfarbendruck, den imprimatur unseres Wissens hier erstmals versucht, siehe S. 264, ist ein Wagnis. Wir wissen selbst nicht, wie das Ergebnis, auf Umweltschutz- nicht Hochglanzpapier, aussehen wird. Die Leser*innen mögen es als kleines Weihnachtsgeschenk verstehen - und hoffentlich begrüßen. (Red.)

Flug eine strenge Richtung hat: sie stürzen hinab, kopfüber - kopfunter, und beim Sturz scheinen sie sich gegenseitig noch zu verletzen. Jede Unbeschwertheit fliegt gleichzeitig davon, schaut man sich diese „Wesen“ näher an: blähbäuchige Rümpfe wie man sie von verhungerten Kindern aus dem Fernsehberichten kennt, die Gliedmaßen, fast skelettiert, stecken staksig an den kartoffelförmigen Leibern. Die deformierten Köpfe schauen alt aus und die Augen haben einfach zu viel gesehen: alt und trostlos gehen die starren Blicke ins Leere, wenn sie nicht, weil verquollen oder malträtiert, ganz geschlossen sind. Die Körper selber sind eher weiß- oder hellgraugrundig, ihre Plastizität erhalten sie durch bunte zarte Farbschattierungen, die „kinderleicht“ auch von einem hellen Ton in den anderen changieren.

Soweit ich sehe, ist das Bild zumindest auf seiner Vorderseite nicht signiert. Damit ist eigentlich offen, „wie herum“ es aufgehängt bzw. angeschaut wird. Falls sich die einander näher gerückter drei Leiber in der oberen Bildhälfte befinden, liegt dort der optische Schwerpunkt. Falls das Bild um 180° gedreht wird, liegt das optische Schwergewicht in der unteren Hälfte. In diesem Fall verstärkte es den Eindruck des Hinabfallens; die Erdanziehung würde als noch stärker illusioniert, wie ein Sack mit Kartoffeln im unteren Teil eine Verdichtung und ein größeres Volumen bildet. Im anderen Fall wirkte das Bild labiler: so als könnte die obere Hälfte nach vorne in den (fiktiven)Raum hinein umkippen, in dem wir Betrachter uns befinden. Doch wer möchte solch deformierte Leiber auffangen! Oder sollte man sie sich einfach vor die Füße fallen lassen? - Wollte die Künstlerin diese Unklarheit, dieses Drehmoment, etwa um zwei Sichtweisen zu ermöglichen?

Nicht dass Lena Feil diese kleinen Kinder als „Engelchen“ apostrophiert, fällt auf: Das ist Konvention, die sich auch hartnäckig nach Sigmund Freud hält. Lena Feil aber zeigt uns extrem zerzauste Engel, deren gerupfte Federn – von Flügeln ist wohl kaum noch zu sprechen – natürlich kein Schweben und Fliegen mehr ermöglichen, sondern eher den Absturz beschleunigen. Zudem: Die Kombination von unförmig-„kartoffelähnlichen“ Leibern und staksigen

Gliedmaßen kann kaum anders als grotesk anmuten... Und Groteske, so belehrt ein Wörterbuch im Internet recht passend, meint kunst- und literaturwissenschaftlich: „Darstellung einer verzerrten Wirklichkeit, die auf paradox erscheinende Weise Grauenvolles, Missgestaltetes mit komischen Zügen verbindet“.

Lena Feil soll das Bild als eines zur Problematik Missbrauch bereits „vor fast dreißig Jahren“ gemalt haben. Sie stamme von deutschen Vorfahren ab, die noch vor dem Ersten Weltkrieg nach Kanada ausgewandert waren. „Ab und zu“ tauche sie in Bayern auf, wo sie sich vor allem in der „Schwabinger Szene“ „umschaue“ oder auch Kurse in Kunst gebe, immer sehr informell, eher „spontanistisch“.³ Ansonsten gehöre sie einer Szene hoch IT-affiner Nordamerikaner*innen an, die – überzeugt von den totalitären Triften des Internet – ihren ganzen Ehrgeiz daran setzten, sich in diesem Kosmos nahezu spurlos zu beweisen: gleichsam ikonoklastisch, sofern von ihnen kein Bild zu finden sei, ohne domains und Gier nach followers oder vielen friends. Soziale Medien scheuten sie aus Prinzip, um es Google & Co in deren hemmungsloser Datengier nicht zu einfach zu machen. Ihre durchaus aktive Internet-Kommunikation sei weit überdurchschnittlich codiert, d.h. weitgehend anonymisiert.

Dies erschwert das Bildverständnis. Viele für eine genauere Interpretation wichtige Fragen müssen offenbleiben: Wann malte, zeichnete die Künstlerin das Bild? Welche Einflüsse persönlicher, künstlerischer, gesellschaftlicher Art hat sie womöglich darin verarbeitet? Gab es konkrete Anlässe, auch wenn man sich die dann doch zu triviale Frage nach etwaigen eigenen Erfahrungen verkneift? Welche Akademie hat sie besucht? In welchem künstlerischen Kontext sieht sie selber, sehen andere das Bild? Sehen andere Bilder von ihr ähnlich aus? Ist dieser expressive Gestus, der in seinem nervösen Lineament und seinen Formverzerrungen auch an Schiele denken lässt, ihr Persönlichkeitsstil? Oder ist sie eine postmoderne Künstlerin, die sich von derartig überholten neuzeitlichen „Identitäts-

attitüden“ wie einem Persönlichkeitsstil verabschiedet hat? Oder versteht sie sich als neue Wilde, die alle Vorbehalte und Verdikte, wie sie seit den 1970er Jahren massiv gegen die Malerei ins Feld geführt worden waren, ihrerseits hinter sich gelassen hat? Der Hinweis „vor fast dreißig Jahren“ könnte zu dieser Mutmaßung Anlass geben.

Wir wissen all das - und was sich noch mehr fragen ließe - nicht. Und dass wir es nicht wissen, scheint zumindest der Künstlerin auch nicht problematisch zu sein.

Ein avanciertes Netz-Verhalten mit seiner fast anarchisch anmutenden Spurlosigkeit wirft also zurück auf ein werkimmanentes Suchen, das mir ansonsten für eine gründlichere Bildannäherung nicht ausreichend erscheint. Denn kein Bild fällt vom Himmel, kein Bild ist ohne seinen Gebrauch, seinen Zweck und seine Involviertheit hinreichend begreifbar.

Nun denn: Das Bild misst 140 cm in der Höhe und 80 cm in der Breite. Es ist mit Acryl-, wohl auch Gouache- und Aquarellfarben gemalt. Auch Tusche und diverse Stifte sind zum Einsatz gekommen. An einigen Stellen zeigt sich, wenn auch erst bei einem „dritten“ Blick darauf, dass die Künstlerin vor dem Malen, vielleicht auch Wischen, Reiben und Zeichnen gleichbreite Papierbänder aufgeklebt hat, die den Malgrund leicht uneben machen und sich als unpassend durch das Motiv laufende Linie zeigen, das Gemalte gleichsam aufrauen.

2.

Angesichts dieses unglücklichen Konglomerats deformierter zerzauster „Kinderengel“ dürfte die Empathie der Künstlerin für das Geschick missbrauchter Kinder außer Frage stehen: Was sie erlebt haben, bewirkt ihren Absturz, macht sie alt. Das lässt an die lange Halbwertszeit von Missbrauchserfahrungen denken, wie sie von vielen bezeugt wird: Bis sich der Mund öffnet, bis gar Anklage erhoben werden kann, können Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen; die Betroffenen sind dann ebenfalls schon alt geworden. Die Ältlichkeit der Kinderköpfe, bis hin zu den deutlich genug gegebenen Zeichen des Todes via Skelettierung sprechen eine direkte, offensive Sprache, wie sie zumal in der Kirche geradezu mit Sys-

³ So in einer – nicht-codierten – Mail vom 8. August 2018 meines bayrischen Bekannten P.Schönberg, dem ich die Zusendung des Bildes verdanke.

tem unterbunden wurde – oder immer noch hier und da vermieden wird? Wer nicht ganz jung ist, kennt solche Fälle auch aus dem Bistum Trier. Missbrauch durch – vielleicht ansonsten hoch geschätzte Kleriker – wird ruchbar; es kommt zu Versetzungen der ganz stillen Art; Schweigen herrscht – auch dann, wenn ganze Gemeinden irritiert, erzürnt und aufgewühlt sind, Einzelne in bedrohliche Krisen stürzen. Die Opfer bleiben in der Regel – auf eigenen Wunsch und zu eigenem Schutz, wie regelmäßig versichert wird – unsichtbar und ungehört, ob finanziell abgefunden oder nicht. So entstehen „Geheimnisse“ in Familien, Bezirke, worüber dann nicht mehr zu sprechen ist; so entstehen bleierne „Schweikkammern“ *in* den Einzelnen; ein Optimist, wer für diese keine giftigen Absonderungen annimmt... Als Nebeneffekt bleibt die *raison d'église* gewahrt.

Um das Gegenteil geht es in diesem Bild: Die Opfer werden in den Blick gerückt, sogar sehr nahe. Denn alle Figuren sind angeschnitten, also nicht vollständig abgebildet; und dieser Effekt bewirkt Nähe. Zugleich lässt er daran denken, dass es sich doch nur um einen Ausschnitt aus einer viel größeren Absturzszenerie handelt. Den Blicken kann so kaum noch ausgewichen werden. Gewiss geht es dem Bild darum, Empathie zu evozieren. Das scheint offensichtlich, aber Vorsicht! Die besondere Herausforderung dieses Bildes scheint mir zu sein, jede – dann doch billige – Gefühligkeit, pures Sentiment zu vereiteln. Lena Feil schlägt einen ganz anderen Ton an: Sarkastisch-hart zeigt sie, was geschehen ist, wenn missbraucht wurde. Diese Art erinnert mich an die Ästhetik der neuen Sachlichkeit, näherhin die des sogenannten Verismus, also der Kunst der 1920/30er Jahre, die gezielt die Verelendeten der Weimarer Zeit in betont kühler, nahezu gnadenloser Genauigkeit und „Sachlichkeit“ ins Bild setzte: Keine anbiedernde Nähe an die Opfer, sondern Einsatz, Kampf für sie, indem die Realitäten jenseits des Geflitters der goldenen 20er Jahre in den Blick gerückt werden: die Verkrüppelten des 1. Weltkriegs, auf dem Boden sitzend mit ihren zusammenmontierten Restvisagen, die vielmals schwangeren Frauen in den verödeten lichtlosen Hinterhöfen; die, die mit ihrem Leben Schluss gemacht haben. „Er-

spart euch euer Betroffenheitsfeeling– verändert die Situation!“ könnte man als Subtext dieser veristischen Bilder ausmachen; und trotz deutlich anderem, eben expressivem Duktus und Stil, auch als Subtext dieses Bildes: Schluss mit Unsichtbarmachung und Vertuschung! Nur wer die Stürze stoppt, erspart den Opfern den definitiven Aufschlag mit definitiver Deformation – und sich vielleicht die eigene (moralische) Zerzaustheit.

3.

Das Bild hat das Format eines nicht sehr großen Altarbildes. Ist es denkbar, dass es neben so manchen anderen Altären in einer der deutschen Bischofskirchen auch einen – erkennbaren, nicht nur verschämten – Platz erhalte? Die Frage mag verwegen, vielleicht provokativ anmuten, und möchte doch beides nicht sein. Denn täte es der Kirche auch und zumal am Ort des Bischofs nicht gut, würde dieser Blick auf und mit den Opfern des Missbrauchs an ausgewiesenem Ort präsent, dort wo sich Bischof, Klerus und Gemeinde vor Gott versammeln, wo eigentlich Vorbehalte und Selbstillusionen wie Vorhänge fortgezogen sein sollten? Jenseits einer klerikalistisch missverstandenen *raison d'église* könnte so die Perspektive eröffnet werden auf die andere Kirche Jesu Christi. Das Bild diene dann gleichsam als Exerzitium anstehender Umkehr.

Theo Mechtenberg

Der Umgang der polnischen Kirche mit ihren Missbrauchsfällen

Der in den letzten Jahren öffentlich gewordene weltweit von Priestern begangene sexuelle Missbrauch Minderjähriger hat die Kirche in eine tiefe Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise gestürzt. Ans Licht gekom-

men ist, was jahrzehntelang nach allgemeiner Praxis vertuscht worden war. Die Bischöfe und der Vatikan hatten das Jesuswort ignoriert, wonach „nichts verborgen ist, was nicht bekannt wird.“ Und nun ruft man gleichsam „von den Dächern“, was man verheimlichen wollte (Lk 12, 2). Die Kirche sollte nach außen vor „Flecken“ bewahrt werden (Eph 5,27), doch genau dadurch wurde sie zu einer Missgestalt, von der sich nun viele mit Abscheu abwenden.

Voller Schmerz und fassungslos nehmen Gläubige, die trotz allem der Kirche die Treue halten, den ganzen Umfang und die Details der Missbrauchsfälle zur Kenntnis. The Pennsylvania Report on Child Sexual Abuse by Catholic Clergy listet auf 1300 Seiten die im Verlauf der letzten 70 Jahre begangenen Taten von 300 Priestern aus acht untersuchten Diözesen auf. Über 1000 Opfer sind zu beklagen. Allein 300 Täter in einem einzigen der 50 Bundesstaaten! Gerichte in den USA haben Bischöfe zu hohen Entschädigungssummen verurteilt und damit manche von ihnen an den Rand finanziellen Ruins gebracht. Irland, einst ein Leuchtturm des Glaubens, bereitete Papst Franziskus wegen der dortigen Fülle an Kindesmissbrauch einen kühlen und kritischen Empfang. Die Bischöfe des Landes erlitten einen derartigen moralischen Autoritätsverlust, dass sie kaum wegen der plötzlich anschwellenden Säkularisierungstendenzen sowie gegen die gesetzliche Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen das Wort ergriffen.

Am 25. September stellte dann Kardinal Reinhard Marx als Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz die den Zeitraum von 1946 – 2014 umfassende Missbrauchsstudie vor. Ermittelt wurde die erschreckende Anzahl von 3677 Opfern, die 1670 Kleriker zu verantworten haben. Und dabei ist diese Studie keineswegs vollständig. Kardinal Marx weiß, wieviel Vertrauen verloren gegangen ist und wie schwierig es sein wird, es zurückzugewinnen. Diese Erhebung soll keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen, sondern den Anfang ernsthafter Überlegungen bilden, wie in Zukunft, auch durch einschneidende Strukturereformen, derartige Verbrechen vermieden werden können.

Polens Kirche von diesen Fakten unberührt?

Mit 44 Diözesen und rund 300 Ordensgemeinschaften sowie mit der stattlichen Zahl von über 30 000 Priestern gleicht die polnische Kirche einer inzwischen einsamen katholischen Bastion in Europa. Doch anders als die deutschen Bischöfe hat der polnische Episkopat bis heute keine Missbrauchsstudie in Auftrag gegeben, und eine solche ist in naher Zukunft auch nicht zu erwarten. Doch der Druck der Öffentlichkeit auf die Kirche wächst. Die Medien berichten über Missbrauchsfälle. Großen Zulauf erhielt der Film „Kler“ (Klerus) über pädophile Priester und ihre Opfer. Er schlug alle Rekorde und wurde in der ersten Woche bereits von eineinhalb Millionen Polen besucht. Wohl auch unter seinem Eindruck sprachen sich in einer Umfrage der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ 73% der Respondenten für volle Transparenz im Kampf gegen die klerikale Pädophilie aus.

Gelegentlich kommt es auch zu Aktionen, die auf ihren an Minderjährigen verübten sexuellen Missbrauch aufmerksam machen. So hingen unlängst am frühen Morgen an einer Warschauer Weichselbrücke Ballons mit den Namen von Opfern, und auf einem Spruchband war zu lesen „Stoppt den Missbrauch durch pädophile Priester“. Gegen sie demonstrierten am 7. Oktober in Warschau auf Einladung verschiedener Organisationen Tausende. Auf der Veranstaltung wurde eine Liste der Städte, Ortschaften und Dörfer verlesen, in denen sie ihre Verbrechen verübt hatten.

Von besonderer Bedeutung ist ein Prozess, bei dem nicht der in der Regel ohnehin finanzschwache Täter, sondern seine Ordensgemeinschaft dazu verurteilt wurde, dem Opfer eine Entschädigung von einer Million zł., etwa 250 000 €, sowie eine lebenslange Rente zu zahlen. Die Ordensgemeinschaft legte gegen das Urteil Berufung ein, doch das Berufungsgericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz. Die Ordensgemeinschaft erhob erneut Einspruch, so dass der Fall letztendlich durch das Oberste Gericht entschieden wird. Auch wenn es sich um keinen Musterprozess handelt, weil jeder vergleichbare Prozess individuell behandelt wird, so dürfte dieses Urteil,

sollte es Bestand haben, doch richtungsweisend sein und könnte durch weitere Verfahren Polens Kirche vor enorme finanzielle Probleme stellen.

Ein Blick in die Vergangenheit

Man kann nicht sagen, dass der polnische Episkopat die Augen vor dem Problem sexuellen Missbrauchs durch Priester verschließt und gänzlich untätig geblieben ist. Im März 2013 trafen die Bischöfe erste kanonische Maßnahmen für den Fall, dass Geistliche unsittlicher Handlungen an Minderjährigen beschuldigt werden. Auf ihrer Sitzung am 9. Oktober 2013 verabschiedeten sie drei Dokumente, um den im Mai 2011 von der Glaubenskongregation erlassenen Vorschriften bezüglich der Vorgehensweise bei sexuellem Vergehen von Geistlichen an Kindern und Jugendlichen zu entsprechen. Damit besitzt Polens Kirche eine für alle Diözesen und Ordensgemeinschaften verbindliche Regelung, die seit langem angemahnt wurde. Bereits vor Jahren beklagte der Jesuit und Psychotherapeut Jacek Prusak die verbreitete Praxis, sexuelle Skandale von Priestern möglichst nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, um dem - wie man glaubte - guten Ruf der Kirche nicht zu schaden. Die Folge sei eine „falsche Solidarität“ des Klerus und eine Marginalisierung der Opfer, die man zudem auch noch für eine etwaige Verunglimpfung der Kirche verantwortlich mache. Bei den Tätern sei man dagegen allzu leicht zu Entschuldigungen bereit: „Die Umstände hätten ihn dazu gebracht, weil er einsam und überfordert war, nicht genügend geschützt wurde und mit dem Stress nicht zurechtkam.“ Mit der Versetzung der betroffenen Geistlichen in eine andere Pfarrei habe man die Sache für erledigt gehalten. Eine solche Praxis sei um der Opfer willen unverantwortlich. Sie bewirke, wie Erfahrungen in anderen Ländern gezeigt hätten, eine gewaltige Zunahme an kirchenfeindlicher Einstellung. Zumal das Beispiel der Kirche in den Vereinigten Staaten müsse der Kirche in Polen eine Warnung sein.¹

¹ Jacek Prusak, *Milczenie jest wyrokiem* (Schweigen heißt Urteilen), in: *Tygodnik Powszechny* v. 18. März 2007.

Bei den verabschiedeten Dokumenten² handelt es sich um Richtlinien zu drei unterschiedlichen Komplexen. Der erste betrifft „konkrete Formen der Sorge um die Missbrauchsoffer“. Die Bischöfe sehen in ihr einen „fundamentalen Akt der Gerechtigkeit seitens der Gemeinschaft der Kirche, die Schmerz und Scham wegen der an Kindern und Jugendlichen verübten Vergehen empfindet.“ Die Bischofskonferenz verpflichtet den für den Missbrauchsfall zuständigen Ordinarius oder Ordensoberen „zu verschiedenen Formen geistiger und psychologischer Hilfeleistung gegenüber der geschädigten Person sowie gegenüber ihren Angehörigen.“

Im Wissen darum, dass durch derlei Vergehen ihrer Priester Vertrauen zerstört wird, verlangen die Bischöfe „gezielte Maßnahmen zur Wiederherstellung eines gesunden Vertrauens sowie eines für die Kontinuität pastoraler Arbeit notwendigen Klimas in einer von einem unwürdigen priesterlichen Verhalten betroffenen kirchlichen Gemeinschaft.“

Die zweite Richtlinie regelt das kanonische Prozedere im Falle eines Anfangsverdachts von Pädophilie eines Geistlichen. Im Einzelnen handelt es sich um die Verpflichtung zur Entgegennahme einer Anzeige, um die Vorgehensweise zur Untersuchung des Falls und seiner Umstände sowie bei der Sammlung von Beweisen und ihrer Dokumentation.

In jedem Einzelfall sei der geschädigten Person deutlich zu machen, „dass es sich bei dem kanonischen Prozedere einzig und allein um einen innerkirchlichen Vorgang handelt, unbeschadet des Rechts der betroffenen Person, in Übereinstimmung mit den polnischen Rechtsvorschriften bei den staatlichen Verfolgungsorganen Anzeige zu erstatten.“ Damit sehen sich die Bischöfe selbst nicht genötigt, ihnen bekannt gewordene Fälle der Staatsanwaltschaft mitzuteilen.

Was den in Verdacht geratenen Priester betrifft, so „kann“ ihn der kirchliche Vorgesetzte seiner pastoralen Pflichten entbinden. Er soll ihm aber „entsprechende psy-

² <http://ekai.pl/polska/zebraniekep/x71370/zakon-czylosie-zebranie-plenarne-kep/?pri...>

chologisch-therapeutische Hilfe zukommen lassen und ihm einen Wohnort anweisen.“

Wird die Glaubwürdigkeit der Anzeige aufgrund der Voruntersuchung festgestellt, dann hat der kirchliche Vorgesetzte die Angelegenheit der Glaubenskongregation zu übermitteln. Bestätigt sich dagegen der Anfangsverdacht nicht, dann ist der kirchliche Vorgesetzte gehalten, „den zu Unrecht verdächtigten Geistlichen wieder mit seinen Pflichten zu betrauen, von denen er entbunden wurde, und alles zu tun, um seinen guten Namen wieder herzustellen.“

Die dritte Richtlinie hat präventive Maßnahmen zum Inhalt. Im Fokus steht die Priesterausbildung. Bereits vor der Aufnahme eines Kandidaten ins Seminar oder ins Kloster soll mit ihm zur Erkundung seiner die Sexualsphäre betreffenden eventuellen Schwierigkeiten ein eingehendes Gespräch geführt werden, um sich über den Stand seiner sexuellen Reife bzw. über das Auftreten eventueller Abnormalitäten zu orientieren. Werden bei einem Kandidaten „Störungen im Sexualbereich, insbesondere eine tief verwurzelte homosexuelle Orientierung, festgestellt“, dann ist er abzuweisen. Im weiteren Verlauf der Priesterausbildung soll die mit der Formung sexueller Reife verbundene Thematik Gegenstand von Vorlesungen und Konferenzen sein. Auch sind Priesteramtskandidaten und angehende Ordensleute über die Handhabung von Missbrauchsfällen nach kanonischem wie nach staatlichem Recht in Kenntnis zu setzen. Vor der Zulassung zur Priesterweihe bzw. zur Ordensprofess sind die Vorgesetzten erneut zu Gesprächen mit dem Kandidaten bezüglich seiner sexuellen Reife verpflichtet.

Betont wird zudem die Notwendigkeit wirksamer Prävention zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. So heißt es in dem Text: „Prävention vor sexuellem Missbrauch an Minderjährigen bildet einen integralen Bestandteil des Engagements der Kirche in der Kinder- und Jugendarbeit.“

Diese der Prävention gewidmeten Richtlinien werden ergänzt durch ein gleichfalls am 9. Oktober 2013 verabschiedetes Dokument. Es beinhaltet genaue Rahmenbestimmungen für die Tätigkeit des im Juni 2013 als Koordinator zum Schutz von Kindern

und Jugendlichen ernannten Jesuiten Adam Žak.

Therapeutische Hilfe, doch keine Entschädigung

Die von den Bischöfen verabschiedeten Richtlinien wurden innerhalb wie außerhalb der Kirche im Allgemeinen positiv aufgenommen. Aber es gab auch Kritik. So wurde beanstandet, dass bei Missbrauchsfällen zwar den Opfern seitens der Kirche pastorale, therapeutische und psychologische Hilfen zugesagt und die damit verbundenen Kosten übernommen werden, aber Entschädigungen nicht gezahlt würden. Dies sei Sache derer, die persönlich schuldig geworden seien. Ob dieser Standpunkt, mit dem sich Polens Bischöfe deutlich von der Praxis der Bischofskonferenzen anderer Länder unterscheiden, angesichts des erwähnten Prozesses haltbar ist, wird sich zeigen.

Einen weiteren Streitpunkt bildet die Auffassung der polnischen Bischöfe, nicht verpflichtet zu sein, ihnen bekannte Missbrauchsfälle ihrer Geistlichen den Gerichten zu melden. Sie begründen diese Weigerung mit dem Wohl der Opfer, die ja um die Möglichkeit gerichtlicher Anklage wüssten und diese selbst einreichen könnten. Wenn sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, dann bedeute dies ja wohl, dass sie wegen der damit verbundenen psychischen Belastung den Gang zum Gericht scheuen würden. Die zuständigen kirchlichen Stellen könnten die Opfer lediglich ermutigen, diesen Schritt zu tun. Im Übrigen verlange das polnische Strafrecht im Unterschied zu anderen Ländern bei pädophilen Verstößen keine Meldepflicht.³

Verkündigung der Richtlinien im Schatten aktueller Missbrauchsfälle

Die Verabschiedung dieser Richtlinien stand im Schatten aktueller Missbrauchsfälle. Wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass der inzwischen seines Amtes enthobene Nuntius der Dominikanischen

³ Durch eine Gesetzesnovellierung wurde diese Meldepflicht inzwischen unter Androhung von Sanktionen verpflichtend gemacht.

Republik, Erzbischof Józef Wesolowski, ein Pole, sexueller Vergehen an Minderjährigen beschuldigt wurde und sich vor einem Gericht verantworten musste. Gleiches galt für einen seiner engen Vertrauten, den Ordenspriester Wojciech Gil, der – von Interpol gesucht – zunächst untertauchte, dann aber in der Nähe von Krakau ausfindig gemacht wurde. Auch er wurde suspendiert und musste sich seiner Verantwortung stellen. Zudem wurden zeitgleich zwei weitere Fälle bekannt, bei denen sexueller Handlungen beschuldigten Priestern bis zur Klärung ihrer Fälle die Ausübung seelsorglicher Tätigkeit untersagt wurde.

Richtlinien allein reichen nicht

Die Richtlinien versprechen für die Zukunft Besserung. Missbrauchsfälle von Priestern soll es in Zukunft nicht mehr geben. Damit wird der Akzent auf die Prävention gelegt. Ob allerdings die in dem Präventionsdokument vorgesehenen Prüfungen der Priesteramtskandidaten die erhoffte Wirkung erbringen, ist angesichts der Tatsache, dass es zur Feststellung von pädophilen Neigungen keinen verbindlichen Test gibt, ungewiss. Worauf es vor allem ankommen dürfte, ist ein innerkirchlicher Einstellungswandel. Wenn jahrzehntelang eine Praxis der Vertuschung vorherrschte, die Opfer selten gehört, oft der Lüge bezichtigt und ihre Familien in den Pfarreien isoliert, teils geächtet wurden und man die betroffenen Priester lediglich versetzte, die dann oft am neuen Ort rückfällig wurden, dann bedarf es vor allem eines radikal anderen Denkens.

Weiterhin kaum Transparenz

Die Richtlinien sind nunmehr fünf Jahre in Kraft. Inwieweit sie eingehalten und zu einer deutlichen Eindämmung der Missbrauchsfälle beigetragen haben, bleibt ungewiss. Eine von der Bischofskonferenz in Auftrag gegebene Evaluierung gibt es nicht. Auch sonst zeigen Polens Bischöfe keine Neigung, die Öffentlichkeit über das Ausmaß an klerikalen Missbrauchsfällen zu informieren, wie aus einem dem „Tygodnik Powszechny“ gewährten Interview des Ko-

ordinators Adam Żak SJ hervorgeht.⁴ Für die seit 2014 in jedem Bistum und in jeder Ordensgemeinschaft tätigen Ansprechpartner für Missbrauchsoffer besitze er zwar eine gewisse Zuständigkeit, aber keine Jurisdiktion. So wisse er denn auch auf die Frage, wieviel Opfer sich in den vier Jahren bei ihnen gemeldet und wie viele Gespräche mit welchen Ergebnissen sie geführt haben, keine Antwort. Man möge sich an die Bischöfe und Ordensoberen wenden. Offenbar werden die Daten zentral nicht gesammelt. Zwar habe die Bischofskonferenz 2014 eine solche Datensammlung in Erwägung gezogen, doch unter den Bischöfen sei es zu keiner Einigung gekommen, so dass das Ausmaß der über diese Gesprächspartner ermittelten Missbrauchsfälle unbekannt sei.

Auch auf die Frage, wie viele Priester in den letzten Jahren wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger zu Haftstrafen verurteilt wurden, musste P. Żak die Antwort schuldig bleiben. Er sei, wie jeder andere, auf Medienberichte angewiesen, denen zufolge es sich seit Inkrafttreten der Richtlinien um etwa 60 Priester handle. Das aber sei möglicherweise nur die „Spitze eines Eisbergs“.

Zudem scheint die Kontaktaufnahme zu den Gesprächspartnern schwierig zu sein. Nur in 18 Diözesen hat die Kurie ihren Namen, ihre Telefonnummer und Mail-Adresse veröffentlicht. Selbst den in den Pfarreien tätigen Priestern sind diese Daten weitgehend unbekannt. So berichtet P. Żak, dass er immer wieder bei Missbrauchsfällen von Gemeindepriestern um Rat angesprochen werde, die er dann an den entsprechenden Gesprächspartner verweise. All dies spricht nicht dafür, dass die von Polens Bischöfen erlassenen Richtlinien und Maßnahmen eine Gewähr bieten, den klerikalen Missbrauch Minderjähriger wirksam zu bekämpfen. Sie sind schlicht ungenügend. Hinzu kommt, dass dem polnischen Episkopat jene Einsichten, die erst durch die eingangs erwähnten Untersuchungen zum jahrzehntelangen klerikalen Kindesmissbrauch gewonnen wurden, nicht aus eigenem Bemühen zur Verfügung stehen. Sie sollen im Folgenden zur Sprache kommen.

⁴ Adam Żak, Pytajcie biskupów (Fragt die Bischöfe), Tygodnik Powszechny v. 16. 09. 2018, S 34 – 37.

Das ungelöste Problem der kanonischen Verurteilung ranghoher Kirchenvertreter

2002 erregte der Fall des Posener Erzbischofs Juliusz Paetz über Polens Grenzen hinaus Aufsehen. Er hatte sich nachweislich an Seminaristen sexuell vergangen. Doch die darum wussten, hüllten sich in Schweigen und unternahmen nichts. Und wer das Schweigen brach und den Erzbischof beschuldigte, wurde von ihm kirchlich gemäßregelt. Erst als sich die Betroffenen dem damaligen Dekan der Theologischen Fakultät, Prof. Tomasz Węclawski, gegenüber offenbarten und er sich ihrer annahm, kam die Angelegenheit ins Rollen. Nach langen Bemühungen und gegen manche innerkirchlichen Widerstände erreichte Prof. Węclawski schließlich 2002 den Rücktritt des Posener Metropoliten. In einem dem „Tygodnik Powszechny“ gewährten Interview hatte er das Verhalten des Erzbischofs scharf kritisiert und führenden Kirchenleuten vorgeworfen, den Skandal vertuschen zu wollen. Er selbst wurde wenig später als Dekan abgelöst und verlor auch seine Mitgliedschaft in der römischen Theologenkommission. Außer dem erzwungenen Amtsverzicht blieb Erzbischof Paetz vor jeder sonstigen kirchlichen Sanktion verschont. Er lebt weiterhin in Posen und zeigt sich mit Vorliebe bei kirchlichen Feierlichkeiten, auch als Konzelebrant, im Kreis seiner bischöflichen Amtsbrüder. Prof. Węclawski dagegen legte sein Priesteramt nieder und trat wenig später aus der Kirche aus.

Der Fall zeigt, mit welchen Anfeindungen jemand zu rechnen hat, der einen Bischof sexueller Vergehen beschuldigt, und wie schwierig es ist, überhaupt kanonisch gegen ihn vorzugehen. Dies bestätigen auch die jüngsten, bis in höchste kirchliche Ränge reichenden Enthüllungen. Besonderes Aufsehen erregte der Fall des Kardinals und ehemaligen Washingtoner Erzbischofs Theodore McCarrick, dem sexueller Missbrauch einer Elfjährigen und sexuelle Nötigung von ihm abhängiger Seminaristen zur Last gelegt wird. Weitere Bischöfe aus verschiedenen Ländern, die des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger sowie der von ihnen praktizierten Strategie der Vertu-

schung beschuldigt werden, sind namentlich bekannt. Offenbar ging man in der Vergangenheit davon aus, ein Bischof oder Kardinal werde derlei Vergehen niemals begehen, so dass es einer besonderen kanonischen Regelung nicht bedürfe. Daher ist es bis heute nicht klar, „an wen man sich in einer solchen Situation zu wenden hat, noch welches unabhängige Organ eine Untersuchung einleiten und einen solchen Hierarchen verurteilen kann. Die vatikanische Kommission zum Schutz Minderjähriger unterbreitete den Vorschlag eines Tribunals, das über die Bischöfe richten soll, die derlei Dinge vertuschen. Trotz Unterstützung durch Papst Franziskus konnte sich dieser Vorschlag nicht durchsetzen, und nach und nach verließen die Missbrauchsoffer die Kommission.“⁵ Doch damit scheint dieser Lösungsvorschlag nicht vom Tisch zu sein. Die Stimmen in der Kirche mehren sich, die ein solches Tribunal für notwendig erachten, das, um wirklich unabhängig zu sein, mit weltlichen Juristen besetzt sein müsse. Sollte es dazu kommen, wäre dies eine tiefgreifende Reform des Kirchenrechts.

Absage an den Klerikalismus

Die umfangreichen Untersuchungen der von Priestern verübten Kinderschändungen belegen ihren engen Zusammenhang mit dem klerikalen Machtmissbrauch. Die Autorität, die die Priester für sich beanspruchen und die ihnen in der Regel von den Gläubigen unhinterfragt zugestanden wird, ermöglichte es ihnen, sich die Opfer ihrer Lust zu wählen. Diese Autorität wurde von ihnen bei ihren Verbrechen bewusst eingesetzt, und sie diente ihnen zugleich als Schutz vor Enttarnung. So waren die Opfer den Tätern zumeist hilflos ausgeliefert. Sie trauten sich nicht, auszusprechen und anzuklagen, was sie erlitten hatten, und brachten sie dazu den Mut auf, wurde ihnen selten geglaubt. Statt Verständnis erfahren sie Zurechtweisung. Also schwiegen sie mit allen traumatischen Folgen solcher Verdrängung.

⁵ Zuzanna Radzik, Strażnicy poza kontrolą (Wächter außer Kontrolle), Tygodnik Powszechny v. 26. 08. 2018, S. 34.

In seinem Schreiben an das Volk Gottes vom 20.08.2018 hat Papst Franziskus diese durch den „engen Zusammenhang von Macht- und Gewissensmissbrauch“ charakterisierte „Anomalität des Autoritätsverständnisses“ als Klerikalismus bezeichnet. Damit bedient er sich eines mit Vorliebe von antiklerikalen Kritikern benutzten Begriffs. Wörtlich schrieb er: „Zum Missbrauch Nein zu sagen, heißt, zu jeder Form von Klerikalismus Nein zu sagen.“

Es ist dies nicht die einzige Aussage dieser Art. Auffallend häufig kommt Papst Franziskus in Zusammenhang mit den Missbrauchsfällen auf den Klerikalismus zu sprechen. Auf einer Pressekonferenz nannte er ihn eine „Pest in der Kirche“. Und in einem Gespräch mit dem Agnostiker Eugenius Scalfor bezeichnete er sich selbst als „entschiedenen Kirchengegner“ sobald er „einem Klerikalen gegenüber stehe“.

Diese radikale Absage an den Klerikalismus, der in Polens Kirche aufgrund ihres ausgeprägten Paternalismus besonders verbreitet ist, verlangt eine Rückbesinnung auf das Evangelium: Als die Jünger miteinander stritten, wer unter ihnen der Größte sei, sagte ihnen Jesus: „Wer der Erste sein will, soll der Letzte von allen und der Diener aller sein“. Zur Verdeutlichung seiner Worte stellte er ein Kind in ihre Mitte (Mk 9, 33-36). Und als die Frau des Zebedäus für ihre beiden Söhne von Jesus die besten Plätze im Reich Gottes erbat und sich die übrigen Jünger darüber empörten, belehrte er sie: „Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker unterdrücken und die Mächtigen ihre Macht über die Menschen missbrauchen. Bei euch soll es nicht so sein [...]“ (Mt 20, 20-27). Als sei dies noch nicht genug an Belehrung, gab er ihnen beim Abschiedsmahl vor seinem Leiden mit der Fußwaschung ein eindrucksvolles Beispiel der für seine Nachfolge verpflichtenden Umkehrung von Herrschen in Dienen. Ein deutlicheres Zeichen für die Absage an jede Form von Klerikalismus ist kaum denkbar.

Aber reichen, so notwendig sie sind, die auf die persönliche Haltung zielenden Belehrungen und Zeichen? Sind es nicht gerade die hierarchischen Strukturen, die das in der Kirche verbreitete anormale Autoritätsverständnis ermöglichen, ja geradezu för-

dern? Um dem Klerikalismus wirksam entgegenzuwirken, sind evangeliumsgemäße Strukturen notwendig, eine Forderung, die auf der Basis des Zweiten Vatikanums vor über 40 Jahren erhoben, in der Kirche diskutiert und letztlich mit fadenscheinigen Argumenten von den Hierarchen zurückgewiesen wurde. So bleibt es fraglich, ob diese neu auflebende Diskussion zu Reformen führt.

Ein notwendiger Perspektivwechsel – von den Tätern zu den Opfern

Die vorliegenden Berichte über pädophile Handlungen von Priestern zeigen eines in aller Klarheit: Es ging den Verantwortlichen in der Kirche vor allem um ihre pädophilen Priester, weniger oder kaum um deren Opfer. Wurde ein Missbrauchsfall bekannt, dann war es die vorrangige Sorge des zuständigen Bischofs oder Ordensoberen, den Fall möglichst nicht bekannt werden zu lassen – als sei nicht die Tat als solche, sondern ihr Bekanntwerden der eigentliche Skandal. Entsprechend diesem Handlungsmuster beschränkte sich das kirchliche Interesse an den Opfern zumeist darauf, diese zum Schweigen zu verpflichten. Aufgrund der allgemeinen Praxis der Vertuschung wurden so nicht nur die Täter, sondern ebenso die verantwortlichen Entscheidungsträger an den Opfern schuldig.

Die Konsequenz dieser Erkenntnis muss ein Perspektivwechsel sein – von den Tätern hin zu den Opfern. Von ihnen und nicht in erster Linie von den Tätern her müssen die Missbrauchsfälle betrachtet und gewertet werden. Einen solchen Perspektivwechsel vollzieht Papst Franziskus unter dem Eindruck des Pennsylvania Report in seinem Schreiben an das Volk Gottes. Darin heißt es: „Der Schmerz dieser Opfer ist eine Klage, die zum Himmel aufsteigt und die Seele berührt, die aber für kurze Zeit nicht beachtet, versteckt, zum Schweigen gebracht wurde. Doch ihr Schrei war stärker als alle Maßnahmen, die danach strebten, sie zum Schweigen zu bringen.“ Diesen Schrei zu hören und sich der Opfer anzunehmen, das sollte bei Missbrauchsfällen die erste Sorge der Kirche sein.

Und erst wenn die Opfer Gehör finden, wenn sie das an ihnen verübte Unrecht hinausschreien können, erst dann wird das ganze Ausmaß der ihnen widerfahrenen „Gräueltaten“, wie Papst Franziskus schreibt, offenbar – ganz im Sinne des Jesuswortes, wonach es für den besser wäre, der diese „Kleinen zum Bösen verführt, wenn er mit einem Mühlstein um den Hals im tiefen Meer versenkt würde“ (Mt 18,6).

Theo Mechtenberg

Das polnische Dorf zwischen Tradition und Moderne

Die Selbstverwaltungswahlen vom Oktober 2018 haben, wie bei allen vorangegangenen Wahlen, die politische Ost-West-Teilung Polens bestätigt. Während im städtisch und großstädtisch geprägten Westen die liberal-konservative Wahlkoalition aus „Bürgerplattform“ und „Moderne“ die Wahlen für sich entscheiden konnten, war im ländlich geprägten Osten Polens die nationalkonservative Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) siegreich.

Dieser Befund wird in weiten Teilen der polnischen Gesellschaft, selbst von Politikern, als Zeichen für die Rückständigkeit der Landbevölkerung gewertet. Der Konservatismus der Dorfbewohner resultiere aus dem Faktum, dass die zivilisatorische Verwestlichung Polens den Ostteil des Landes noch nicht erfasst habe.

Diese Deutung ist allerdings äußerst oberflächlich und wird durch neueste soziologische Erhebungen widerlegt – ein Grund, sich mit der Problematik des polnischen Dorfes näher zu befassen.

Das traditionelle Stereotyp dörflicher Rückständigkeit

Es gibt zwei Begriffe, die bis heute in der polnischen Umgangssprache gebräuchlich

sind und mit ihrer negativen Tönung die Rückständigkeit der bäuerlichen Welt beinhalten: „Wiocha“ und „Cham“. „Wiocha“ ließe sich als Kuhdorf übersetzen, als eine Ansammlung ärmlicher Gehöfte ohne Wasserleitung und Kanalisation, ohne asphaltierte Wege, die sich bei Regen in Schlamm verwandeln. Auf diese von der übrigen Welt abgeschnittenen Kuhdörfer blickt der Städter mit Verachtung herab oder bringt ihnen bestenfalls Mitleid entgegen.

Der Terminus „Cham“ steht für die Herkunft einer Person aus einem solchen Kuhdorf und beinhaltet die Vorstellung eines ungebildeten und unzivilisierten bäuerlichen Tölpels, dem es an gesitteten Manieren mangelt.

Gut 85% aller Polen stammen über eine oder zwei Generationen vom Dorf, doch die wenigsten bekennen sich zu ihrer Herkunft. Dieses Verhalten ist geschichtlich bedingt. Es resultiert aus der Zeit der Adelsrepublik mit der für sie charakteristischen Spaltung der Gesellschaft in den herrschenden Landadel, der sogenannten Schlachta, und den der Leibeigenschaft unterworfenen Bauern. Diese wurde zwar mit der Verfassung vom 3. Mai 1791 offiziell aufgehoben, überdauerte aber teilweise den Untergang der Adelsrepublik zumal unter der russischen Teilungsmacht bis ins 19. Jahrhundert.

Während aus der Schlachta die Schicht der Intelligenz hervorging, die für Polens Nationalkultur prägend wurde, war für die bäuerliche Welt eine den Jahreszeiten entsprechende und stark religiös geprägte Volkskultur kennzeichnend. Und fand einmal die bäuerliche Welt als Thema und Gegenstand in Literatur und bildender Kunst ihren Ort, dann zumeist in der ihre Rückständigkeit tradierenden Form der „Wiocha“. Die Folge ist, dass sich der Pole, selbst wenn er bäuerlicher Herkunft ist, nicht mit ihr, sondern mit Vorliebe mit dem kulturellen Modell der Oberschicht identifiziert. So finden sich beispielsweise in Wajdas Film „Katyn“, der das Schicksal Tausender von den Sowjets ermordeter Offiziere zum Thema hat, ausschließlich Vertreter aus gehobenen Kreisen und kein einziger bäuerlicher Herkunft, und dies, obgleich Wajda „Katyn“ seinem im Rang eines

Offiziers ermordeten Vater, Sohn eines Bauern, gewidmet hat.¹

Die Situation in der kommunistischen Volksrepublik

An der Rückständigkeit der polnischen Dörfer änderte sich mit der Gewinnung der Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit sowie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kaum etwas. Erst mit Beginn der kommunistischen Herrschaft kam es zu einschneidenden Veränderungen, allerdings nicht zu Gunsten einer sinnvollen Entwicklung der Landwirtschaft. Für die Partei hatte der Aufbau industrieller Zentren Priorität, so dass schon aus diesem Grund die Haushaltsmittel für eine Modernisierung der Dörfer fehlten. Zudem scheiterte ihre Agrarpolitik umfassender Kollektivierung der Landwirtschaft am Widerstand der Bauern.

Erfolgreich war dagegen die politische Führung mit ihrem Versuch, das Reservoir der Dorfjugend für die Verwirklichung ihrer ehrgeizigen industriellen Projekte auszuschöpfen und – entsprechend der Ideologie – aus ihr die Arbeiterklasse zu formen. Wajdas Klassiker „Der Mann aus Marmor“ verdeutlicht dies am Aufbau des Großprojektes der „sozialistischen“ Stadt Nowa Huta vor den Toren des konservativen Krakau. In Scharen zog Nowa Huta wie ein Magnet die Jungbauern an. Aus ihnen wurden Arbeiter, denen sich zugleich die Chance auf Weiterbildung und Karriere bot. Doch erste Konflikte flammten bereits auf, die einen Widerspruch zwischen den bäuerlich-religiösen Werten und dem propagierten „sozialistischen Menschen“ signalisierten – ein Konflikt, der Jahrzehnte später zur Bildung der Gewerkschaft „Solidarność“ führte und am Ende zum Sturz des kommunistischen Systems. Gleichsam symbolhaft für diese Zusammenhänge steht die

¹ Vor allem in der deutschen Reiseliteratur jener Zeit findet sich ganz im Sinne des Stereotyps „Polnische Wirtschaft“ die Beschreibung der elenden Kuhdörfer, so etwa in einem, selbst ins Polnische übersetzten Reisebericht von F. A. F. Greveniz von 1818. Dort heißt es u. a.: Schiefe Hütten, Gärten ohne Zaun und Bäume [...], fehlende Aufklärung, Dreck, Säuferei und das verschiedenste Elend.“ Hier zitiert nach Hubert Orłowski, „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996, S. 322.

Biographie von Lech Wałęsa, dem vom Dorf stammenden legendären Anführer der „Solidarność“ sowie späteren Staatspräsidenten und Nobelpreisträger.

Keine Verbesserung der dörflichen Situation nach 1989

Das europäische Wendejahr 1989 brachte zunächst keine Verbesserung der Situation auf dem Land. Der mit einer Schocktherapie verbundene Transformationsprozess, durch den die kommunistische Planwirtschaft in eine freie Marktwirtschaft überführt wurde, verschlechterte vielmehr die ohnehin prekäre Lage der Bauern. Die Regierungen des nun freien und westlich orientierten Polen konzentrierten sich auf die Entwicklung der Großstädte, ohne sich sonderlich für die Lage auf dem Land zu interessieren. In einem von Politikern der „Bürgerplattform“ (PO) erstellten Zukunftsprogramm „Polen 2030“ vertraten die Autoren die Auffassung, die Entwicklung der Großstädte würde – gleichsam automatisch – auch auf die ländlichen Regionen übergreifen und die dortige wirtschaftliche und soziale Situation früher oder später verbessern. Während manche Bewohner von Warschau, Breslau oder Krakau in den 1990er Jahren ihre Träume von einer Eigentumswohnung und einem Urlaub im westlichen Ausland wahr machen konnten, herrschten in Ermangelung einer überzeugenden Agrarpolitik in den Dörfern Stagnation und Elend. So kam es, dass 2004, im Jahr des EU-Beitritts Polens, immer noch 18% der Polen in der Landwirtschaft arbeiteten, aber lediglich 4% des Bruttosozialprodukts erwirtschafteten. Zum Vergleich: Im EU-Beitrittsland Ungarn verdienten zu diesem Zeitpunkt lediglich 5% ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, und ihr Anteil am Bruttosozialprodukt betrug immerhin 5,1%.

Der EU-Beitritt Polens - Impuls einer rasanten dörflichen Entwicklung

Es ist erstaunlich und beindruckend zugleich, wie schnell sich mit dem EU-Beitritt Polens die Situation auf dem Land positiv veränderte. Die Fördermittel aus Brüssel machten es möglich. In den letzten 14 Jah-

ren erhielt Polen 180 – 190 Milliarden Zł an Direktzahlungen für die Landwirte und Mittel aus dem Strukturfonds zur Verbesserung der dörflichen Infrastruktur und des Naturschutzes. Das Durchschnittseinkommen der Bauern wuchs zwischen 2004 und 2012 jährlich um 7,5%, das der Städter um 6,1%. Damit zeigt das Dorf gegenüber der Stadt einen schnelleren Prozess der Modernisierung. Das durchschnittliche Prokopfeinkommen eines bäuerlichen Betriebes beträgt 75% des städtischen Durchschnittseinkommens. Der Vergleich mit Kleinstädten fällt für die Dörfler mit 86% noch günstiger aus. Zwar verdient man in der Stadt immer noch mehr als auf dem Land, doch die weit geringeren Lebenshaltungskosten in den Dörfern gleichen diesen Mangel aus. Die Folge ist, dass sich Stadt und Land zunehmend angleichen, so dass sich die Soziologen fragen, ob der Unterschied zwischen ihnen wissenschaftlich noch berechtigt ist.

Das Dorf hat jedenfalls gegenüber der Stadt an Attraktivität gewonnen. 85% der Dorfbewohner sind mit ihrer Lebenssituation zufrieden. Eine aus der Not geborene, von der Hoffnung auf ein besseres Leben motivierte Abwanderung in die Städte ist Vergangenheit. Es zeigt sich sogar eine Trendwende. Umfragen zufolge wünschen sich 40% der Stadtbewohner einen dörflichen Wohnsitz, sei es als dauernde Bleibe, sei es als Zweitwohnung. 2016 erfüllten sich 289.000 Stadtbewohner diesen Traum, während lediglich 75.000 Polen vom Dorf in die Stadt wechselten. Angesichts dieser Fakten haben die Stereotypen „Wiocha“ und „Cham“ mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein.

Beeindruckend ist der Bildungsanstieg der Dorfbewohner. Lag ihr Bildungsanteil an der Gesamtbevölkerung vor dem EU-Beitritt bei nur 1,3%, so beträgt er heute über 10%. Und immer mehr ihrer Söhne und Töchter besuchen die Universitäten. Auch das öffentliche Prestige der selbständigen Bauern ist gestiegen und bewegt sich auf der Ebene von Ärzten und Offizieren. Pfarrer und Lehrer sind nicht mehr, wie über Jahrhunderte, die uneingeschränkten Autoritäten des Dorfes. Übertroffen werden sie vom Dorfvorsteher, besonders dann, wenn er in der Lage ist, die Entwicklung

des Dorfes voranzutreiben und Konflikte zu schlichten. Das Amt alleine garantiert nicht mehr Ansehen und Einfluss, entscheidend für die Bewertung ist, ob ein Amtsträger seine Funktion gut oder schlecht ausübt.

Die politische Einstellung der Dorfbewölkerung

Bei derlei beeindruckenden Daten fragt man sich verwundert, warum die Nationalkonservativen in den dörflichen Regionen ihr stärkstes Elektorat besitzen. Man würde eher erwarten, dass die Kaczyński-Partei angesichts ihrer Konflikte mit der EU-Kommission von der bäuerlichen Wählerschaft mit Skepsis und Misstrauen betrachtet wird, ist doch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass als Folge dieser Konflikte die bislang so reichlich fließenden Direktzahlungen und sonstigen Fördermittel schrumpfen oder gänzlich gestoppt werden.

An Erklärungsversuchen mangelt es nicht. So verweist man mit Vorliebe auf den in den ländlichen Regionen verbreiteten Konservatismus, der jene nationalen und christlichen Werte beinhaltet, die von PiS im Einklang mit der Kirche gegen die vom Westen vordringende Säkularisierung verteidigt werden. Auch dürfte die Erinnerung an die Vorgängerregierungen von PiS nachwirken, deren Politiker für die Nöte und Sorgen der Landbevölkerung wenig Verständnis aufbrachten und für die im Unterschied zur städtischen Gesellschaft die Entwicklung der Dörfer keine Priorität besaß.

Aufschlussreich ist zudem, wie sich die Dorfbewohner in der Auseinandersetzung um die von PiS verfolgte Politik des sogenannten „guten Wandels“ verhalten. Während es in den Städten, vor allem in den großen Zentren Warschau und Breslau, immer wieder zu starken Protesten gegen die Justizreform kam, durch die die Unabhängigkeit der Gerichte kaum mehr gewährleistet ist und damit die für eine Demokratie fundamentale Gewaltenteilung zur bloßen Fiktion wird, stießen diese Maßnahmen auf dem Land auf keinen Widerstand; man nahm sie gleichgültig hin oder befürwortete sie sogar. Offenbar ist die Demokratie für die Dorfbewohner kein sonderlicher Wert, für den sich der Gang zur Wahlurne lohnt, geschweige denn für dessen Vertei-

digung man auf die Straße geht. Dies belegt auch ihr Wahlverhalten. Nur an den Selbstverwaltungswahlen, bei denen es um die Wahrung ihrer konkreten Interessen geht, beteiligen sie sich in größerer Zahl. Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist ihre Beteiligung dagegen um vieles geringer. Und die Wahlen zum Europaparlament stoßen bei ihr auf völliges Desinteresse.

Das politische Verhalten der Dörfler ist vor allem vom Pragmatismus bestimmt. Man engagiert sich dort, wo dies einen Nutzen verspricht, und zwar hier und heute und nicht erst in ferner Zukunft. Genau darauf hat PiS ihre Politik abgestimmt, indem die Partei beispielsweise vor den Parlamentswahlen Zuwendungen ab dem zweiten Kind in Höhe von 500 Zł. versprach und dieses Versprechen nach der Wahl wahrgemacht hat, von dem vor allem die immer noch relativ kinderreichen Familien auf dem Land besonders profitieren. Und auch sonst reagiert die Regierung auf die Sorgen und Nöte der Bauern, stärkt ihre Marktsituation durch Bildung einer nationalen Holding und gibt die Wildschweine zum Abschuss frei, wo und wann immer sich die Bauern über die angerichteten Flurschäden beschweren.

Abwendung von der Europäischen Union?

Dem auf das Hier und Heute begrenzten Pragmatismus der polnischen Bauern mangelt es an Voraussicht. Man ist daran gewöhnt, dass die Fördermittel der EU wie eh und je fließen, statt sich darauf einzustellen, dass dies nicht endlos so weitergeht. Dabei könnte sich dieses Ende schon sehr bald ankündigen. Bereits aufgrund des Brexit sind Kürzungen im kommenden EU-Haushalt unumgänglich. Hinzu kommt, dass die Kritik an der Agrarpolitik der EU zunimmt. Das bisherige System der Direktzahlungen nach dem Gießkannenprinzip, wonach jeder Landwirt pro Hektar 300 - 400 € Zuzahlungen erhält, steht auf dem Prüfstand. Die Stimmen mehren sich, dass die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoller verteilt werden sollen - primär an die konkurrenzfähigen mittleren landwirtschaftlichen Betriebe und nicht – vor allem

aus ökologischen Gründen – an die übergroßen Schweinemast- und Milchproduktionsbetriebe und auch nicht an Besitzer von Kleinstbetrieben. Davon gibt es in Polen immer noch 1,4 Millionen Höfe, von denen die meisten nicht in der Lage sind, ohne Zusatzzahlungen zu überleben. Sie vor allem wären bei einer Umstrukturierung der Brüsseler Direktzahlungen betroffen.

Auch die permanenten Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit könnten Polen teuer zu stehen kommen und sich zusätzlich auf die Landwirtschaft auswirken. Sollte die EU deswegen gegen Polen Sanktionen verhängen, würden dem Land empfindliche Strafen oder zusätzliche Mittelkürzungen aus dem EU-Haushalt drohen.

Die Frage ist, wie die polnische Dorfbevölkerung auf ein solches Szenarium reagieren wird. Es wäre naheliegend, die Kaczyński-Partei und ihre Regierung wegen ihrer Anti-EU-Politik für diese Entwicklung verantwortlich zu machen und sich von ihr abzuwenden. Doch dazu wird es nicht kommen. Man wird vielmehr im Verein mit PiS Brüssel die alleinige Schuld geben, deutet doch alles darauf hin, dass Kaczyńskis gegenüber der Europäischen Union feindliche Politik von der Landbevölkerung geteilt wird. So waren beispielsweise im Vorfeld der Selbstverwaltungswahlen bei Bauernveranstaltungen Plakate mit der Losung zu sehen „Unfrei in der EU“.

Was hält Polen angesichts dieses Befundes noch in der Europäischen Union? Es sind für PiS wie für die bäuerliche Gesellschaft allem Anschein nach einzig und allein die bislang reichlich fließenden EU-Fördermittel. Der Schluss liegt daher nahe, dass mit dem Tag, an dem man sich darüber klar wird, dass diese Quelle zum Versiegen kommt, der Anfang vom Ende der EU-Mitgliedschaft Polens gekommen ist.

Quelle: Marek Rabij, Polska nowa wieś (Das neue polnische Dorf), Tygodnik Powszechny v. 12. 08. 2018, S. 10 – 14; Prof. Jerzy Wilkin, Maść na Brukselę (Salbe für Brüssel), ebd., S. 14 – 17.

Theo Mechtenberg

Anmerkungen zu Klerikalismus und Antiklerikalismus in Polen

Seit einiger Zeit ist in Polen ein rasant zunehmender Antiklerikalismus zu beobachten. So wurden in den letzten zwei Jahren über 800 Profanierungen religiöser Symbole und katholischer Kultstätten registriert. Jeder zehnte Priester erfuhr Akte der Aggression, zumeist verbaler Art. Und es gab öffentliche Proteste, an denen sich Tausende beteiligten – den Marsch der schwarz gekleideten Frauen, die auf die Straße gingen, um ihre Stimme gegen die von der Kirche gewünschte Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung zu erheben. Über Nacht hatten Unbekannte die Mauern der Warschauer Kurie mit folgenden Sprüchen versehen: „Das ist mein Blut, das ist mein Leib – hütet euch“; „Genug der Hölle für die Frauen!“ Unter dem Eindruck der weltweit bekannt gewordenen klerikalen Missbrauchsfälle demonstrierten am 7. Oktober überzeugte Kirchengegner Seite an Seite mit kritischen Katholiken unter dem Slogan „Hände weg von den Kindern“. Sie forderten ein Ende der Vertuschung und die Bestrafung schuldig gewordener Priester. Vor den Kirchen wurden die Namen derer verlesen, die wegen ihrer sexuellen Vergehen von den Gerichten zu Haftstrafen verurteilt worden waren, und es wurde eine Karte der „Pädophilie in der polnischen Kirche“ entfaltet, die jene Orte markiert, an denen derlei Verbrechen begangen wurden.

Antiklerikalismus – ein weit in die Vergangenheit zurückreichendes Faktum

Antiklerikalismus hat in Polen eine lange Tradition. Es gab ihn bereits in der christianitas des Mittelalters. Damals unterstanden die Priester allein der Gerichtsbarkeit der Bischöfe und Ordensoberen, und waren sie schuldig geworden, fiel die kanonische Strafe in der Regel unangemessen milde

aus, was in der Bevölkerung Anstoß erregte. So kam es zu Konflikten wie 1456 in Krakau. Dort wurden zwei von der weltlichen Gerichtsbarkeit schuldig gesprochene Priester öffentlich enthauptet. Obgleich der Rat der Stadt für diese Eigenmächtigkeit beim Apostolischen Stuhl um Dispens nachsuchte, sah sich der Bischof seiner Rechte beraubt, verhängte über die Stadt das Interdikt und exkommunizierte die Ratsherren.

Vergleichbare Konflikte gab es in der polnischen Geschichte immer wieder. Dazu ein paar Beispiele: In der Zwischenkriegszeit des wiedererstandenen Polens boykottierten etliche Bischöfe, die sich eine katholische Partei wünschten, die Bauernpartei. Ihr Gründer, der Bauernführer Wicenty Witos, und ihm nahestehende Geistliche wurden damals von der Hierarchie als „antiklerikal“ abgestempelt.

Im kommunistischen Polen gehörte der Antiklerikalismus zum damaligen Parteiprogramm. Tadeusz Żychiewicz, Redakteur des „Tygodnik Powszechny“, bezeichnete ihn als „inquisitorisch“, weil die Partei, zumal in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, im Kampf gegen die Kirche die Bürger unter ideologischen Druck setzte, um sie von jeder Art religiöser Praxis abzubringen. Vergeblich, wie man weiß. Polens Kirche wahrte gegenüber dem kommunistischen System innere Geschlossenheit, wodurch eine innerkirchliche Kritik an klerikalen Phänomenen und Strukturen, wie sie unter dem Einfluss des Zweiten Vatikanischen Konzils in westlichen Kirchen zu beobachten war, als inopportun galt und kaum zum Ausdruck gebracht wurde.

Auch nach dem Ende des Kommunismus findet sich in den ersten Jahren des demokratischen Neuaufbaus Polens die Auseinandersetzung um Klerikalismus und Antiklerikalismus. Als Polens Kirche im Bewusstsein, den Sieg über den Kommunismus davon getragen zu haben, den christlichen Werten und ihren Moralvorstellungen, zumal in der Abtreibungsfrage, Gesetzeskraft verleihen wollte, als der Episkopat versuchte, am Parlament vorbei den schulischen Religionsunterricht als Pflichtfach einzuführen, als von den Kanzeln herab den Gläubigen gesagt wurde, welche Parteien sie wählen und welche sie nicht wählen

sollen, stieß dies in der Gesellschaft, aber auch in Teilen der Kirche, auf Widerstand. Befürchtungen wurden laut, anstelle der „roten“ könne eine „schwarze Diktatur“ treten.

Klerikalismus bedingt Antiklerikalismus

Unter Antiklerikalismus versteht man die Forderung nach einem vom kirchlichen Einfluss unabhängigen Gesellschaftsleben. Dabei beschränkt sich das Verständnis von Antiklerikalismus nicht allein auf außerkirchliche Kräfte. Es gibt auch einen innerkirchlichen Antiklerikalismus im Sinne der Kritik an bestimmten theologischen Positionen und kirchlichen Strukturen, insbesondere an einer politischen Einflussnahme der Kirche. Er wird sogar von Papst Franziskus vertreten, wie er dies in seinem „Brief an das Volk Gottes“ zum Ausdruck brachte. Der außerkirchliche Antiklerikalismus ist für gewöhnlich Teil einer Ideologie gesellschaftspolitischer Bewegungen in ihrem Kampf gegen von der Kirche sanktionierte Systeme und Staatsmächte. Entsprechend lässt sich der Klerikalismus als Anspruch einer klerikalen Dominanz des Klerus nicht nur in Glaubensfragen, sondern auch bezüglich weltlicher Angelegenheiten verstehen. In diesem Sinn bilden Klerikalismus und Antiklerikalismus zwei Seiten einer Medaille. Je mehr Klerikalismus, umso mehr Antiklerikalismus.

Doch so klar eine begriffliche Unterscheidung auch erscheint, so unklar ist im konkreten Fall, was Klerikalismus, was Antiklerikalismus ist. Interpretiert man den Antiklerikalismus als Forderung nach einer radikalen Trennung von Kirche und Staat, um auf diese Weise jede säkulare Einmischung des Klerus a priori auszuschließen, dann wäre bereits die Ausübung des moralischen Wächteramtes der Kirche Klerikalismus. Dies verdeutlicht der emeritierte Bischof Tadeusz Pieronek in einem Interview.¹ Unter Berufung auf Augustinus verweist er darauf, dass bei einer radikalen Trennung von Kirche und Staat der Konflikt unumgänglich sei. Schließlich sei es

Aufgabe der Bischöfe, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern wie „Hunde zu bellen“, wo moralische Grundprinzipien in einer Gesellschaft verletzt würden und im Namen des Rechts Unrechts geschehe. Doch weil es im konkreten Fall nicht immer klar sei, ob eine bischöfliche Einmischung ihre Berechtigung hat oder nicht, sei es immer wieder irritierend, wenn Bischöfe und Priester in außerkirchlichen Fragen ihre Stimme erheben. Der darauf reagierende Antiklerikalismus sei daher in gewisser Weise uneindeutig: Entspreche er der gesellschaftlichen Mehrheit, dann verschärfe er sich, und er löse sich in Nichts auf, wenn eine kirchliche Intervention gesellschaftliche Zustimmung finde. Als beispielweise die polnischen Priester vor den halbfreien Wahlen im Juni 1989 den Wahlkomitees der „Solidarność“ kirchliche Räume zur Verfügung stellten, ihre Kandidaten in den Gemeinden vorstellten und von der Kanzel erklärten, hinter welchem Namen man sein Kreuzchen zu machen habe, wurde dieses klerikale Engagement allgemein positiv aufgenommen. Doch als wenig später Bischöfe und Priester bei den ersten freien Wahlen im demokratischen Polen ein ähnliches Verhalten an den Tag legten und die Gläubigen dazu aufriefen, nur überzeugten Katholiken ihre Stimme zu geben, regte sich in der Gesellschaft Widerstand, und es wurden Vorwürfe des Klerikalismus laut.

Der polnische Antiklerikalismus ist nicht unbedingt mit einer Abwendung von der Kirche verbunden. So gibt es einen selbst von Papst Franziskus vertretenen Antiklerikalismus, der von der Sorge um die Kirche bestimmt ist, der kritisch die pathologischen Erscheinungen beim Namen nennt und auf Abhilfe bedacht ist. Eine weitere Form von Antiklerikalismus ist unter polnischen Katholiken verbreitet, die ihre Kirchenkritik mit der Pflege religiöser Riten wie Taufe, Erstkommunion, Firmung und Beerdigung verbinden, in denen sie lediglich Elemente polnischer Kultur sehen und nicht das Bekenntnis ihres Glaubens.

Demgegenüber dürfte es sich bei jenen Antiklerikalen, die bei jeder Gelegenheit ihrer Wut auf die Kirche freien Lauf lassen, um eine Minderheit handeln. Gleiches gilt für den unter atheistischen Philosophen und

¹ Adam Boniecki, Antyklerykalizny są różne (Antiklerikalismen sind verschieden) Tygodnik Powszechny v. 24. 10, 2018,

Soziologen anzutreffenden ideologischen Antiklerikalismus, der von der Überzeugung bestimmt ist, bei der Religion handele es sich im Sinne Feuerbachs um eine Illusion und Projektion. Diese Antiklerikalen sehen in den gegenwärtig in der Weltkirche und nicht allein in Polen zu Tage getretenen klerikalen Missbrauchsfällen eine Bestätigung ihrer Meinung, wonach diese und andere menschliche Gefährdungen unabdingbar und unlöslich mit jeder Art von Religion verbunden seien.

Typologie des polnischen Klerikalismus

Die weltweit bekannt gewordenen zahllosen Fälle klerikalen Kindermissbrauchs, deren Quelle, wie Papst Franziskus in seinem Schreiben an das Volk Gottes erläutert, der Klerikalismus sei, sowie der Film „Kler“ des Regisseurs Wojciech Smarzowski haben in Polens Kirche eine breite Diskussion um Probleme des Klerikalismus ausgelöst

Aufgrund der großen Zahl an Priestern ist das Erscheinungsbild der polnischen Kirche bereits stark klerikal geprägt. Sie sind in ihren Soutanen und Mönchskutten aus dem Straßenbild der Städte nicht wegzudenken. Wie stark der Klerikalismus in der polnischen Kultur verwurzelt ist, zeigt bereits das einen Priester bezeichnende Wort „ksiądz“, das wie ein Dokortitel seinem Namen voransteht und mit dem er von den Laien angesprochen wird. Schon diese Selbstbezeichnung und Anredeform enthält den Keim eines Klerikalismus. Denn „ksiądz“ besitzt den gleichen Wortstamm, aus dem sich der Begriff „Fürst“ herleitet. Damit ist ein polnischer Priester schon durch seine Bezeichnung eine herausgehobene Persönlichkeit, der die übrigen Menschen untergeordnet sind, über die er die Führung beansprucht und dem mit besonderem Respekt zu begegnen ist.

Mir ist aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, die ich in Polen verlebte, eine Szene in Erinnerung, die diese klerikale Grundeinstellung eines polnischen Priesters verdeutlicht: Ein junger Priester steigt in eine überfüllte Straßenbahn ein. Bei seinem Anblick erhebt sich ein altes Mütterchen und bietet ihm ihren Platz an. Und mit großer Selbstverständlichkeit nimmt er

das Angebot an. Das Beispiel veranschaulicht den polnischen Klerikalismus als eine uneingeschränkte Wertschätzung des Priesters aus dem einzigen Grund, dass er Priester ist. Das Verhalten des alten Mütterchens zeigt zudem, dass der Klerikalismus der Priester mit dem der Laien korrespondiert, die im Geiste dieses Klerikalismus erzogen wurden und ihn verinnerlicht haben. Vor etlichen Jahren war es mancherorts noch üblich, nicht nur dem Bischof, sondern auch dem einfachen Priester die Hand zu küssen, und es gibt immer noch den einen oder anderen Geistlichen, der nostalgisch dieser Geste nachtrauert. Die devote Haltung muss nicht immer in solch krasser Weise ihren Ausdruck finden, ist aber in vielfältigen Formen für das Verhältnis der Gläubigen zu den Priestern typisch. Die Kommunikation zwischen ihnen ist oft gestört, weil die Priester es gewohnt sind, immer und zu allem gehört zu werden, kaum aber fähig sind, den Laien zuzuhören, die denn auch, aufs Ganze gesehen, in der polnischen Kirche so gut wie nichts zu sagen haben.

Aus dem gleichsam „fürstlichen“ Grundverständnis des polnischen Klerus resultiert sein Paternalismus. Ein polnischer Priester gefällt sich in der Vaterrolle. Im Beichtstuhl duzt er ganz selbstverständlich den Pönitenten, erweist sich als Herr über dessen Gewissen. Manche Predigten, zumal in der Provinz, sind voller Zurechtweisung. Die Gläubigen werden darüber belehrt, welche Zeitungen sie lesen, welche Partei sie wählen sollen und welche nicht. Der Gläubige fühlt sich wie ein Kind behandelt, für den der „Vater“ denkt und darüber entscheidet, was zu tun und was zu lassen ist. Auf diese Weise entspricht dem Paternalismus des Klerus ein Infantilismus der Laien, an den manche Katholiken gewöhnt sind, gegen den andere rebellieren. Die Stimmen derer mehren sich, die darauf bestehen, als Erwachsene behandelt zu werden, und die vom Priester eine allein am Evangelium orientierte Verkündigung erwarten und keine christliche Bemäntelung einer politischen Agitation.

Der polnische Klerikalismus ist zudem tief im Bewusstsein nationaler Identität verwurzelt. Die Kirche propagiert denn auch eine mit der Taufe Mieszkos I. im Jahr 966

begründete Einheit von Glaube und Nation. Die hat sich ohne Frage als Kraft erwiesen, die über ein Jahrhundert währende Phase der Aufteilung des Landes unter fremder Herrschaft, die Tragödie des Zweiten Weltkriegs sowie die Jahrzehnte des Kommunismus zu überstehen. Aber sie verschafft dem Klerus eine nationale Sonderrolle, die es ihm ermöglicht, zu eigenem Nutzen seinen Einfluss auch im weltlichen Bereich geltend zu machen und somit die verführerische Gefahr der Korruption in sich birgt.

Der Film „Kler“ als kritische Aufdeckung des polnischen Klerikalismus

Seit seiner Premiere am 28. September 2018 haben Millionen von Polen den Film „Kler“ (Klerus) gesehen. Er bestimmte über Wochen die öffentliche Diskussion. Der Film ist voller Szenen, welche die Pathologie des Klerikalismus aufdecken. Die Protagonisten sind ein Erzbischof und drei ihm unterstellte Priester. Einer von ihnen verursacht unter Alkoholeinfluss einen Verkehrsunfall, bei dem ein Familienvater so schwer verletzt wird, dass er wenig später stirbt. Doch es kommt nicht zu einer Protokollaufnahme. Ein Telefonanruf des jungen Geistlichen genügt, und die beiden Polizeibeamten verlassen unverrichteter Dinge den Tatort. Dem Erzbischof gelingt es, durch seine Beziehungen zu verhindern, dass ein kirchlicher Skandal an die Öffentlichkeit gelangt, was die Kurie denn auch in überschwänglicher Freude als Erfolg feiert. Für eine kirchliche Großveranstaltung soll ein Platz vorbereitet werden. Doch bei den Bauarbeiten werden die Gebeine gefallener Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Anstatt das Vorhaben zu stoppen und die Funde zu melden, erreicht der Erzbischof mit reichlich Schmiergeld die Einbetonierung der Leichen und die Fertigstellung des Platzes, auf dem denn auch eine machtvolle kirchliche Selbstinszenierung stattfindet. Die beiden anderen Priester haben sich des sexuellen Kindermisbrauchs schuldig gemacht, wurden aber selbst in ihrer Kindheit Opfer sexueller Gewalt. Der eine erlebte in einer von Ordensschwestern geleiteten Einrichtung Demütigung, brutale, von einer Schwester angeordnete Züchtigung und

Vergewaltigung durch ältere Heiminsassen. Aus ihm, einem sensiblen Jungen, wurde ein kalter, auf den eigenen Vorteil bedachter Priester. Um sein Karriereziel zu erreichen und als Mitglied einer vatikanischen Kommission nach Rom entsandt zu werden, sammelt er auf hinterhältige Weise Material, das den Erzbischof belastet, und erpresste sich so seine Freistellung für Rom. Auch der andere Priester wurde als Kind sexuell missbraucht, und zwar von einem Pfarrer. Beide sind somit als Täter zugleich Opfer, deren Lebensschicksal der Kinobesucher mit einer gewissen Empathie verfolgt, die aber nicht auf Kosten der Opfer geht, weil der Film einige aneinander gereihte Selbstzeugnisse traumatisierter Missbrauchsoffer und deren schreckliche Leiden vor Augen führt, was im Übrigen dazu beitrug, dass durch „Kler“ eine breite Debatte zum Umgang der Kirche mit den Opfern ausgelöst wurde.

Unter dem Eindruck dieses Films stellt sich die Frage, auf welche Weise der Klerikalismus diese Doppelung von Täter und Opfer bedingt. Man fragt sich, warum offenbar in der Seminarzeit der in der Kindheit erfahrene sexuelle Missbrauch nicht entdeckt und entsprechend aufgearbeitet wurde. Ohne die erforderliche Therapie zu Priestern geweiht, verbleiben beide in den klerikalen Strukturen verstrickt und erfahren keine Befreiung. Als Ausweg wählt der eine die Karriere, der andere die Selbstverbrennung. Während der machtvollen kirchlichen Selbstinszenierung übergießt er sich mit Benzin und zündet sich an. In Kreuzesform am Boden liegend verglüht er, umgeben von einem großen Kreis untätiger Laien. Es ist das letzte Bild des Films.

„Kler“ erweist den Klerikalismus als die eigentliche Quelle aller im Film thematisierten negativen Geschehnisse – ein klerikales, sich selbst genügendes Kastenbewusstsein, das echte menschliche Beziehungen beinahe unmöglich macht, mit der Konsequenz pathologischer Erscheinungen wie Alkoholismus, Zölibatsprobleme, Kindes- und Machtmissbrauch.

Einige Bischöfe und Priester, die den Film gesehen haben, äußerten sich keineswegs ablehnend, sondern wurden im Gegenteil durch ihn angeregt, sich mit dem Klerikalismus auseinanderzusetzen. So der Ooppel-

ner Bischof Andrzej Czaja, der unter dem Eindruck des Films die klerikalen Missbrauchsfälle in seiner Diözese in einem von den Kanzeln verlesenen Hirtenbrief offen darlegte. Anders Vertreter der regierenden Kaczyński-Partei, die in diesem Film eine Schande für Kirche und Nation sehen, ihn boykottieren und dort, wo es ihnen möglich ist, seine Ausstrahlung verhindern. Dies zeigt, dass diese Kreise am Fortbestand des Klerikalismus zu beiderseitigem Nutzen Interesse haben, wie es denn auch im Film nicht an entsprechenden Anspielungen mangelt.

Überlegungen zur Überwindung des polnischen Klerikalismus

Es fehlt nicht an Überlegungen, wie der polnische Klerikalismus überwunden werden kann. Den Ausgangspunkt bildet die Analyse des für eine Kaste typischen innerklerikalen Beziehungsgeflechts, das den Priestern ein elitäres Bewusstsein verleiht und sie von der Welt der Laien künstlich trennt. Zu ihnen gibt es keine Beziehung gleich zu gleich. Das Wissen, einer Kaste anzugehören, die sich gegen die Außenwelt abschirmt und ein Eigenleben führt, ist wohl auch der Hauptgrund dafür, dass über eine lange Zeit die klerikalen Missbrauchsfälle vertuscht wurden und die betroffenen Priester gemäß des einer Kaste eigenen Chorgeistes in der Regel mehr Verständnis und Solidarität erfahren haben als ihre Opfer.

Eine weitere Konsequenz des klerikalen Kastenwesens ist eine tiefe Spaltung der Kirche in geweihte Amtsträger und ungeweihte Laien, wobei die ursprüngliche Wortbedeutung von „Laie“ als Angehöriger des „Volkes Gottes“ verloren ging und der Begriff einen Mangel gegenüber dem geweihten und eingeweihten Priester beinhaltet, wodurch die Kluft zwischen ihnen gleichsam festgeschrieben wird. Die beklagt auch Papst Franziskus in seinem „Brief an das Volk Gottes“, in dem es heißt: „Der Klerikalismus, den sowohl die Priester selbst als auch die Laien begünstigen, verursacht einen Riss des Leibes der Kirche, der die Verübung vieler schlechter Dinge, die wir jetzt verdammten, fördert und zu ihnen beiträgt.“

Unter einem psychologischen Aspekt analysiert der Jesuit und Psychotherapeut Jacek Prusak den vom Kastenwesen geprägten polnischen Klerikalismus. Er blockiert die für das Priesteramt erforderliche menschliche Reifung: „Klerikalismus ist die Ersatzfunktion einer auf persönlicher Unreife basierenden Identität.“ Die Reduzierung auf das bloße Priestersein gehe auf Kosten menschlicher und christlicher Reifung. „Wir haben es mit einer Verkürzung zu tun. ‚Ich wurde geboren, um Priester zu sein, also bin ich etwas Außergewöhnliches‘. Wir haben es somit mit einer gewissen psychologischen Abhängigkeit zu tun: Je weniger gereift ein Bischof oder Priester ist, umso klerikaler ist er als Geistlicher und umso weniger authentisch als Mensch. Um in den eigenen Augen etwas zu gelten, muss er sich unterscheiden. Damit ihm diese Unterscheidung Befriedigung verschafft, bedarf es der Privilegien. Klerikalismus ist die Kompensation von Komplexen und Defiziten in Form von Attributen der Institution und der Macht.“²

Auch theologisch kommt einiges in Bewegung. So sprach sich der Posener Erzbischof Stanisław Gądecki am Gründonnerstag, also lange vor „Kler“, in der Chrisammesse vor den Priestern seines Bistums gegen eine verbreitete Überidentifikation des Priesters als „alter Christus“ aus. Wörtlich sagte er: „Christus währt ewig. Er besitzt ein unvergängliches Priestertum. [...] Das erleichtert das Verständnis, dass keiner Erbe Christi ist noch sein kann, und er ist auch nicht sein Vertreter. Christus ist der einzige Priester des Neuen Bundes. Der geweihte Priester ist somit kein Mittler zwischen Gott und der Gemeinschaft, sondern lediglich ein Diener Christi. Christus ist der einzige Mittler. Die Vollmacht, die das Sakrament einem Bischof und einem Priester verleiht, damit er lehrt, weihet und das Volk Gottes in persona Christi capitis leitet, hat einzig und allein die Verkündigung der durch Christus bewirkten Erlösung sowie die Bildung der Gemeinschaft zum Ziel. Darin besteht die wahre Größe und zugleich die wahre Verantwortung eines Priesters.“³

² Ann Goc, Marcin Żyła, *We władzy deficytów* (Unter der Macht der Defizitären), ebd. v. 23.09.2018, S. 13

³ Waclaw Oszejca, *A nam się pomyliło* (Wir haben uns geirrt), ebd. v. 28.10.2018.

Gefordert wird ein Wandel in der Seminarerziehung

Wenn, wie dies in Polen diskutiert wird, die Ursache des Klerikalismus in einer gegenüber der Außenwelt abgeschotteten Kaste liegt, wodurch die Beziehungen innerhalb der eigenen Gruppe verbleiben und von Privilegien, Pflichten und Macht bestimmt werden, die für persönliche Vertrauensverhältnisse wenig Raum lassen und so die Einsamkeit fördern, dann muss dieses Beziehungssystem reformiert werden. Anzusetzen sei bei der Seminarausbildung: „Es geht nicht darum, das jetzige Modell abzuwandeln, sondern es radikal zu verändern, das was im Seminar geschieht, mit einer von außen kommenden Formierung, mit Gemeinschaft zu verbinden. Es handelt sich um den gesamten Lebensbereich des künftigen Priesters, um seine direkten Beziehungen zu den Laien: nicht nur als geistlicher Führer, sondern als Dialogpartner, d. h. als einer, welcher der Gemeinschaft auch zu führen erlaubt.“⁴

Wenn auf diese Weise die jungen Kleriker nicht mehr auf ihre Andersartigkeit gegenüber den Laien ausgerichtet, sondern zu einer Beziehung von gleich zu gleich befähigt werden, dann – so die Erwartung – werden die Priester für Laien, ob Männer oder Frauen, gemeinschaftstauglich und ihre Beziehungen zu ihnen von Offenheit und wechselseitigem Gewinn bestimmt. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, dass Laien gegenüber Priestern auch Kritik äußern können, und diese wären bereit, sie anzunehmen.

Damit wäre zudem der Weg frei, dass Laien im Leben der polnischen Kirche eine wichtige Rolle spielen. Dazu wäre es allerdings erforderlich, sich von der verbreiteten Auffassung zu verabschieden, im kirchlichen Dienst bedürfe es der Laien nicht, weil man ja, gott dank, noch über reichlich Priester verfüge. Es geht darum, dass Laien ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und ihre Lebenserfahrung in den Dienst der Kirche stellen können und es ihnen nicht so ergeht, wie jenem Lubliner Psychologieprofessor, der dem Pfarrer seine Mitarbeit anbot und zu hören bekam: „Sie sind hoch gewachsen, vielleicht können Sie Glöckner werden,

denn unser Küster kommt damit nicht zu recht.“⁵

Horst Hohmann

Kenia: Die Hyazinthenfrauen von Dunga

Hunderte von kleinen Inseln hat der steife Morgenwind in die Bucht von Kisumu getrieben. Es ist 8.30 Uhr. In rhythmischen Abständen klatschen Ruderschläge auf das leicht gekräuselte Wasser.

Vier Frauen aus dem Fischerdorf Dunga sind zwischen den driftenden Pflanzenteppichen zur Frühschicht unterwegs. Sie umkurven mit ihrem hellblau gestrichenen Holzboot das wuchernde Geflecht aus Papyrusstauden und Hippogras und schauen, wo üppige Kolonien von Wasserhyazinthen im Schlepptau der Schwimmpflanzen hängen.

„Halt, hier schieben wir uns rein!“ ruft Helena Atieno (45) und zeigt auf einen dunkelgrünen Blattverbund neben dem Boot. Mit eingespielten Handgriffen gehen die Frauen zu Werke. Helena neigt sich aus dem Boot und reißt die dicht an dicht stehenden Wasserhyazinthen aus ihrer Verwurzelung. Schweißperlen rinnen nach den ersten kräftigen Bewegungen über ihr Gesicht.

Die Schnitterinnen nehmen ihre Messer zur Hand und heben die büschelartig zusammenhängenden Pflanzen bis zur Boots-kante, trennen die Blätter vom Stil und entfernen mit einem hörbaren „Ratsch“ die silbrig glänzenden Wurzeln. Kein Zögern, kein ängstlicher Schrei, wenn dabei immer mal wieder eine Seeschlange ins Wasser zurückgleitet. „Die sind nicht gefährlich“, erklärt Helena. „Bei Berührung kriegst du

⁴ Ebd., S. 15.

⁵ Halina Bortnowska, Kwalifikacje nabyte (Erworbene Qualifikationen), ebd., S.16.

schlimmstenfalls einen Hautausschlag. Mehr nicht!“

Zwei Stunden sind inzwischen vergangen, und die Sonne steht fast senkrecht am Himmel. Die Hitze ist unerträglich geworden.

Ein stummer Fingerzeig zum Ufer. Ein zufriedener Blick auf die gute Ernte. „Fahren wir zurück ins Dorf“, befiehlt die Teamchefin. „Für heute haben wir genug Hyazinthen geschnitten!“

Hier draußen auf dem See, versichern uns die Frauen, gäbe es Hyazinthen in Hülle und Fülle und man könne die potentiellen Ernteplätze aus unterschiedlichen Richtungen erreichen. „Vorzugsweise natürlich per Boot“, sagt Helena Atieno und ergänzt: „Doch ein Boot zu mieten für umgerechnet 2 bis 3 Euro pro Fahrt, das können wir uns nicht immer leisten. Schließlich soll bei unserem Gemeinschaftsprojekt unterm Strich für jedes Mitglied noch was übrig bleiben.“

Häufig, so Helenas jüngere Kollegin Anna Malesi (21), müsse man deshalb im seichten Uferwasser sein Glück versuchen und die Pflanzen dort einsammeln. „Nur ist am Seerand die Gefahr besonders groß, sich eine tückische Bilharziose einzuhandeln.“

Dass die Wasserhyazinthen sowohl in Kenia als auch im benachbarten Uganda lange als die „grüne Pest“ verschrien waren, Fischgründe erstickten, Hafeneinfahrten blockierten und Brutstätten für Krankheitserreger waren, wissen die Frauen aus Dunga sehr wohl. „Unsere eigenen Familien und die Familien unserer Angehörigen haben das unmittelbar zu spüren bekommen“, betont Teamchefin Helena. „Bitter, wenn du Stunden draußen auf dem See verbringst und dann mit leeren Netzen zurückkommst!“ Je nach Windstärke und Windrichtung werde das Unkraut manchmal bis in die Häfen hinein zu einem Hindernis. Insgesamt jedoch, so die Mutter von fünf Kindern, habe sich der Fischereibetrieb in letzter Zeit weitgehend normalisiert. Die Einbußen seien fraglos sehr groß gewesen, bekennt die 45-jährige. Doch mit ihrer genossenschaftlich organisierten Arbeit hätten die Frauen von Dunga und anderer Fischerdörfer Schäden ausgleichen können, als sie die „guten Seiten“ der Wasserhyazinthen entdeckten.

Auf dem Hinterhof einer kleinen Häusergruppe mitten in Dunga versammeln sich in den frühen Nachmittagsstunden alle 24 ortsansässigen Mitglieder der Hyazinthen-genossenschaft. Einige der Frauen schneiden die am Morgen eingefahrenen Hyazinthenstängel der Länge nach auf und legen sie zum Trocknen in die Sonne. Andere sitzen in Zweierteams zusammen und drehen die in den zurückliegenden Tagen getrockneten Hyazinthenfasern zu Schnüren unterschiedlicher Stärke – Hauptwerkstoff für Korb- und Möbelprodukte.

Zwischen 1500 und 2100 Kenia-Schillinge, d.h. umgerechnet zwischen 13 und 17 Euro, können am Monatsende vom Verkaufserlös an jede Genossenschaftsfrau ausgezahlt werden. „Das ist nicht nur ein willkommenes Plus in den Haushaltskassen des Dorfes“, sagt die Katholikin Helena Atieno, „sondern auch Ausdruck einer auf Gleichstellung bedachten ökumenischen Toleranz, weil bei uns Musliminnen, Christinnen und Angehörige traditioneller Religionsgemeinschaften einvernehmlich zusammenarbeiten.“ Und sie fügt hinzu: „Wir reden zwar nur selten darüber, dürfen aber trotzdem stolz behaupten, dass der in unseren kirchlichen Basisgemeinschaften gepflegte Teamgeist über die Jahre hinweg auch zu einem wichtigen Merkmal unserer Frauengenossenschaft geworden ist.“

Ursprünglich, so die Regionalchefin der kenianischen Entwicklungsorganisation KICK, Carolyne Odiambo (26), habe man beim Wasserhyazinthen-Projekt vor allem an neue Jobs bzw. Nebeneinkünfte für die Fischerfrauen am Viktoriasee gedacht. „Unsere Erwartungen wurden aber weit übertroffen. Niemand von uns hatte damit gerechnet, dass die Frauen ausgerechnet einer Schmarotzerpflanze ihr neues Selbstbewusstsein und ihre neue Solidarität zu verdanken haben würden.“

Die Chef von KICK, die im Großraum Kisumu neue Beschäftigungsprogramme anregt, bestätigt, dass die Hyazinthen-Produkte zu Rennern auf dem Markt geworden sind. Je nach Auftragslage arbeiteten inzwischen durchschnittlich knapp 300 Frauen in der Herstellung von Körben und Korbmöbeln sowie von Wasserhyazinthen-Papier. Dabei habe man überhaupt noch nicht die ganzen anderen Nutzungsmög

lichkeiten der Schwimmpflanze ausgekundschaftet: ihre Verwendung in der homöopathischen Heilkunde zum Beispiel und bei der Tierfütterung, ihre Verarbeitung zu Brennmaterial oder auch ihre Kompostierung für die spätere Verwendung in Pilzkulturen.

Vorerst, so Carolyne Odiambo, habe jedoch für KICK die Vermarktung der modischen Flechtmöbel und der Papierprodukte Priorität. Zu dem mittlerweile sehr umfangreichen Sortiment gehörten u.a. Lampenschirme aus Hyazinthenfasern, CD-Ablagen, Bücherregale, Gartenstühle, Armsessel, Drei- und Zweisitzer-Sofas sowie Kommoden mit ausziehbaren Schubladen.

Gleich um die Ecke, nur ein paar Hundert Meter von der KICK-Zentrale entfernt, zeigen Melika Achieng (23) und Rachel Wanjiko (27) den Zeitungsleuten aus Deutschland ihre fantasievollen Papierprodukte, die sie mit ihrem siebenköpfigen Team herstellen: grobfasrige „garantiert naturreine“ Weihnachts- und Osterkarten, handliche Eierschachteln und Schmucketuis, Briefumschläge sowie die aus Hyazinthen-Pappmaché gefertigten Kerzenständer, Fotorahmen und Tierfiguren.

Endlich, so Rachel und Melika scherzend an ihrer Werkbank, könnten sie einigermaßen beruhigt ans Heiraten denken. Denn ohne ein finanzielles Polster dürfe beim Volk der Luo im Westen Kenias keine Frau den Hafen der Ehe ansteuern.

Hans Burgman, niederländischer Mill-Hill-Missionar, der seit Jahrzehnten an den sozialen Brennpunkten Kisumus arbeitet und mit vielen Fischerfamilien in Dunga befreundet ist, nennt zwei Gründe, warum er das Hyazinthen-Projekt von Anfang an sympathisch fand: „Erstens, weil die jungen Frauen von Dunga die katholische Soziallehre übers Genossenschaftswesen auf geradezu klassische Weise in die Praxis umgesetzt hätten. Und zweitens, weil es auch in Kenia nur zu begrüßen ist, dass Frauen ihren Männern materiell nicht mehr auf Gedeih und Verderben ausgeliefert sind.“

Paul Petzel

Reinhold Boschki, Elie Wiesel – ein Leben gegen das Vergessen. Erinnerungen eines Weggefährten,

Patmos Verlag 2018, 158 S.

Im Rückblick auf die eigene Studienzeit bilanzierte Hans Waldenfels 1996 dankenswert offen: „Im Rückblick kommt man daher nicht umhin, der Theologie (ab den 1950er Jahren) aus der Perspektive Auschwitzs die Gleichzeitigkeit eher abzusprechen. Umso mehr kann man daher heute den Eindruck gewinnen, dass die langen Schatten von Auschwitz die Theologie in unserem Land einholen.“¹ In der Tat, in den 1990er Jahren erschienen – zum Erstaunen mancher der theologischen Lehrer und zugleich doch von ihnen begleitet – eine Reihe von theologischen Studien der jüngeren Theologen-Generation, die explizit Auschwitz und das Judentum als christlich-theologische Frage von elementarer Bedeutung thematisierten. Zu diesen zählt auch die Dissertation *Der Schrei* von Reinhold Boschki, in der *Gott und Mensch im Werk von Elie Wiesel* (1994) gründlich analysiert werden. Zwei Jahre nach dem Tod von Elie Wiesel – er starb am 2. Juli 2016 – vergewissert sich Boschki seiner Bedeutung für ihn selbst und zugleich für das Theologietreiben von Christen.

Zu Beginn seines Studiums war auch Boschki Wiesel nicht bekannt. Die 1970er und frühen -80er Jahre hatten allerdings eine neue politisierte Aufmerksamkeit unter den jüngeren Theolog*innen erzeugt, wozu dann auch die Wahrnehmung der Gräueltaten des Nationalsozialismus gehörte. Für Boschki war das biographische Erstlingswerk Wiesels *Die Nacht*², das ihm von

¹ Im Schatten von Auschwitz: Theologie heute, in: Lebendiges Zeugnis 1/ 1996, 5-15, 7.

² Das Buch erschien 1958. Zugrunde liegt ihm ein bis heute nicht veröffentlichtes jiddisches Manuskript, das unter dem Titel „... und die Welt hot ge-
imprimatur, Heft 4, 2018

einem seiner Diskutanten empfohlen worden war, Schock und Infragestellung auch seines persönlichen Wegs. „Ich war beim Lesen wie gefesselt. Nie hatte mich ein Buch tiefer bewegt. Immer wieder musste ich die Buchdeckel schließen, es fiel mir schwer umzublättern. ... ich war erschüttert und mit mir meine ganze Theologie“, bekennt er offen. Diese Lektüre bewirkte den „erste(n) wahrhafte(n) Bruch in meinem Leben.“ (129) Er liest alles von Wiesel Erreichbare und – unterstützt von seinem Lehrer J. B. Metz – gelingt es ihm, den Autor und Zeugen, der Wiesel doch zugleich ist, persönlich zu treffen. Die Entscheidung, schließlich bei ihm in Boston zu studieren, war folgenreich: nicht nur für den eigenen weiteren theologischen Weg: Boschki lehrt heute als Ordinarius für Religionspädagogik in Tübingen, wobei die religiöse Erinnerungspädagogik ein wichtiger Schwerpunkt für ihn ist. Mit dem jüdischen Gelehrten Krochmalnik vom Abraham Geiger Institut Potsdam (Hochschule für die Ausbildung reformierter Rabbiner*innen) plant er die Herausgabe des Wieselschen Gesamtwerks. Boschki konnte auch Brücken bauen und Wiesel mehrfach zu Tagungen und Kooperationen mit deutscher Theologie und Kirche vermitteln.

Im anzuzeigenden Band kreuzt der Verfasser die biographische Linie, anhand der er Stationen des Lebens von Wiesel rekapituliert mit seinen eigenen Beziehungen zu ihm. Im siebenbürgischen, damals rumänischen Sighet wuchs Wiesel in einer frommen Kaufmannsfamilie in einem chassidischen Milieu auf. Als Christ kann man sich – gewiss vorbehaltlich – dieses als gleichsam eine jüdische Version von Pietismus vorstellen. Durchaus orthodox betont dieser die emotionalen Qualitäten der Toraförmigkeit und öffnet sich, soziologisch gesehen, auch für so genannten einfachen, also nicht „fortgeschritten“ rabbinisch geschulten Bevölkerungsschichten, was ihm im osteuropäischen Judentum seit Mitte

schwign- ... „verkürzt und konzentriert 1956 in Argentinien erschienen ist. Es sind Wiesels reflektierte Erinnerungen an das Erlebte und Erlittene zehn Jahre „danach“; sie artikulieren auch tiefe Glaubenszweifel. Als jiddische Schrift war sie an Juden adressiert. Unter dem Einfluss des katholisch-französischen Dichters Francois Mauriac hat Wiesel dieses Buch wiederum stark gekürzt; es erschien als *Die Nacht* (vgl. 41-50).

des 18. Jahrhunderts eine schnelle und große Verbreitung sicherte. Mystische Lehren der ansonsten schwer zugänglichen Kabbala erfahren gleichzeitig darin eine lebenspraktische Popularisierung.

1944 wurde Wiesel mit seiner gesamten Familie und den anderen Menschen seines Ortes als Sechzehnjähriger nach Auschwitz deportiert, ins „Königreich der Nacht“. Seine Mutter und seine jüngste Schwester Zippora sind ermordet worden. Mit seinem Vater musste er den „Todesmarsch“ nach Buchenwald antreten, wo das Miterleben des Sterbens des Vaters tiefe traumatische Spuren in ihm hinterlässt. Befreit, wird er später in Paris Philosophie, Literaturwissenschaft und Psychologie studieren, um zunächst als Journalist zu arbeiten. Sein literarisches Schreiben versteht Wiesel emphatisch als Sich-Anstemmen gegen das Vergessen, ja gegen den Tod. Er schreibe, um „jene Opfer der Vergangenheit zu entreißen. Um den Toten zu helfen, den Tod zu bezwingen.“ (68) „Das hatten wir uns alle geschworen: Falls ich durch ein Wunder lebend hier herauskomme, werde ich mein Leben dem Zeugnis widmen für die, deren Schatten für immer und ewig auf mich fällt.“ (69)

Die biographischen Linien, die Boschki nachzieht, das wird schnell deutlich, sind nie zu lösen von dem, was Wiesel umtrieb, an den Rand der Verzweiflung brachte, dann doch weitermachen und sich menschenrechtlich engagieren ließ. Zugleich sind jeweils die Fragen präsent, die sich für den christlichen Theologen angesichts all dessen stellen.

Boschkis Buch liest sich als Selbstvergewisserung nach dem Tod seines jüdischen Mentors, vielleicht auch als später Nachruf, in jedem Fall aber als Einladung, erste Annäherungen an einen Zeugen der Schoah zu beginnen, der jetzt nur noch über seine Schriften hörbar bleibt.

Denn das ist der Kontext, in dem die Publikation steht: Die Zeit der Zeugen ist bereits weithin abgelaufen. Was das mit unserem Erinnern aus Täterkontexten des menschheitsgeschichtlich bedeutsamen monströsen Verbrechens, eines Verbrechens an Gottes „erster Liebe“ macht, wie Friedrich Heer das Judentum apostrophierte, weiß z.Z. niemand. Die nicht wenigen Videoar-

chive von Zeitzeug*innen können – so relevant sie bleiben – schwerlich als „Ersatz“ gelten. Und das Projekt, einen Zeitzeugen virtuell zu erzeugen und „wirkliche“ Gespräche mit ihm zu simulieren, sollte wohl eher – auch theologische – Kritik provozieren.

Auf die Frage, was denn die direkte persönliche Zeugenschaft von der sekundären, also wie auch immer tradierten, unterscheidet, antwortete die Schwester von Willi Graf, Anneliese Knoop-Graf einmal: „Es wird fehlen, was ich ... die *Berührung* genannt habe. Die ist nicht ersetzbar, und deshalb muss auch das Erinnern anders werden. Es muss neu erfunden werden.“⁵

Auch Überlegungen und Aufforderungen wie diese evoziert Boschkis Erinnerungsbuch, das immerhin mit der *Berührung* durch ein Buch beginnt.

Hermann Häring

Leonardo Boff: Was Gott und Menschen mit dem Dinosaurier verbindet

„Gott ist ein Liebhaber des Lebens“ und: „Wir werden wie die Dinosaurier aussterben, wenn wir uns nicht ändern.“ Für den jetzt achtzigjährigen Leonardo Boff gehören diese beiden Worte zusammen. Ihre Spannung beschreibt eine Wahrheit, die er sich am Schnittpunkt zwischen westlicher Kultur und brasilianischer Volksweisheit erworben hat. Das Schicksal der Menschen interessiert den sensiblen Denker zunächst als klassisch geschulten Theologen, dann als kundigen Anwalt der Mutter Erde. Nie scheut er die Kritik an einer Kirche, die sich nur mit sich selbst beschäftigt, ebenso wenig die Kritik an einer Menschheitspoli-

tik, die unsere irdischen Ressourcen über die Maßen ausbeutet. Er gilt als einer der wichtigsten Botschafter eines menschenfreundlichen Zusammenlebens. Boff versorgt Papst Franziskus zur Redaktion von *Laudato si'* mit Materialien. 2016 erhält er die *Carl Friedrich von Weizsäcker-Medaille*, 2001 schon den alternativen Nobelpreis (*Right Livelihood Award*) „für seine motivierenden Erkenntnisse in der Verbindung von menschlicher Spiritualität, sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz sowie sein langanhaltendes Engagement für die Armen, um diese Werte in ihrem Leben und ihren Gemeinden zu verwirklichen.“

Als Sohn italienischer Einwanderer im Süden Brasiliens geboren, startet er zunächst eine erfolgreiche fachtheologische Karriere. 1959 tritt er in den Franziskanerorden ein, wird 1964 zum Priester geweiht, vertieft 1965-1970 in Deutschland seine theologischen Studien und übernimmt 1970 in Petrópolis eine Professur. Zweiundzwanzig Jahre lang wird die dortige Hochschule der Franziskaner sein Lebensmittelpunkt bleiben. Lange Zeit gestaltet er die *Internationale Theologische Zeitschrift CONCILIUM* sowie die brasilianische Zeitschrift *Vozes* mit. Zuvor hatte er sich schon als ein Befreiungstheologe der ersten Generation profiliert, doch fixierte er sich nicht - wie viele seiner Kollegen - auf eine marxistische Strukturanalyse von Kirche und Gesellschaft. Boff, den in München freundschaftliche Beziehungen mit Joseph Ratzinger verbanden, bewegt sich auf einem breiteren Feld. Ihn interessieren klassische Themen wie Gnade und Leben nach dem Tod, Sakramente, Maria, Zärtlichkeit, das Weibliche in Gott und natürlich immer wieder die Frage der Befreiung; *Jesus Christus der Befreier* (Freiburg 1986) wurde zu seinem großen Opus. Harte Polemik liegt ihm nicht, wohl aber konsequente Kritik sowie eine unmerkliche und unaufhaltsame Erweiterung des theologischen Blicks. Schritt um Schritt schärft er so für sich und sein Publikum die Empathie für die Nöte und Hoffnungen der Armen.

Deshalb verurteilt ihn auch nicht Joseph Ratzingers Generalverdacht des Marxismus. Vielmehr trifft sein Bannstrahl eine Aufsatzsammlung (*Kirche: Charisma und Macht*, Düsseldorf 1985), die die Macht-

⁵ Eine Frage der *Berührung*. Interview mit Anneliese Knoop-Graf, in: *Orientierung* 1/ 2016, 12.

praktiken der offiziellen Kirche an den Pranger stellt. Die Art, wie Ratzinger 1984 seinen früheren Freund Leonardo in Rom empfängt, ihn buchstäblich auf den Ketzerstuhl setzt und ihm 1985 ein einjähriges Bußschweigen auferlegt, muss im Gemaßregelten eine tiefe Wunde schlagen. Doch ein vorhersehbarer Effekt tritt ein: Unversehens wird Leonardo Boff neben Gustavo Gutiérrez zum bekanntesten Theologen der Befreiung, der wegen seiner Sprachkenntnisse im deutschen Sprachraum viel Gehör findet. Seine verbindliche Art, für die Situation der Kirche der Armen auch diesseits des Atlantiks zu werben, bringt ihm eine breite Zustimmung. Dabei ist seine geistige Beweglichkeit gemeinschaftsstiftend, seine Herzlichkeit geradezu sprichwörtlich, seine Personen- und Sachkenntnis stupend. Genau diese positiven Seiten müssen Rom zutiefst verstört haben.

So wächst unter dem Regime von Johannes Paul II. der römische Druck ins Unermessliche. Doch in Büchern, Artikeln und internationalen Auftritten führt Boff seinen Kampf für eine erneuerte Kirche fort, und Rom ruft ihn 1991 erneut zur Ordnung. 1992 verlässt er den Franziskanerorden, der ihn nicht mehr schützen kann. Boff lässt sich laisieren und erhält im selben Jahr an der staatlichen Universität von Rio einen Lehrstuhl für Ethik und Spiritualität. Dieser geglückte Wechsel führt auch zu einer inhaltlichen Wende, die er spätestens 2009 in seinem magistralen Buch *Tugenden für eine bessere Welt* unter Beweis stellt. Es ist eine ökologische, um die Zukunft der Erde besorgte und naturwissenschaftlich belehrte, zugleich eine anthropologisch reflektierte und gesellschaftspolitisch zugespitzte, also ganz und gar säkulare Arbeit. In der Koordination all dieser Aspekte liegt die Brisanz des Textes, die Boff um drei Kernutopien organisiert: [1] Eine Gastfreundschaft, die angesichts der Globalisierung notwendiger denn je ist, [2] Respekt und Toleranz, die zu den großen Entdeckungen unserer Geistesgeschichte gehören und unverzichtbar geworden sind, sowie [3] eine Kultur des Teilens, deren Missachtung unsere Generation in ihre schwerste Krise führt und die Zukunft von uns allen bedroht. Trotz dieser überbordenden Sachthematik bleibt Boff auch jetzt noch der große Erzähler. Sein Buch ist von

Mythen und Geschichten ebenso durchzogen wie mit aktuellem historischem, anthropologischem und kosmologischem Wissen unterbaut.

Die Einladung an alle Menschen, gemeinsam an einer friedfertigen und nachhaltigen Zukunft mitzuarbeiten, bleibt Boffs Anliegen bis heute. In einem Interview aus dem Jahr 2016, in dem er nach dem Unterschied zwischen Befreiung und Heil befragt wird, wird das offenkundig. (<https://www.youtube.com/watch?v=UHckv85qbWY>) Nebenbei erfährt man, dass der Universalist Boff bei all seinen Aktivitäten in Brasilien auch die Werke von C. G. Jung herausgibt. Denn er sieht zwischen dem theologischen Urwort der Befreiung und der psychologischen Kernkategorie der Heilung eine tiefe Einheit. Er betrachtet Mensch, Erde und Gesellschaft aus einer Mitte heraus, in der sich alle Dimensionen des Daseins zu einem Knoten verbinden. Sie ist das Herz des Menschen, in dem sich alle Fragen nach Individuum, Menschheit und Erde treffen. Wir Menschen sind für ihn nichts anderes als die zur Liebe gewordene Erde und die Erde nichts anderes als das kleine Haus, das wir in Achtsamkeit zu pflegen haben. Heilung bedeutet also die Integration aller dieser unterschiedlichen Kräfte; nur so ist Befreiung möglich. Auf diesem Reflexionsniveau hat es keinen Sinn mehr, unsere unterschiedlichen Daseinsebenen analytisch zu unterscheiden.

Solche Weisheit ist die Frucht eines Lebens, das sich durch seine schweren Demütigungen nicht verbittern ließ, sondern in ihnen gewachsen ist. Leonardo, dieser weise alte Mann mit seinen gütigen Gesichtszügen, hätte es verdient, aus Rom endlich ein Wort der Rehabilitation zu erhalten. Denn diesem leidenschaftlichen Kämpfer verdankt die Kirche viel. Und der reformorientierte Papst Franziskus sollte wissen, dass eine glaubwürdige Reform der Kirche ohne diesen Preis nicht zu haben ist, eine Bitte um Entschuldigung bei all denen, die wegen ihres Reformkampfes von eben dieser Kirche in schnöder Weise sanktioniert wurden.

Edgar Utsch

Heinz Missalla: Zeitzeuge in Kirche und Gesellschaft

Zu seinem Tod am 3. Oktober
2018

„Es ist besser, zu sterben mit einer brennenden Frage auf dem Herzen,

als mit einem nicht mehr ganz ehrlichen Glauben.“

(Reinhold Schneider)

Dieser Text auf der Traueranzeige bringt zum Ausdruck, um was es dem Verstorbenen ging: Wahrhaftig sein vor dem „Gerichtshof der Vernunft“, aber auch vor dem des Herzens. Dieses Ringen um einen aufrichtigen Glauben hat sein Denken bestimmt und war Motivation für sein Handeln: als Priester in Gemeinden des Bistums Essen, als Hochschullehrer und Autor, bei pax christi und seinem Engagement in kirchlichen Reformgruppen.

Die prägende Erfahrung

Zu Recht ist in den Nachrufen immer wieder die Bedeutung der Erfahrungen des kindlich-vertrauensvollen Messdieners und des zu vaterländischer Pflichterfüllung verführten Luftwaffenhelfers in der NS-Zeit und im 2. Weltkrieg betont worden. Schon bald nach dem Ende des Krieges ging ihm auf, dass er und seine Generation „belogen und betrogen“ worden waren. Es war ein doppelter Verrat an der Jugend: durch die Mächtigen der Kirche und des Staates. So lautete sein bitteres Fazit. Vertrauensverlust gegenüber jeder Obrigkeit war eine nur zu verständliche Konsequenz, die andere, wichtigere: sein unermüdlicher, lebenslanger Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden – vor allem für die Opfer der heutigen „Mächte und Gewalten“, religiöser oder säkularer Provenienz.

Engagement für die Reform der Kirche

Das fundamentale Versagen der Bischöfe im 3. Reich – vor allem ihr Schweigen zur Ermordung der Juden und die ideologische Unterstützung und Rechtfertigung „im Namen Gottes“ des durch nichts zu rechtfertigenden Hitler-Krieges – und deren bis heute andauernde Unfähigkeit zu einem Schuldbekenntnis und zur Bitte um Vergebung waren für ihn die grundlegende Motivation dafür, sich nach dem 2. Vatikanischen Konzil kirchlichen Reformgruppen anzuschließen.

In einer Dokumentation zur Geschichte des „Essener Kreises“ (EK) wird unter der Nennung seines Namens auf die besondere Bedeutung der Vertreter dieser Generation für die geistige Ausrichtung der Reformgruppen hingewiesen, weil „sie von Anfang an nicht müde wurden, den EK an dieses Versagen der Kirche zu erinnern. Mit unachgiebiger Hartnäckigkeit verwiesen sie auf die katastrophalen Auswirkungen des kirchlichen Fehlverhaltens, der in der Nachkriegszeit unterbliebenen ‚Trauerarbeit‘ und des Fehlens eines angemessenen Lernprozesses. Sie hielten eine Kirche, die sich der Aufarbeitung ihres historischen Scheiterns verweigert, prinzipiell für reformunfähig.“

Neben dem Bensberger Kreis, dem er seit 1966 angehörte, waren der EK, den er 1970 mit gegründet hat, und die Arbeitsgemeinschaft von Priester- und Solidaritätsgruppen in Deutschland (AGP) seine erste „Reform-Heimat“. Leider wurde das in Nachrufen und Artikeln zu seinem Tod „vergessen“. Erst später kam seine Mitarbeit in den Reformbewegungen „Initiative Kirche von unten“ (IKvu) und „Wir sind Kirche“ (WsK) hinzu. Von besonderer Wichtigkeit war natürlich sein Engagement bei „Publik-Forum“, deren Mitherausgeber er viele Jahre war. Die Einstellung der Wochenzeitung „Publik“ durch die Bischöfe und die millionenteure Unterstützung der Zeitschrift „Rheinischer Merkur“ waren für Missalla ein Beleg für die andauernde Unbelehrbarkeit der Hierarchen.

Eintreten für den Frieden

Diese Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Bischöfe, aus der Geschichte zu lernen, zeigte sich nach ihm auch in verstörender Weise bei ihrer Zustimmung zur Wiederaufrüstung der BRD. Vor allem aber stieß er sich an der „Diskriminierung der Wehrdienstverweigerer, denen ein irriges Gewissen unterstellt wurde“ (s. imprimatur 4-2016, S. 235). So wundert es nicht, dass er bereits Mitte der 50er Jahre der Katholischen Friedensbewegung pax christi beitrug. Später gehörte er längere Zeit dem Präsidium der deutschen Sektion an und war deren Geistlicher Beirat.

Ein wesentlicher Teil konkreter Friedensarbeit war seine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Hirtenworten und Kriegspredigten der deutschen Bischöfe in der Zeit des 3. Reichs. Joachim Garstecki nannte in seiner Ansprache auf der Abschiedsfeier das Verhältnis der katholischen Kirche zu Hitlers Krieg sogar „das Lebensthema“ von Heinz Missalla.

Angesichts der sog. Nachrüstungsdebatte in den 80er Jahren sorgte er im EK mit dafür, dass die Friedensfrage in den Mittelpunkt der Diskussion rückte. In der erwähnten Dokumentation heißt es zu einem Positionspapier, das er dem Kreis vorlegte:

„Heinz Missalla betonte die Notwendigkeit, eine entschiedene Position in den aktuellen gesellschaftlichen Problemen einzunehmen, z.B. bei Frieden und Abrüstung, Arbeitslosigkeit, Dritte Welt etc.; ansonsten werde der EK seiner bei der Gründung formulierten Zielsetzung nicht gerecht.“ Ein Ergebnis seines Engagements war ein 1983 vom EK veröffentlichter Friedensbrief. Kirche und Gesellschaft waren für ihn zu unterscheidende, aber nicht zu trennende Welten.

Ein bewegendes Zeugnis dafür, dass die Sorge um den Frieden ihn bis an sein Lebensende nicht ruhen ließ: In seinem Nachlass befindet sich – wie ein Vermächtnis – ein Brief an die deutschen Bischöfe zum Beginn des zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren! Er hätte ihn im kommenden Jahr wohl gerne selbst abgeschickt – und wäre auf die Antwort gespannt gewesen.

Ringen um einen wahrhaftigen Glauben

Die Frage nach Gott und der Möglichkeit eines zugleich evangeliums- und zeitgemäßen Glaubens war das Zentrum, um das sich Heinz Missallas Denken drehte. Von diesem Zentrum aus suchte er Lösungswege für die drängenden Probleme in Kirche und Gesellschaft. Zugleich hatten diese Einfluss auf Art und Inhalt seines Denkens. Antworten auf die Frage nach Gott mussten der Wirklichkeit – dem Leiden, der Ungerechtigkeit, den Opfern der Geschichte – standhalten, letztlich eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Problem der Theodizee sein.

Auf der Jahresversammlung der AGP 2007 trug er einen Gesprächsimpuls vor: „Der Glaube: Protest gegen die Absurdität einer Welt ohne Gott“. Mit Bezug auf Nietzsche stellte er fest: „Wenn Gott nicht ist, dann bleibt nur die absolute Leere. Dann fehlt dem Reden von der Würde des Menschen nicht nur die entscheidende Begründung, dann haben auch die Gewalttäter, die Frevler, die Spötter das letzte Wort, dann hat das Unrecht gesiegt. Wenn kein Gott ist, dann ist das Leben absurd.“ (s. SOG-Papier 2007/5+6, S. 21; in: imprimatur 5-2007)

Der jüdisch-christliche Glaube ist somit für ihn notwendigerweise „Protest gegen das Elend, gegen das Unrecht und gegen die Missachtung des Menschen“ und Gott ein Gott „propter nos homines“ (ebd. S. 22). Ein solcher Glaube „weiß“ nicht viel, protzt nicht mit Glaubenswahrheiten, ist nicht ärmlich, sondern karg – und darin liegt vielleicht sein Reichtum. Vor allem aber: „Gotteserkenntnis und das Tun der Gerechtigkeit gehören zusammen.“ (ebd., S. 23)

Verletzungen

Ein Mensch, der gleichsam mit Gott und um den Glauben an ihn ringt, wird nicht ohne Verletzung bleiben. Jakob erfährt es am Jabbok und dennoch: „Ich lasse dich nicht los, wenn du mich nicht segnest“ (Gen 32, 27). In die Gemeinschaft der um Gott ringenden, verletzten und ihn dennoch nicht loslassenden Menschen reiht sich Heinz Missalla ein. Wie seine Frau, die

Theologin Dr. Magdalene Bußmann, schreibt, hat er für seinen „Nachruf“ einen Psalmvers ausgewählt, der dieses Nicht-Loslassen zum Ausdruck bringt: In deine Hände lege ich voll Vertrauen meinen Geist, du hast mich erlöst, du Gott der Treue“. (Ps 31, 6)

Wie muss es diesen von Gott „gezeichneten“, sich aber an ihn klammernden Mann gekränkt, verletzt haben, als der damalige Bischof von Essen, Franz Hengsbach, ihn 1972, im wahrsten Sinne des Wortes zwischen Tür und Angel, einen „Zerstörer des Glaubens“ nannte. Übrigens wegen seiner Mitwirkung im katholischen Arbeitskreis der Wählerinitiative für die SPD. Glaube und SPD wie Feuer und Wasser – kaum zu glauben.

Wie eine (zu?) späte Rehabilitation erscheint es da, dass Magdalene Bußmann nach dem Tod ihres Mannes einen respektvollen Brief des Essener Generalvikars Klaus Pfeffer erhielt. In ihm wird u.a. auf den leidenschaftlichen Einsatz „für eine Erneuerung und Reform unserer Kirche“ hingewiesen. Aus ihm zitierte Garstecki in seiner Ansprache in der Friedhofskapelle: „Heinrich Missalla hat im Bistum Essen wichtige Impulse geben können und war vielen Menschen auf ihrem Glaubensweg ein wertvoller Begleiter. Viele seiner Hoffnungen und Wünsche für eine sich reformierende Kirche sind bis heute sicher unerfüllt geblieben – und doch treiben ähnliche Hoffnungen und Wünsche immer noch viele Menschen dazu an, unsere Kirche offen und weit zu gestalten, damit die faszinierende Botschaft Jesu auch kommende Generationen erreichen kann....“

Zu Recht fügte Garstecki die Bemerkung hinzu, wie „wunderbar es gewesen wäre, hätte Heinz diesen Brief vom Bistum Essen noch zu Lebzeiten lesen können“. Das Schreiben hätte wohl nicht alle Wunden geheilt, aber als Mann des Friedens hätte Heinz Missalla vielleicht versöhnter und mit einem Funken mehr Hoffnung auf eine menschenfreundliche Kirche Abschied nehmen können.

Benno Rech

Zum Tod unseres Redaktionsmitglieds Dr. Johannes Schmitt

Nachruf

Unser Freund, Dr. Johannes Schmitt, ist in diesem Oktober verstorben. Er war 30 Jahre Mitherausgeber von *imprimatur*, er hat unsere Zeitschrift mitgeprägt. Sein besonderes Interesse galt historischen Themen. Für *imprimatur* fand er sie in den Erzählungen der Bibel wie auch in der Kirchengeschichte.

Er kam zu uns als renommierter Historiker. Der Historische Verein für die Saargegend wie der Landesverband der historisch-kulturellen Vereine des Saarlandes, deren Vorsitzender er je über Jahre war, schrieben in einer Erklärung zu seinem Tod. „Wir trauern um einen Experten, der durch die Erschließung neuer Dokumente die sogenannte Franzosenzeit an der Saar, insbesondere die Epoche der Französischen Revolution und deren Auswirkungen auf unsere Region in ein völlig neues Licht gestellt hat.“ Weiter heißt es dort: „In den vergangenen Jahrzehnten ist ein neues, detailliertes, von nationalistischen Vorurteilen gereinigtes Bild der Saargeschichte erarbeitet worden, und an diesen Bemühungen hatte Dr. Johannes Schmitt als Autor und Herausgeber einen wichtigen Anteil.“ Dabei hatte er seine Arbeit als Historiker in der mittelalterlichen Geschichte begonnen. Seine Dissertation über die „*liberi homines* der Karolingerzeit“ (1977) zeigt die Breite seines wissenschaftlichen Interesses.

Welche Themen er in *imprimatur* behandelt?

Im Alten Testament bewunderte er die klugen Gesetze zur Entwicklung des Gemeinwesens, setzt sich kritisch auseinander mit der Handhabung der Gewalt durch Jahwe

wie sein Volk Israel. Dabei beschäftigt ihn die Klärung der Erzählabsicht. Ging es den Verfassern der Bibel um tatsächengetreue Wiedergabe und Aufbewahrung des Geschehenen für die Nachfahren oder verkündigten sie eine Botschaft von der wunderbaren Führung des Volkes Israel durch Jahwe?

Kirchengeschichtlich beschäftigte Johannes Schmitt die Zeit des Nationalsozialismus am intensivsten. Die Kollaboration von Bischof Bornewasser mit den Nazis provozierte ihn zu mehreren Artikeln. Des Bischofs Verhalten beruhe kirchlicherseits auf der Annahme eines für notwendig erklärten Kampfes gegen den gottlosen kommunistischen Osten, und dafür nahm man Hitler in Dienst. In diesem Interesse habe Bischof Bornewasser sogar christliche Einstellungen bei Hitler erkennen wollen und sei darum in mancher Hinsicht zu Zugeständnissen gegenüber Hitler bereit gewesen. In einem gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe ist, kaum vorstellbar, auf das Regime Hitlers bezogen vom „Abglanz der göttlichen Herrschaft“ und einer „Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes“ die Rede.

In einer Folge von Artikeln mit dem bezeichnenden Sammeltitle „Halbierter Widerstand“ untersuchte Johannes Schmitt die spätere zögerliche Gegenwehr gegen den Hitler-Staat. Bornewasser war in Schmitts Augen zu opportunistisch eingestellt, um beispielsweise der Juden wegen das Auskommen mit den Nazis endgültig aufs Spiel zu setzen. In einem eigenen Beitrag „Die Tragödie des christlichen Antisemitismus“ legt er diese These dar.

Es gibt von ihm drei Untersuchungen „Eliten und der nationalsozialistische Staat“. Hier blickt er auf die Rolle der Juristen, der Ärzte wie der Journalisten in der Hitler-Diktatur.

Johannes Schmitt hatte politische Statur. Er stammte aus einer Bergmannsfamilie, wurde Lehrer für Deutsch und Geschichte an den Gymnasien in Lebach, war gleichzeitig von dort als Didaktiker an die Universität Saarbrücken abgeordnet. Als Soldat bei den Fallschirmspringern schied er als Oberstleutnant der Reserve aus. In jungen Jahren trat er in die SPD ein, war im Hei-

matdorf lange deren Vorsitzender. Er engagierte sich für soziale Gerechtigkeit ganz grundsätzlich. Das zeigt u.a. seine Untersuchung „Frauen vor Gericht im 18. Jahrhundert“. Es ging ihm um die Klärung der „gesellschaftliche Situation von Frauen im Dorf des 18. Jahrhunderts in der Saarregion“. Er belegt darin anhand der Gerichtsakten der Reichsherrschaft Hüttersdorf/Burpich die Abhängigkeiten und generellen Zurücksetzung der Frauen damals.

Er war ein Mann klarer Positionen, bei ihm gab es keine verschwommenen Ansichten. So redete er fest und klar. Er wird imprimatur als Herausgeber und uns als Freund fehlen.

Einige Schlaglichter aus der Trauerrede seiner Tochter Amely:

Johannes, der Familienvater: Der Pater familias, manchmal schwebte er wie das Phantom einer Drohung über der Familie, er war klar das Alpha-Tier meiner Kindheit. Der Papa hat den Alltag bestimmt, eine Instanz zum Bewundern, zum Beeindrucken, zum Rat einholen. Manchmal auch zum Fürchten, auf jeden Fall aber zum Respektieren. Sein Wort war Gesetz. Dennoch fanden die Damen (das war der Rest, inklusive des Familienhundes Alea) immer wieder Wege, die väterliche Dominanz wenn nicht auszuhebeln, so doch charmant zu umschiffen. So erinnere ich mich an so manche Renovierungs- und Umräumaktion, die wir Frauen schnell schnell durchgeführt haben, wenn der pater familias für einige Tage nicht zuhause war.

Johannes, der Lehrer: berühmt und berüchtigt. Ich konnte das Lebacher Gymnasium nicht inkognito besuchen, man wusste sofort, wer ich war. Und einmal bekam ich den hilfreichen Hinweis: Das Klassenzimmer deines Vaters ist das, wo man den Lehrer am lautesten hört! Er war ob seiner Strenge gefürchtet, hatte aber auch immer wieder sehr gute und freundschaftliche Beziehungen zu Schülern. Es fanden häufig Kursabende bei uns zu Hause statt. Es ging ihm nicht um das bloße Vermitteln des Curriculums, sondern um Wissen und Mündigkeit. Gerade in den letzten Berufsjahren hat er sehr gehadert, wenn er den

Eindruck von allgemeinem Desinteresse seiner Schüler an unserer Gesellschaft hatte.

Johannes, der Gläubige: Er ist als gläubiger Katholik und eifriger Ministrant aufgewachsen. Legendär waren seine Auftritte zu fortgeschrittener Stunde bei Familienfesten, wenn er lautstark die Ostermesse - auf Latein! - rezitierte. Selbst die jüngsten Neffen und Nichten konnten den Text, zumindest lautgetreu, mitsingen.

R.M. Kerr

Koranisches Göttermanagement III: Hubal – „alles eitel und ein Haschen nach Wind“?

In den vorigen zwei Beiträgen dieser Reihe kleiner Übersichtsabhandlungen zum alt-arabischen Götterglauben in der Zeit vor dem vermeintlichen Auftreten Mohammeds (ca. 610-632, den gängigen Ansichten zufolge) gemäß der koranischen und späteren islamischen Überlieferung, war das dargebotene Fazit eher nüchtern – weder im Koran noch in der islamischen Exegese scheint es präzise bzw. prägnante Erinnerungen an den vorislamischen Glauben der Araber, dahingegen nur eine verallgemeinernde literarische Polemik, wie die der sog. Deuteronomisten im Alten Testament, gerichtet gegen Abgötterei, ohne Vermittlung verwertbarer historischen Angaben, zu geben. In diesem Beitrag werden wir uns sodann mit der im Koran selber nicht erwähnten, nur von manch arabischer Überlieferung als Hauptgott unter den an der Kaaba zu Mekka verehrten und als göttlich vorgestelltes Wesen behaupteten Gottheit *Hubal* beschäftigen.

Schon im in den vorangehenden Beiträgen erwähnten *Götzenbuch* (*Kitāb al-Aṣnām*) des aus dem heutigen Irak stammenden islamischen Gelehrten des 8.-9. Jhs. Hischām ibn Muhammad ibn as-Sā'ib al-Kalbī lesen wir: „Soviel ich gehört habe, war Hubal von rotem Karneol, in Menschengestalt, mit einer zerbrochenen Rechten. Die Quraisch hatten ihn dergestalt bekommen; aber sie verfertigten ihm nun eine Hand aus Gold. Er befand sich im Innern der Kaaba“ (Übers. in R. Klinke-Rosenberger, *Das Götzenbuch. Kitāb al-aṣnām des Ibn al-Kalbī*. Leipzig 1941, S. 43; zu diesem Werk im Allg., s. F. Sezgin, *Geschichte des arabischen Schrifttums*, Leiden, 1967 Bd. 1. S. 270) – Hier aber ist die islamische Überlieferung abermalig widersprüchlich, da der zeitgenössische Bagdader Richter Muḥammad b. 'Umar b. Wāqid al-Wāqidī meinte, das Götzenbild stünde vor dem Eingang der Kaaba neben der Tür. Des Weiteren vernehmen wir hier, dass vor seinem Standbild sieben Pfeile zwecks einer von einem *ṣāhib al-qidāh* („Pfeilherr“) ausgeführten Belomantie – möglicherweise ein biblisches Motiv, vgl. z.B. I Sam 20; Ezek 21,26 u. Hab 3,11 – lagen: zwei um bei Zweifeln die Abstammungslegitimität eines Kindes festzustellen, einer für Nekromantie, einer für Fragen um die Eheschließung und drei, deren Funktion für den Autor nicht mehr erschließbar war. So lesen wir in der bekannten, dem Ibn Hischām zugeschriebenen Hagiographie (*Sira*) Mohammeds, dass dessen Großvater 'Abd al-Muṭṭalib beinahe seinem Sohne 'Abdallāh in einer an die Opferung Isaaks in Gen 22 erinnernden Erzählung nach einem geleisteten Schwureid (vgl. Jiftach in Ri 11) opferte¹ (und islamischer Auslegung zufolge Sure 37,106f). Dies sollte erklären, warum Muhammad dann als „Sohn der zwei Geopferten“ *Ibn adh-dhabihaini* bezeichnet wurde - gemeint sind sein Vater und sein angeblicher Vorfahre Ismael). Muhammad hinwiederum, der bekanntlich als Halbweise geboren ward, wurde dann auch von seinem Großvater zur Kaaba zwecks eines Vaterschaftstests mittels der Pfeile gebracht, in den Überlieferungen gemäß der *Riwaya* des Yunus ibn Bukayr des 9. Jh. und at-Ṭabarī

¹ Möglicherweise findet sich die Inspiration für diese Erzählung in der arabischen Bedeutung von *habila* „eines Sohnes vorenthalten“ sein.

im 10. Jh. wurde das Wickelkind zu dem Idol Hubal in die Kaaba (*fa-adkha-ahu 'ala Hubal fi jawfi l-Ka'ba*) gebracht, während bei Ibn Hischām der Götze nicht erwähnt wird (*fa-dakhala bihi l-Ka'ba*). Entweder hat der Letztgenannte den Bericht seiner Vorlage Ibn Ishaqs abgeändert oder Hubal wurde in die Überlieferung sekundär eingebracht.

Für die zweite Möglichkeit spräche die Tatsache, dass die späteren islamischen Überlieferungen häufig mehr, wenn auch versponnenere Auskünfte bieten. So sollen in anderen Überlieferungen dagegen in der Kaaba, nebst Hubal, 360 Götzen behaust gewesen sein (scheinbar ein Gott für jedes Jahr, vgl. G. Lüling, Die Wiederentdeckung des Propheten Muhammad, S. 168), was aber für das altsemitische Heidentum merkwürdig ist, da in der Regel nur ein Gott bzw. ein Götterpaar in einem Heiligtum wohnhaft war, die dann in sich zusammengefallen sein sollten, als Mohammed Sure 17,82 („Wir senden vom Koran das hinab, was Heilung ist und Barmherzigkeit für die Gläubigen; den Ungerechten aber mehrt es nur den Schaden“) rezitierte.

Andere Darstellungen geben noch weniger Sinn: so war dem ‚blauäugigen‘ Geschichtsschreiber der Stadt Mekka Abū l-Walīd Ahmad ibn Muhammad al-Azraqī, angeblich 7. Jh., das Standardopfer für Hubal eine Hekatombe Kamelen gewesen sein. Wie dies in einem kleinen Gebäude wie der Kaaba bzw. auf einem in einer Mauer befestigten Stein hätte geschehen können, bleibt selbstverständlich unerwähnt. Hubal selber wird aber in diesen Traditionen nicht als ein ursprünglich einheimischer Gott, wie dies übrigens für viele altarabische Gottheiten gilt, dargestellt. So im *Götzenbuch* (S. 33-37 arabisch; 57-61 Übersetzung) wird die Einführung verschiedener Idole, darunter auch Hubal, mit der Reise 'Amr Ibn Luḥayys nach Syrien in Verbindung gebracht (Klinke-Rosenberger a.a.O. bemerkt die Ähnlichkeit dieser Schilderung mit der von Naaman und Elischa in 2 Kön 5); al-Azraqī zufolge soll er aus Hit in Mesopotamien stammen; bei Ibn Hischām dagegen aus Moab in dem Lande Balqā'. In wieweit diese Bekundungen historischer Wert zugemessen werden kann, bleibt ungewiss, auch weil die islamische Überlieferung den Bau

der Kaaba auf Abraham zurückführt und eine gewisse Erinnerung an seinen „wahren Monotheismus“ aus Urzeiten, der dann mit korrupten externen Einflüssen versetzt ward, bewahren muss. Auffallend ist, dass außerhalb dieser Quellen Hubal im Hedschas unbekannt gewesen zu sein scheint, so z.B. ist er als theophores Element bei Personennamen eigentlich unbekannt. U.a. deswegen vermutete Wellhausen (Reste arabischen Heidentums, 1897, S. 75f.), auch um seine auffallende Nichterwähnung im Koran zu erklären, dass *Hubal* der eigentliche Name von Gott, d.i. Allah – wie auch *Jahwe* der Name des jüdischen Gottes (*'ēlōhīm*) ist – war. Dies bleibt nur eine, der mangelnden Quellenlage wegen, verzweifelte Vermutung.

Schenken wir aber den islamischen Quellen einstweilen historische Glaubwürdigkeit – wenn Hubal als ein göttlicher Gebietsfremder einzustufen ist, der in seiner neuen Heimat nicht lange ansässig war, könnte dies einigermaßen seine scheinbare Unbekanntheit erklären, auch weil dem Islam zufolge die schriftliche Überlieferung erst mit dem Koran nach Mohammads Tod einsetzte. Dann aber erwartete man, dass dieser Gott anderswo, etwa in Mesopotamien, Palästina oder Syrien, bezeugt wäre. In der Onomastik, besonders in altnorarabischen und späteren aramäischen Inschriften finden wir zwar einen Namen *HBL* (Varianten *WHBL*, *'HBL*), der oberflächlichem Anschein nach zuträfe, gleichwohl aber von *whb* + *'l* „Gottesgeschenk“ (vgl. *Deodatus*, *Nathaniel* usw.) abzuleiten ist. In der Sekundärliteratur wird immer eine nabatäische Inschrift aus der Ḥegra (Madā'in Šāliḥ) im Norden Saudi Arabiens erwähnt, *Corpus Inscriptionum Semiticarum II* (Paris, 1889), Nr. 198. Eine Erwähnung in einem den arabischen Nabatäern (die aber häufig einen aramäischen Dialekt als Schriftsprache verwendeten) zugeschriebenen Text passte eigentlich sehr gut. Dieses epigraphische Zeugnis ist eine Grabinschrift von zwei Frauen von *Kmkm* und ihrer Tochter *Kljbt*, das um die Zeitwende zu datieren ist. Wie des Häufigeren bei solchen Inschriften werden Flüche gegen eventuelle spätere Personen, die das Grab schänden, ausgesprochen (Zeilen 3-8):

...wjl'n dwsr' wmwbt w'lt mn 'mnd
 wmnwtw wqjsh mn jzbn kpr' dnh 'w mn
 jzbn 'w jrhn 'w jntn jth 'w jnpq mnh gt 'w
 slw 'w mn jqbr bh 'jr kmkm wbrth w'hrhm
 wmn dj l' j'bd kdj 'l' ktjb p'jtj 'mh ldwsr'
 whblw wlmnwtw šmdjn 5 ...

„...Und möge *Duschara* seinen ??, und *Allat* von *Amnad*, und *Manûthu*, und *Qaischa* dem verfluchen, der dieses Grab verkaufen wird, oder wer es kauft, oder wer es belastet, oder es weggibt, oder entfernt Körper bzw. Leichenteile, oder in ihm eine andere [Person] als *Kmkm* oder ihre Tochter begräbt sowie ihre Nachkommen. Ein jeder der nicht gemäß dem hier Beschriebenen handelt, dem wird von *Duschara* und *HBLW*, und von *Manûthu* mit 5 Flüchen berechnet ...“

Obwohl diese Inschrift immer wieder als Beweis für einen arabisch-nabatäischen Gott *Hubal* angeführt wird (z.B. *CIS* zur Stelle: „ex antiquis Arabum diis“) ist dies wenig wahrscheinlich aus zumindest zwei Gründen: i) wie schon Julius Euting in *CIS* bemerkte, das Verhältniswort *l-* fehlt vor *hblw* („Euting dubitat an hic verus sit sensus, praepositione *l-* ante nomen deficiente; suspicatur ergo epitheton aliquod dei Dušara, sed vix probabile“). Der Herausgeber Zweifel an Eutings Postulat ist heutzutage eigentlich unhaltbar, da keine weiteren zweifelsfreien Belege für diese Gottheit während des letzten Jahrhunderts, in dem unsere Kenntnisse der Sprache sowie die Anzahl bekannter, publizierte Inschriften sehr gewachsen sind, bekannt ist. Es handelt sich viel wahrscheinlicher hier um einen Ortsnamen, *Duschara* von *hblw* (vgl. „Unsere Liebe Fraue in/von/auf/mit ...“), zu lesen – vgl. die Ortsangabe *hbltt* in einer saftischen Inschrift (A. Jamme, *Miscellanees d'ancien arabe VII*, Washington, 1974, S. 28, Abb. 6). ii) Der Inhalt dieser Inschrift kann keinesfalls als einmalig beschrieben werden, da ein Großteil des Korpus der nabatäischen Epigrafik aus solchen Texten besteht, und zudem es mehrere ungefähr zeitgleiche Texten vom selben Ort (mit vergleichbaren Inschriften) gibt (vgl. *CIS II* Nr. 197, 199, 205, 209, 212), die unter anderen *Duschara* und/oder *Manûthu* erwähnen, niemals aber *Hubal*. Nach wie vor gilt: *Unus testis, nullus testis*.

Im hier gerade Beschriebenen sehen wir ein methodologisches Problem der Islamologie. Die Orientalisten früherer Zeiten, die Entzifferer und Erstherausgeber solcher Inschriften, waren oft auf islamische Überlieferungen, um die ihnen vorliegenden Texte zu deuten, angewiesen. Diese Resultate fanden dann ihren Weg in die Islamforschung, ein klassischer Zirkelschluss. Stünde hier anstatt *hblw* irgendein anderes (obskures) Wort, dächte wohl niemand daran, es als eine Gottheit zu lexikalisieren.

Wie hat man dann diese angebliche Importgottheit zu Mekka namens *Hubal*, der auch in seiner behaupteten Heimat unbekannt gewesen zu sein scheint, zu verstehen? Vielleicht kann uns eine Etymologisierung seines Namens weiterhelfen? Ohne sich hier in obskuren Einzelheiten verirren zu wollen, stellen wir fest, dass diese Wurzel unter den älteren semitischen Sprachen nur im Bibelhebräischen sowie in manchen hiervon (z.T.) beeinflussten späteren aramäischen Dialekten wie das Syrische (*heblā* „Staub, Eitelkeit“), das Targumaramäische („Atem, Eitelkeit“) und das jüdisch-babylonische Aramäische des Talmuds („Hauch, Dampf, Dunst“) bezeugt ist (> arabisch *habalt* „Dunst, Dampf“.² Die hebräische Wurzel *HBL* (vgl. die Lexika) wird meistens als eine lautmalende Formation für (im Deutschen ebenfalls onomatopoeisch) „Atem, Odem“ sowie „Wind“ verstanden, die dann in Gen 4 den Namen für Adam und Evas zweiten Sohn, den Hirten *Abel* verwendet wurde, sowie um „Nichtigkeit“ („Der Mensch gleicht einem Hauch [*la-hebel*], seine Tage sind wie ein Schatten, der vorüberhuscht! -Ps 144,4) bzw. „Eitelkeit“ („O Eitelkeit der Eitelkeiten! [*hābēl hābālim*] spricht der Prediger; o Eitelkeit der Eitelkeiten! [*hābēl hābālim*] Alles ist eitel! [*hābe*] -Pred 1,2). Häufig aber, besonders in der schon angedeuteten Polemik der Deuteronomisten gegen (vermeintliche) Abgötterei, bekommt das Lexem eine technische theologische Bedeutung im Sinne von „Abgott“, „Götzenbild“, weil nunmehr nur noch die orthodoxe Auffassung der Jahwe-Verehrung in deren Augen akzeptabel war, alles andere galt als eitle Nichtig-

² Vielleicht ist diese Semantik dafür verantwortlich, dass in manchen Überlieferungen *Hubal* als ein Regenspender gedeutet wurde.

keit. Wir sehen diesen Gebrauch von *Hebel* bzw. Plural *Hāḥālīm* z.B. in Dt 32,21; 1 Kön 16,13,26; 2 Kön 17,15; Jer 2,5 („Was haben eure Väter Unrechtes an mir gefunden, daß sie sich von mir entfernt haben und dem Eitlen nachgegangen und nichtig geworden sind?“ [*ha-hebel waj-jehabbāli*]); 8,19; 10,3,8; 14,22; Jon 2,9(8); Ps 31,7(6) (in den letzten zwei Beispielen parallel mit *šāw'* „Leere, Vergeblichkeit“). Dieses Verständnis treffen wir auch in manchen Wiedergaben der Septuaginta wieder, so z.B. Dt 32,21; Jer 14,22; 16,19 die mit „Idol“ (d.i. εἶδωλον, im klassischen Griechischen eig. ein „Phantom; Gestalt, Idee“, erst dann in der biblischen Überlieferung mit der Bedeutung „Abgott“ belegt) oder μάταιος (eigentlich „vergeblich, eitel“, > „Götze“ unter Einfluss des Hebräischen) in Jer 2,5 (vgl. auch Est 4,17p [Gebet der Esther], 3 Makk 6,11; sowie dieser Gebrauch im NT, bes. Apostelgeschichte 14,15). Hier sehen wir, wie ein Wort, das eigentlich ‚gar nichts‘ bedeutet, Sinngehalt erwirbt, um etwas, das nicht sein kann und darf, anzugeben. Für die Deutlichkeit in diesem spezifischen biblischen Sprachgebrauch gibt der hebräische Begriff *Hebel* (Plural *Hāḥālīm*) keine Gottheit im eigentlichen Sinne an, es ist ein pejorativer Terminus, um alle Götterwesen außer Jahwe sowie alle Götterdarstellungen (einschließlich eventuelle Jahwes) für ‚null und nichtig‘ zu erklären.

Aus der Sicht der semitischen Etymologie gesehen haben wir an eines Gottes *Hubal* statt, nunmehr einen Nichtgott mit *Hebel* angedeutet. Scheinbar sind wir in einer nichtigen Sackgasse gelandet, unser Gott ist uns abhanden gekommen, in einem biblischen Donnerwetter wortwörtlich verdampft. Ist es möglich, zu *diesem* Gott zurückzufinden? Theologen können sehr erfinderisch sein, um ihren Gottesglauben (in diesem Falle zumindest) zu bewahren. Wenn die *hebraica veritas* für die islamische Überlieferung weiterhilft, dann kann man das Arabische (einst als *Ancilla Fidei*, ‚Dienstmagd des Glaubens‘, weil sie als dienstbar für die Erschließung des hebräischen Wortschatzes des Alten Testaments galt, bezeichnet) verwenden, um die Bibel zu deuten. So z.B. versuchte der kanadische Alttestamentler Staples (JNES 2, 1943, S. 95-104) den hebräischen Begriff *Hebel* als theologischen *Terminus technicus*

für ein „cult mystery“ in einer vorgeblichen kanaanitischen Naturreligion; sein skandinavischer Kollege Barstad (u.a. *Studia Theologica* 32, 1978, 57-65) ging sogar weiter und behauptete, dass mit dem hebräischen Wort eigentlich ein kanaanitischer Regengott angedeutet wurde (u.a. in Zechariah 10,1-2 „Erbittet vom Herrn Regen zur Zeit des Spätregens! Der Herr macht Blitze und wird euch Regengüsse geben für jedes Gewächs auf dem Felde! Denn die Hausgötter haben leere Versprechungen gemacht, und die Wahrsager haben trügerische Gesichte gesehen, und sie erzählen erlogene Träume (*Hebel*) und trösten vergeblich“. Hier werden die Regeln der hebräischen Grammatik gerne außer Kraft gesetzt -- s. Becking, *Vetus Testamentum* 23, 1993, 555-557 –, um aus Hubal einen altsemitischen Regengott [s. Note 2] zu machen). Und so kommt noch ein Glied zum oben angesprochenen Zirkelschluss hinzu.

Die Ausweglosigkeit dieses Weges ist eigentlich schon lange deutlich. So haben immer wieder manche versucht (vgl. oben), in dem Gottesbegriff *Hubal* (die Vokalisierung ist sekundär und muss ja nicht ursprünglich sein) eine vermeintliche Apotheose Abels zu sehen (vgl. *Hibil-Ziwa* in der mandäischen Überlieferung) – so z.B. T. Fahd, *Le panthéon de l'arabie centrale à la veille de l'hégire*, Paris, 1968, S. 99ff.; Lüling, a.a.O., 169ff., was aber problematisch und der kargen Quellenlage wegen wenig Vertrauen erweckend ist (vgl. Zayadine, *Journal Asiatique* 257, 1969, 172).⁵

Das Fazit der bisherigen Bemühungen von Islamologen, Alttestamentlern und Orientalisten kann mit einem Zitat aus Prediger am Besten wiedergegeben werden: „Als ich mich aber umsaß nach all meinen Werken, die meine Hände gemacht hatten, und nach der Mühe, die ich mir gegeben hatte, um sie zu vollbringen, siehe, da war alles eitel und ein Haschen nach Wind und nichts Bleibendes unter der Sonne!“ Diesen Gott kann es nicht gegeben haben. Andererseits kann es wohl kein Zufall sein, dass ein polemischer deuteronomistischer Begriff monotheistischer Selbstbehauptung in einer späteren

⁵ Dies gilt auch für die schon von Edward Pockocke im 17. Jh. geäußerte Vermutung, die in und wieder noch erörtert wird, *Hubal* von hebräisch *hab-ba'al* ‚der Baal‘ abzuleiten.

von ihr (indirekt) abhängigen Tradition als Darstellung göttlichen Innenbegriffes während des vorgestellten zwischenzeitlichen Glaubensabfalles in der Periode nach Ismael und vor Mohammed verwendet wird. Dass viel Biblisches (vgl. die sog. *Isrā'īliyyāt*) auch von Juden und vom Judentum übernommen wurde, ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Ebenfalls, wie in den vorigen Beiträgen dieser Reihe schon erörtert, ist die islamische Polemik der arabischen Abgötterei im Hedschas während der sog. *Dschāhiliyya* („Zeit der Unwissenheit“) großenteils selber unwissend, d.h. großenteils auf imaginären Grundlagen ruhend, wie die vielen Anachronismen deutlich machen. Man kann sich des Eindrucks nicht

entziehen, dass damals, als die islamischen Historiker und Theologen über die schlechten alten Zeiten der Abgötterei berichten wollten, feststellten, dass sie gar keine Auskünfte hatten (auch weil die Islamentstehung zu Mekka und Medina historisch nicht belastbar ist), so dass sie auf die angewiesen waren, die bekanntermaßen solche aus vergangenen Zeiten besaßen, nämlich die Juden. Scheinbar haben die Araber das Wort, um die Nichtigkeit der Götzen anzudeuten, aus dieser Quelle geschöpft. um den größten Götzen ihrer heiligen Stadt anzudeuten – er war eitel, nur ein Haschen nach Wind!

Ruanda: Neuer Erzbischof für die Hauptstadt Kigali

Für Ruandas Hauptstadt Kigali hat Papst Franziskus einen neuen Erzbischof ernannt: Antoine Kambanda (60), bislang Bischof im südostruandischen Kibungo. Zugleich nahm der Papst den Amtsverzicht von Amtsinhaber Thaddee Ntihinyurwa (76) an.

Kambanda wurde im Osten Ruandas geboren, wuchs aber in Kenia auf. Nach Studien in Kigali und Butare wurde er 1990 von Papst Johannes Paul II. zum Priester geweiht. Mitte der 1990-er Jahre studierte er in Rom, bevor er die Leitung der Caritas in Ruandas Hauptstadt übernahm und Moraltheologie am Priesterseminar von Nyakibanda unterrichtete. Im Mai 2013 ernannte ihn Papst Franziskus zum Bischof von Kibungo. Bis auf einen Bruder wurde Kambandas gesamte Familie beim Völkermord im Frühjahr 1994 getötet.

Kigalis bisheriger Erzbischof Thaddee Ntihinyurwa leitete die Diözese seit 22 Jahren. In seine Zeit als Erzbischof fiel auch die Aufarbeitung des Völkermords in Ruanda, bei dem nahezu eine Million Menschen ums Leben kamen.

Lateran-Universität: Studiengang für Konfliktforschung

Die Päpstliche Lateran-Universität in Rom bekommt einen eigenen Studiengang für Friedens- und Konfliktforschung. Das interdisziplinäre Angebot steht Klerikern, Ordensleuten und Laien offen. Angesichts eines wachsenden Bedarfs an Konfliktprävention und Konfliktlösung müsse die Kirche solche Initiativen unterstützen, schrieb Papst Franziskus in einem Grußwort an Großkanzler Kardinal Angelo De Donatis.

Der neue Studiengang soll Erkenntnisse aus Wirtschafts- und Sozialwissen-

schaften ebenso vermitteln wie aus Rechtswissenschaften, Philosophie und Theologie. Nach drei Jahren ist ein Bachelor-Abschluss möglich, nach zwei Jahren Spezialisierung ein Lizentiat.

An der 1773 gegründeten Universität nahe der Lateranbasilika werden schwerpunktmäßig Theologie, Philosophie sowie Zivil- und Kirchenrecht gelehrt. Im Sommer ernannte der Papst mit dem Völkerrechtler Vincenzo Buonomo erstmals einen Laien zum Rektor.

Vatikan stoppt US-Bischöfe

Mit einer überraschenden Intervention des Vatikan hat die Herbsttagung der US-amerikanischen Bischofskonferenz begonnen. Auf Bitten Roms verschoben die Bischöfe ihre geplanten „Maßnahmen zum Umgang mit dem Missbrauchsskandal“. Die US-Bischöfe seien in einem Schreiben der vatikanischen Bischofskongre-

gation darum gebeten worden, das für Februar 2019 vom Papst einberufene Welttreffen der Bischöfe im Vatikan zu diesem Thema abzuwarten, erklärte der Vorsitzende der Bischofskonferenz Kardinal Daniel DiNardo zur Überraschung der versammelten Amtskollegen.

Ursprünglich wollten die rund 350 US-amerikanischen Bischöfe im Rahmen ihrer dreitägigen Versammlung in Baltimore eine Laienkommission schaffen, die das Aufklärungsbemühen der Bischöfe bzgl. Missbrauchsfällen untersuchen sollte. Grundsätzlich bestehe Einigung darüber, dass die Bischofskonferenz eine externe Organisation beauftragen solle, um Missbrauchsanzeigen gegebenenfalls direkt an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, sagte der Sprecher der Bischöfe, James Rogers, vor der Tagung.

Nuntius Erzbischof Pierre erklärte vor den Bischöfen in Baltimore, dass Rom unter anderem Schwierigkeiten mit der Auslagerung von klerikaler Verantwortung habe. Er sprach von der "Versuchung", die Verantwortung zur Reform anderen zu übergeben.

Sprecher der Opferverbände reagierten auf die Intervention aus Rom mit Misstrauen, Ärger und Skepsis. Anne Barrett Doyle von der Organisation "BishopAccountability.org" erklärte, das Handeln des Vatikan sei "unglaublich". Sie wertete den Eingriff als "Versuch, selbst bescheidenen Fortschritt der US-Bischöfe zu unterdrücken".

Bolivien: Präsident Morales will 2019 erneut kandidieren

Die bolivianischen Bischöfe warnen vor einer erneuten Kandidatur von Evo Morales fürs Präsidentenamt. Zum Auftakt ihrer Herbstvollversammlung appellierten sie an das Wahlgericht ihres Landes, das Referendum über eine Verfassungsänderung zu respektieren. Bei der Volksabstimmung 2016 hatte es eine knappe Niederlage für die regierenden Sozialisten gegeben.

Morales will trotz der Ablehnung durch die bolivianischen Wähler bei den Präsidentschaftswahlen 2019 antreten.

Das Wahlgericht müsse im Dienst der Verfassung stehen, sagte der stellvertretende Generalsekretär der Bolivianischen Bischofskonferenz, Jose Fuertes, lokalen Medienberichten zufolge. Eine Entscheidung über die Zulassung der Kandidaten wird für den 8. Dezember 2018 erwartet.

Chile: Schadensersatz für Missbrauchsoffer

Das Erzbistum der chilenischen Hauptstadt Santiago wird ersten Ankündigungen zufolge umgerechnet 575.000 Euro Schadensersatz an Missbrauchsoffer des katholischen Priesters Fernando Karadima bezahlen müssen.

Juan Carlos Cruz, einer der Betroffenen, sprach von einem historischen Urteil, welches «die Kardinäle Errazuriz, Ezzati und ihre Bande von Bischöfen als das

zeigt, was sie sind: eine Gruppe von Kriminellen.» Die 450 Millionen Peso Schadenersatz sind laut der Tageszeitung «La Tercera» die bislang höchste Schadenersatzsumme, die Opfern von Missbrauchsfällen in Chile zugesprochen wurde.

Fernando Karadima war 2011 wegen einer ganzen Serie von Sexualdelikten verurteilt worden. Nach Angaben der chilenischen Staatsanwaltschaft gibt es in der katholischen Kirche derzeit mehr als 100 offene Missbrauchsfälle. Dutzende von Priestern sowie auch Bischöfe sollen darin verwickelt sein.

Papst Franziskus hatte Karadima (88) Ende September 2018 in den Laienstand zurückversetzt. Es sei notwendig gewesen, «das Übel an der Wurzel zu packen», sagte Vatikansprecher Greg Burke damals. «Karadimas schwerwiegende Straftaten haben in Chile einen außergewöhnlich großen Schaden verursacht.»

Indien: Streit um Tempelzutritt für Frauen

Indiens Regierungspartei BJP unterstützt die Position radikaler Hindus, die trotz einer anderslautenden Gerichtsentscheidung Frauen den Zugang zum Sabarimala Tempel im indischen Bundesstaat Kerala verwehren. Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofes Indiens muss der Tempel seit Mitte Oktober auch Frauen im menstruationsfähigen Alter zwischen 10 und 50 Jahren den Zutritt gewähren. Radi-

kale Hindus blockieren jedoch den Zugang zum Tempel. Die Polizei nahm Medienberichten zufolge bislang rund 2.000 Menschen fest. Der BJP-Vorsitzende Amit Shah warf der Landesregierung von Kerala vor, durch die Verhaftung von Tempelblockierern gläubige Hindus zu unterdrücken. Das ganze Land stehe jedoch hinter ihnen und ihrem Kampf für ihre Rechte, wird Shah zitiert. Dem Obersten Gericht warf der Parteichef vor, realitätsferne Urteile zu fällen. Die Richter sollten nur solche Urteile sprechen, die sich auch durchsetzen ließen. Das Gericht hatte das Tempel-Eintrittsverbot für Frauen in seinem Urteil Ende September als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung gewertet und aufgehoben.

Kerala wird von der Parteienkoalition "linke Demokratische Front" unter Führung der Kommunistischen Partei regiert. Damit gehört der südindische Bundesstaat zu den sieben der 29 indischen Bundesstaaten, die noch nicht von der BJP kontrolliert werden.

Der dem Gott Ayyappa geweihte Sabarimala-Tempel gilt als eine der wichtigsten hinduistischen Pilgerstätten. Trotz seiner Abgelegenheit in den Bergen der Westghats ist der Tempel eines der größten Wallfahrtziele Indiens mit Millionen Pilgern jährlich.

In der hinduistischen Tradition gelten menstruierende Frauen als "unrein". In manchen Teilen Indiens werden Frauen für die Dauer der Monatsblutung sogar aus der familiären und dörf-

lichen Gemeinschaft ausgeschlossen.

Südafrika: Sammelklage von Minenarbeitern

Die Südafrikanische Bischofskonferenz hat Bergarbeitern ihre Unterstützung bei einer Sammelklage gegen die Kohleindustrie des Landes zugesichert. Laut Medienberichten werden mehrere Konzerne von Bergleuten verklagt, nachdem diese an der sogenannten Kohlenstaublunge erkrankt waren. "Jahrzehntelang haben Kohlebergwerksbetriebe zugelassen, dass ihre Arbeiter unsicheren Mengen an Kohlestaub ausgesetzt waren", erklärte der Vorsitzende der Friedens- und Gerechtigkeitskommission, Bischof Abel Gabzua laut KNA.

"Jetzt müssen sie ethische und rechtliche Verantwortung für die Kranken übernehmen."

Wie die Bischöfe in einer Presseerklärung mitteilten, sei bereits die Tatsache, dass Hunderte Minenarbeiter in Südafrika mit der Krankheit lebten, eine "Anklage gegen die Gier im Bergbausektor". Dieser habe Gewinn seit jeher über das Wohlergehen seiner Arbeiter gestellt. Darüber hinaus erinnere die Sammelklage daran, dass Südafrikas Wirtschaft, die zweitgrößte des Kontinents, "dringend" auf nachhaltige Energie umsteigen müsse. Derzeit ist das Land für die Stromgewinnung überwiegend auf Kohle angewiesen.

Bei der Sammelklage werden die Arbeiter der Kohle-

industrie von Rechtsanwalt Richard Spoor vertreten, der im vergangenen Jahr mit einer Klage gegen die Goldindustrie des Landes eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet 300 Millionen Euro für Arbeiter erwirkt hatte, die an Silikose und Tuberkulose erkrankt waren.

Myanmar: Generäle unter internationalem Druck

Der katholische Bischof von Pyay in Myanmar, Alexander Pyone Cho, hat eine dauerhafte Lösung des Konflikts um die verfolgte Minderheit der Rohingya gefordert. Zur Diözese Pyay gehört die Provinz Rakhine, das Siedlungsgebiet der Rohingya. In einem Interview mit dem asiatischen Presdienst Ucanews appellierte der Bischof an die internationale Gemeinschaft, nicht nur Druck auf Myanmar auszuüben, sondern die betroffenen Parteien auch bei der Suche nach einer Lösung des Problems zu unterstützen.

Bischof Cho verwies auf die unterschiedlichen Perspektiven der internationalen Gemeinschaft und Myanmars. Das Ausland stelle die Menschenrechtsverletzungen an den muslimischen Rohingya in den Vordergrund, während es Myanmar um seine Souveränität gehe. Staatsrätin Aung San Suu Kyi befinde sich deshalb auf „schwieriger Mission“ zwischen dem immer noch mächtigen Militär und den hohen internationalen Erwartungen.

Laut Ucanews übergab Bischof Cho der Regierung von Rhakine bei einer interreligiösen Zeremonie in Sittwe Ende September 2018 eine Spende von Papst Franziskus in Höhe von 100.000 US-Dollar. Das Geld sei für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Gemeinschaften vor Ort bestimmt gewesen. Etwa 63 Prozent der Einwohner Rakhines sind den Angaben zufolge Buddhisten, 34 Prozent Muslime, 1,4 Prozent Christen und 0,5 Prozent Hindus.

Im November 2017 hatte Franziskus als erster Papst überhaupt Myanmar besucht. Seit Ende August 2017 vertrieb die Armee von Myanmar nach Angriffen von Rebellen-Gruppen mit äußerster Brutalität mehr als 700.000 Rohingya nach Bangladesch. Die Vereinten Nationen werfen Myanmar ethnische Säuberung vor und fordern eine Strafverfolgung von Armeechef Min Aung Hlaing und fünf weiteren Generälen wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord.

Papstwähler unter der Lupe

Eine von wohlhabenden amerikanischen Katholiken unterstützte Forschergruppe will alle 124 derzeit als Papstwähler zugelassenen Kardinäle auf ihre mögliche Beteiligung an Skandalen überprüfen. Wie das auf Kirchenthemen spezialisierte US-Portal "Crux" berichtete, will die "Gruppe für bessere Kirchenleitung" (Better Church Governance Group)

bis April 2020 ihren "Rote-Hüte-Report" (Red Hat Report) vorlegen. "Wir müssen immer bereit sein für ein Konklave", so der Projektleiter Jacob Imam.

Laut "Crux" will die private Gruppe 2019 rund 1,1 Millionen Dollar (950.000 Euro) für die Untersuchung jedes Mitglieds des Kardinalskollegiums ausgeben. Der "Rote-Hüte-Report" soll den Angaben zufolge von einem Team von rund 100 Forschern, Wissenschaftlern, Ermittlern und Journalisten erstellt werden, darunter auch ehemalige Mitglieder des FBI. Ziel sei, "die Hierarchie der katholischen Kirche für Missbrauch und Korruption zur Rechenschaft zu ziehen" und mehr "Ehrlichkeit in der Kirchenleitung" zu erreichen.

Der US-Psychotherapeut Richard Sipe, über dessen Tod imprimatur in der Ausgabe 3/2018 berichtete, hatte in Kommentaren und Vorträgen wiederholt darauf hingewiesen, dass am Konklave 2013 mindestens 11 Kardinäle teilnahmen, die „bis zur Halskrause in Missbrauchsskandale verwickelt waren“.

Zimbabwe: Katholische Kirche setzt auf Reformen

Fast ein Jahr nach dem Machtwechsel in Zimbabwe im November 2017 hoffen die katholischen Bischöfe auf erfolgreiche Reformen durch die neue Regierung. Zugleich sorgen sie sich aber auch, dass ihrem Land der Ausverkauf drohen könnte, da China zum wich-

tigsten Wirtschaftspartner geworden sei, erklärte der Oberhirte der Diözese Chinhoyi, Raymond Mupandasekwa, anlässlich seines jüngsten Besuchs beim Internationalen katholischen Missionswerk missio in München.

Er nannte es ein viel versprechendes Zeichen, dass der neue Präsident Emmerson Mnangagwa sein Kabinett mit kompetenten Leuten besetzt habe. Für die nötigen Reformen seien allerdings umfangreiche Investitionen durch finanzstarke ausländische Konzerne notwendig.

Wenn diese Hilfe nicht aus dem Westen komme, werde sich Zimbabwe langfristig anderen Partnern zuwenden.

Chinesische Investitionen sind nach den Worten von Mupandasekwa selten an Bedingungen geknüpft, wie beispielsweise an die Einhaltung der Menschenrechte. Aber letztlich dienten Länder wie Zimbabwe als Quelle für Rohstoffe und als Absatzmarkt für chinesische Produkte. "Wenn aus dem Westen kein Geld kommt, dann verkaufen afrikanische Regierungen ihre Seele eben an China", ist der Bischof überzeugt. "China gibt sein Geld ohne Auflagen und plündert uns aus."

Philippinen: Rechtsstatus für „Mutter Erde“

Katholische Organisationen auf den Philippinen haben die Initiative "Rights of Nature" (Rechte der Natur) ins Leben gerufen. Ziel ist den

Angaben zufolge die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt. "Das ist ein revolutionäres Konzept", sagte Yolanda Esguerra, Leiterin des Netzwerks Philippine Misereor Partnership (PMPI), der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

"Bislang wurde Umweltzerstörung nur aus der Perspektive des Menschen gesehen. Was die Zerstörung eines Ökosystems für das Wohlergehen eines anderen Ökosystems bedeutet, findet bislang kaum Beachtung", so Esguerra. PMPI ist ein vom deutschen katholischen Hilfswerk Misereor unterstützter Zusammenschluss kirchlicher und weltlicher Organisationen. Edwin Gariguez, General-

sekretär der philippinischen Caritas, betonte: "Wir müssen gegen diese Gier der Unternehmen vorgehen." Gemeinsam mit Yolanda Esguerra habe er bereits erste Gespräche mit Parlamentsabgeordneten über das Konzept "Rights of Nature" geführt.

Die Idee, die Natur als eigenes Rechtssubjekt anzuerkennen, ist nicht neu. In Ecuador wurde ein entsprechendes Vorhaben 2008 in die Tat umgesetzt. 2010 verabschiedete Bolivien eine "Deklaration der Rechte der Mutter Erde".

Zach Heiner - neuer Chef von SNAP

Zum neuen Verwaltungs-

chef der Kinderschutzorganisation „Survivors Network of those Abused by Priests“ (SNAP) wurde der Informatik-Spezialist Zach Heiner (31) berufen. Der Hauptsitz von SNAP, das sich seit seiner Gründung 1989 durch die inzwischen verstorbene Barbara Blaine um die Opfer klerikaler Gewalttäter kümmert und inzwischen weltweit 25.000 Mitglieder hat, ist in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri.

In seiner Ausgabe 2/2017 hatte imprimatur unter dem Titel „Kesseltreiben gegen SNAP“ über die anhaltende Kontroverse zwischen den US-Bischöfen und der Schutzorganisation berichtet.

Fundsachen

Vom hohen Ross herunter

Wer „hoch zu Ross“ daherkommt, dem werden in der Bibel nicht nur „kriegerische Absichten“ unterstellt. Er war vielmehr immer auch Symbol der Überheblichkeit schlechthin.

Herunterzusteigen vom „hohen Ross“, galt darum sehr früh als unmissverständliche Aufforderung an einen Mitmenschen, sich gefälligst wieder auf Augenhöhe mit seinen Nachbarn zu begeben.

Indische Weisheit

So wenig der Vögel Spur in der Luft und der Fische Spur im Wasser zu sehen ist, so unbemerkt geht der Tugendhafte seinen Weg.

Die große Menge der Menschen fürchtet sich vor mangelndem Lebensunterhalt, viele vor dem Tod, die besten aber fürchten nichts so sehr wie Geringschätzung. Tue einem anderen nicht an, was dir selbst unangenehm wäre. Das ist der innerste Kern aller Verhaltensregeln, die Summe aller Gesetze.

Finstere Nacht

Hildegard von Bingen (1098-1179) lebte in einem Jahrhundert, in welchem nach gängiger Auffassung „Welt und Kirche aus den Fugen geraten waren“. Zum Reform-Bemühen der in ganz Europa hoch angesehenen Klosterfrau gehörten ihre zwischen 1158 und 1161 unternommenen Missionsreisen.

Wie in Bamberg und Trier zuvor, nimmt Hildegard auch in Köln bei ihren Ansprachen kein Blatt vor den Mund. Dem Hochklerus sagt sie: „Ihr kennt weder Gott, noch fürchtet ihr den Menschen; ihr seid keine Prediger, wie sie Gott wünscht . . .

Geiz, Reichtum, Wohlleben, in diesem Zeichen steht euer Leben. Tag Gottes solltet ihr sein, in Wahrheit jedoch seid ihr finstere Nacht.“

Rätsel 1

Da lief ein Tierchen über die Bruck,
seine Äuglein standen gucke-di-guck,
seine Härchen hoben sich wolle-di-woll,
du wirst es nicht raten
und würd´st du auch toll.

Aus Flandern

Ein leidenschaftlicher Zeitgenosse

Vor 35 Jahren starb im September 1983 in Wien der österreichische Historiker und Kulturessayist Friedrich Heer. In seinem Nachruf schrieb damals Heinrich Böll über den Freund und Verbündeten: „Als leidenschaftlicher Zeitgenosse hat er versucht, die verhängnisvolle Dauerkoalition von Thron und Altar, Altar und Hochfinanz, aufzubrechen, er hat gewusst, dass die, die uns regieren, nicht immer die sind, die uns beherrschen, - dass auch sie, die Regierenden, beherrscht werden. Aufzuziegen, wie Herrschaft entsteht, darin bestand seine Arbeit als Historiker – Herrschaft zu brechen, darin bestand sein leidenschaftlicher Eifer als Zeitgenosse.“

Rätsel 2

Ein Ding versteinert, ein Stein ist´s nicht,
legt Eier, brütet aus, eine Taube ist´s nicht;
auf Vieren es geht, ist keine Eselin;
mit langem Hals, ist kein Kamel.

Aus Saudi-Arabien

Schorschi und Beppi über Missbrauch

Im „Schleichfernsehen“ des BR haben sich die beiden Ratzingerbrüder Schorschi und Beppi jüngst über den Missbrauch unterhalten.

Schorschi: Hast du gehört: Dem Argentinier geht´s gleich sauber-nass rein.

Beppi: Wegen was denn?

Schorschi: Liest du denn keine Zeitung? Wegen dem Missbrauch natürlich.

Beppi: Was für ein Brauch?

Schorschi: Missbrauch! Tu dir doch endlich ne neue Batterie in dein Hörgerät rein.

Beppi: Ach so, der Missbrauch. Jetzt versteh ich. Da bin ich ja schon immer strikt dagegen gewesen.

Schorschi: In der Zeitung steht aber was anderes. Die sagen, es hat schon zu deiner Zeit einen Missbrauch gegeben.

Beppi: Du darfst auch nicht alles glauben, was in der Zeitung steht.

Natürlich haben viele Leute gesagt, es gibt eine Miss Germany oder sogar eine Miss Universum. Deshalb hat´s aber doch nie eine Miss Vatikan gegeben.

Schorschi: Ja, und was hast du dann gesagt?

Beppi: Dass ich keine Miss brauch. Und da steh ich auch heute noch dazu.

Dieser Missbrauch ist kein schöner Brauch.

Schorschi: Aber da geht´s ja nicht drum. Beim Missbrauch geht´s hauptsächlich ums Vertuschen.

Beppi: Die müssen sich immer Wimperntusche drauf tun, bevor sie auf den Laufsteg gehen. Da vertuscht man sich leicht.

Schorschi: Missbrauch ist ein Verbrechen, schreiben sie in der Zeitung.

Beppi: Wenn´s ein Verbrechen ist, dann muss einer ermitteln, der sich damit auskennt.

Schorschi: Da müssen wir am Ende noch die Miss Marble fragen.

Beppi: Wer sein Fleisch nicht im Griff hat, der braucht Hilfe. Vielleicht sollten wir den Keuschheitsgürtel wieder einführen!

Schorschi: Oder man verzichtet ganz drauf, wenn man´s eh nicht machen darf. Oder kastrieren, wie früher?!

Beppi: Du meinst die Kastraten?

Schorschi: Dann hätt ich auch einen Ersatz für meinen Knabenchor.

Beppi: Gut, dass uns keiner zuhört!

Die Schreckenskammer

Bis vor kurzem hatte einer der imprimatur-Redakteure, der anonym bleiben möchte, fest behauptet, dass der Name des fast 600 Jahre alten Kölner Brauhauses „Schreckenskammer“ am Ursulaplatz auf die schaurige Knochensammlung zurückzuführen sei, die sich nebenan in der sogenannten „Goldenen Kammer“ der altromanischen Ursulakirche befindet. Dem ist nicht so, wie sich jetzt herausgestellt hat. Die „Goldene Kammer“, in welcher nach alter Legende die sterblichen Überreste der Heiligen Ursula und ihrer 11.000 Gefährtinnen bestattet wurden, ist und bleibt zwar das größte Beinhaus nördlich der Alpen. Die „Schreckenskammer“ aber, in der unser werter Kollege über viele Jahre hinweg Stammgast war, heißt deshalb so, weil in ihr die zur Hinrichtung geführten Verbrecher Kölns die berüchtigte Henkersmahlzeit einnahmen.

Auf den Müll

Nach Berechnungen der Unternehmensberatergruppe „Boston Consulting“ landen weltweit jedes Jahr 1,6 Milliarden Tonnen (!) Lebensmittel im Gesamtwert von 1,2 Billionen US-Dollar (!) auf dem Müll. In Deutschland werden 44 Prozent des gekauften Obst und Gemüse sowie 15 Prozent des Brotes weggeschmissen.

Wenn die Lerchen verstummen

Seit den 1960-er Jahren ist der Feldlerchenbestand in Deutschland um 90 Prozent zurückgegangen, so konstatiert DIE ZEIT (23.8.2018) in einem Beitrag von Merlind Theile. Als Gründe für das Sterben des legendären Sängers werden genannt: Die massive Verwendung von Herbiziden durch die Landwirtschaft (1). Die Flurbereinigung (2). Die Düngung mit Gülle (3). Der großflächige Maisanbau unter vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und die dadurch verursachte Insektenvernichtung (4). Mit anderen Worten: für den typischen Bodenlaufvogel blieben zuletzt immer weniger Nahrung und immer weniger Lebensraum zur Verfügung.

Die Glosse

Lieber Joseph, alter Kumpel!

Jetzt habens die Weibsleut geschafft! Unser Kardinal Marx weicht vor ihnen zurück und macht ihnen den Weg bis in die obersten Ämter der Kirchenleitungshierarchie hinein frei, also bis zum Generalvikar. Künftig wird das eherne Gesetz, dass wenigstens in der Kirche keine Weibsleut über Mannsleut herrschen dürfen, aber auf gar keinen Fall, und das ist ein heiliges Gesetz, Laien über Kleriker. Und jetzt das!

Es ist eine Revolution, auf die unsere Kirche nicht vorbereitet ist. Der Zwangs-/Pflicht-Zölibat hat ja die Zölibatären außer Stand gesetzt, das weibliche Wesen richtig kennen zu lernen, denn der Umgang mit den Frauen vom Mütterverein gibt ein falsches Bild. Dieser Frauentyp ist brav, dem Pastor hilfsbereit zugetan, es sind halt in der Mehrzahl diensteifrige Hausmütter. Aber weh, wenn die Pastöre es überraschend mit Karrierefrauen zu tun bekommen, die auch noch denselben Posten haben wollen, dann werden sie es merken, dass Frauen auch Ellenbogen haben, und mit mehr Tücke als irgendein Mann zu kämpfen wissen. Für einen solchen Wettstreit ist der Zölibatäre völlig unerfahren, d.h. geradezu wehrlos geworden durch seinen Zölibat. Joseph, wenn wir zwei unsere Erfahrungen mit der Frau ehrlich bedenken, dürfte diese Invasion der Frauen in die Ämter unserer Kirche aufs Ganze gesehen doch gut tun.

Wir in der Gewerkschaft wissen ein Lied davon zu singen, wie raffiniert und zäh Weibsleut ihr Ziele verfolgen. Sie sind wie geschaffen zum revolutionären Geschäft. Dagegen kennen die Zölibatäre, wenn sie den Zölibat halten, nicht einmal den Kampfesmut, die taktische Raffinesse ihrer Gegnerinnen und denen ihr gescheites Gespür für ihre Chancen. Sie kämpfen also auf verlorenem Posten.

Ich bin der felsenfesten Überzeugung, jetzt hat unsere Männerkirche Feuer unterm Dach. Hast Du das mitbekommen, in der Süddeutschen steht dazu tatsächlich ganz harmlos, ab 2020 gäb die Kirch umgekrepelt, aus der alten Männerbastei gäbs

ein gemischt besetztes Generalvikariat. Die priesterlichen Mannsleut täten ihre Ämter bis zum Generalvikar im Bistum München/Freising ab dann mit den Frauen teilen. Joseph bedenk mal, bis jetzt ist der Generalvikar herrgotthimmlicher Vatter über alle, die wo im Bistum etwas zu sagen haben, also in der Hauptsach über geweihte Priester, von denen man bis auf den heutigen Tag glaubt, sie könnten wegen ihrer Weihegnaden jedem Amt im Bistum vorstehen, auch dessen Milliardenvermögen verwalten.

Joseph, Deine Frau hat sicher wie meine die Zeitschrift „frau und mutter (Zeitschrift der kfd, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Nr. 12/18) herumliegen. Schau Dir nur ein paar Leserbriefe zu dem Artikel „Die alten Männer nehmen mir meine Kirche weg“ an, und Du weißt, was der Kirche mit dem Einzug der Frau in Ämter blüht. Das sag ich Dir als geplagter Gewerkschafter, der ja grundsätzlich für die Gleichberechtigung ist.

Allerdings, das Gemeindeleben mit voll gleichberechtigten Frauen wird turbulen-

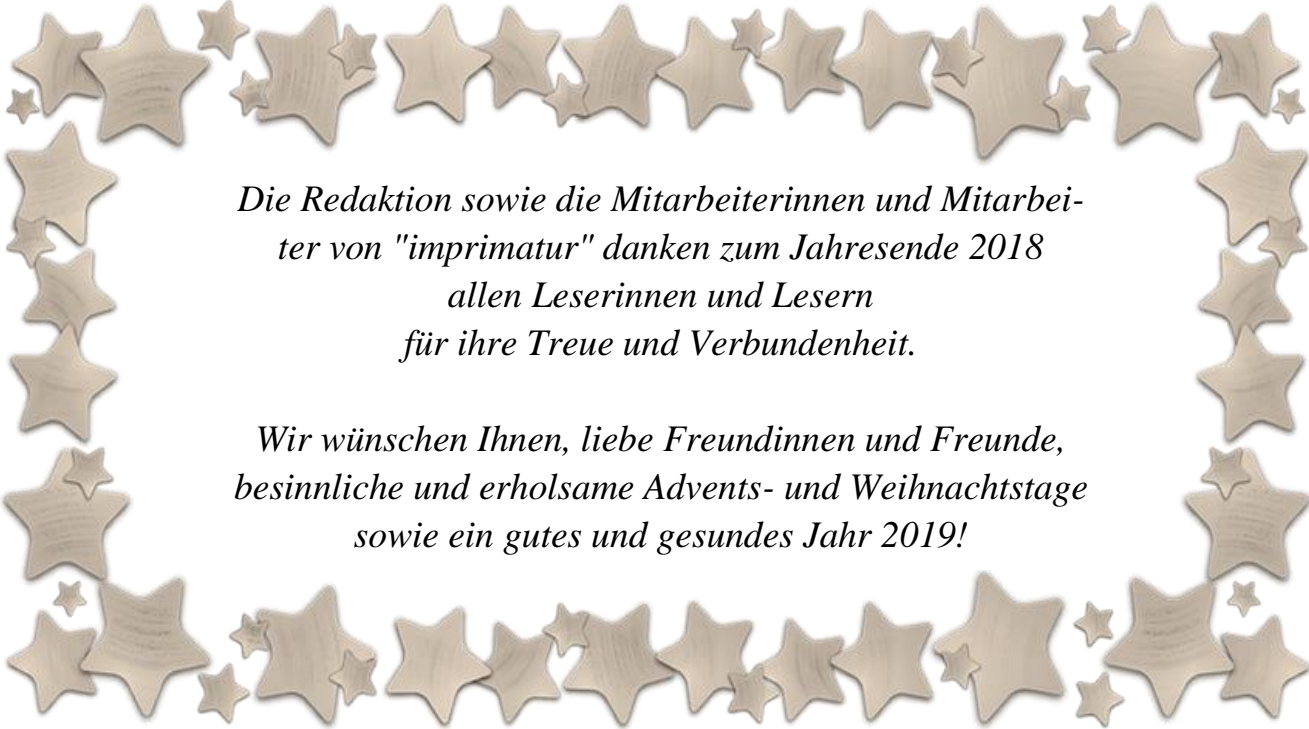
ter sein, und die bisher bevorrechtigten Männer müssen die Ärmel hochkrempeln, um gegen die Frauen mithalten zu können

Es grüßt Dich in zuversichtlicher Stimmung Dein im Umgang mit Frauen erfahrener Freund und Kumpel

Sepp

P.S.:

Sprich die Sache mit Pater Gescheitle durch. Der kann vielleicht mit Hilfe von seiner guten Beziehung zu unserem Kardinal Marx diesem klar machen, dass das Grundübel für die Wehrlosigkeit gegenüber der Frauenpower, der Zölibat ist, der ja in mancher Hinsicht wie eine Entmannung wirkt.



Die Redaktion sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von "imprimatur" danken zum Jahresende 2018 allen Leserinnen und Lesern für ihre Treue und Verbundenheit.

Wir wünschen Ihnen, liebe Freundinnen und Freunde, besinnliche und erholsame Advents- und Weihnachtstage sowie ein gutes und gesundes Jahr 2019!